

POLITIK

Begin sucht Nachfolger: Die Entscheidung des israelischen Ministerpräsidenten Begin zum Rücktritt ist endgültig. Formell gibt Begin sein Amt aber erst nach Regelung der Nachfolgefrage ab. Die Reise von Bundeskanzler Kohl nach Israel ist verschoben worden. (S. 1)

Dänemark fest: Außenminister Ellemann-Jensen bekennt sich bei Gesprächen in der DDR eindeutig zum NATO-Doppelbeschluss.

Lob für Strauß: Kanzleramtschef Schreckenberger verteidigt in der „Quick“ die Aktivitäten des CSU-Vorsitzenden Strauß: „Was aus München kam ist konstruktiv, auch wenn es kritisch ist.“

Nachfolger: Berlins Regierender Bürgermeister von Weizsäcker schlägt den 60jährigen Bauhaussmann Klaus Franke zum Nachfolger des ausgeschiedenen Bausenators Rastendorfs vor.

Mutterschaftsgeld: Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion stellt sich gegen die geplante Kürzung des Mutterschaftsgeldes.

Jahrestag: Auf Flugblättern ruft die verbotene Gewerkschaft Solidarität zu friedlichen Kundgebungen in Warschau zum Jahrestag der Danziger Abkommen auf.

Genscher-Appeal: Der Außenminister appelliert im ZDF an die Sowjetunion, die gegen Westeuropä gerichteten Mittelstreckenwaffen abzubauen. Neue Briefe Andropows zum Raketenstopp an Kanzler Kohl, Premierministerin Thatcher, Präsident Mitterrand, die Regierungschefs Spaniens, Italiens und Schwedens. (S. 8)

Rückzug verschoben: Israel stimmt auf Bitten der USA zu, seinen Teilrückzug aus den Schuf-Bergen und dem Raum Beirut zu verschieben, berichtet der staatliche Rundfunk. Kämpfe in Beirut dauern an. USA sehen UdSSR und Syrien hinter den Feuerüberfall auf US-Truppen in Beirut. (S. 8)

Arbeiter-Protest: Gegen die geplante Schließung der Bremer Werft „Weser“ haben 2000 Belegschaftsmitglieder vor dem Bremer Rathaus protestiert. In Oberhausen demonstrierten 15 000 Personen gegen die geplante Aufgabe der Grobblechstraße der Thyssen Stahl AG, wodurch 1500 Arbeitsplätze gefährdet werden. (S. 3)

Heute: Kabinettsitzung unter Leitung von Bundeskanzler Kohl in Bonn. - Dritter Jahrestag der Danziger Abkommen zwischen Polens Machthabern und der Solidarnosc. - Urteil im Herstatt-Prozess angekündigt.

ZITAT DES TAGES



„Ich bin durchaus dafür, die Städte da von Arbeitern zu entlasten, wo Privatfirmen besser arbeiten und wo der Dienst am Bürger nicht betroffen ist.“

Dortmunds Oberbürgermeister und SPD-Kandidat Günter Samtlebe (SPD) in „Weltbild“ zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

FOTO: WITSCHELD/PA

WIRTSCHAFT

US-Handelsbilanz: Im Juli Defizit von 6,36 Milliarden Dollar ausgewiesen, in den ersten sieben Monaten 1983 Fehlbetrag von 33,6 Milliarden Dollar gegen 18,03 Milliarden 1982. Handelsminister Baldrige erwartet Rekorddefizit von 60 bis 70 Milliarden in 1983. (S. 9)

(Vergleichszeitraum 1982: Konzern-Plus 63 Millionen. (S. 11))

Enrofer vertagt: Der EG-Stahldachverband vertagt sich in Brüssel ohne Einigung über Quoten-Modalitäten auf den 20. September.

Zahlungsunfähig: Brasilien teilt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel mit, es könne die fälligen Kreditrückzahlungen von 400 Millionen Dollar nicht aufbringen.

Börse: Bei lustlosem Geschäft konnte sich die Mehrzahl der Standardaktien knapp behaupten. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 135,6 (135,7). Dollarmittelkurs 2,8871 (2,8803) Mark. Goldpreis pro Feinunze 418,10 (-0,10) Dollar.

Rote Zahlen bei VW: Im ersten Halbjahr 1983 Konzern-Verschleiß von 147 Millionen Mark bei Gesamtumsatz von 20,1 Milliarden. AG-Überschuss von 51 Millionen.

Agarreform „abgeweg“: Für unzumutbar und abwegig hält Bauernverband-Präsident Heereman die Vorschläge der EG-Kommission zur Agarreform. - Erste im Bundesgebiet besser als bei der Trockenheit erwartet, schätzt Bundeslandwirtschaftsminister. (S. 9)

Wiederbelebung: Sowjetischen Wissenschaftlern gelingt es, 12 000 Jahre alte Mikroorganismen aus der Antarktis zum Keimen zu bringen.

SPORT

Tennis: Der New Yorker Fotograf Art Seitz hat die Wimbledonsegerin Martina Navratilova (USA) auf zwei Millionen Dollar Entschädigung verklagt. Die Spielerin war gegen ihn tätlich geworden.

Fußball: Nach dem Verzicht auf eine Weltmeisterschafts-Kandidatur für 1990 erhofft sich der Deutsche Fußball-Bund (DFB) jetzt die Ausrichtung der Europameisterschaft 1988 in Deutschland. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Nachtflug: Erfolgreicher Start der US-Raumfähre Challenger erstmals bei Nacht. Rückkehr am 5. September.

Sanitäre Mängel: 27 von 67 Luxuslinern erfüllten bei Überprüfung durch US-Behörden sanitäre Ansprüche nicht. (S. 18)

Wetter: Nach Frühnebel-Auflösung sonnig; 24 bis 29 Grad. Im Südwesten zunehmend Quellbewölkung und gewittrig.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Mehrmengen: Kommt Zeit, kommt Un-Rat. - Rüdiger Moniac über Versorgung der Zeitsoldaten. S. 2

Fußball: Weiteres Kapitel - Trainer Branko Zebec und der Alkohol. S. 7

Saudi-Arabien: Hinter starrer Fassade bröckelt das Gebäude. S. 3

Frankreich: Der unterbewertete Franc - Leitartikel von Joachim Schaub. S. 9

Berlin: Innerhalb kurzer Zeit stoppten die Richter zwei Großprojekte. S. 4

Fernsehen: Generationenkonflikt auf deutsch - M. H. Rehbeins TV-Stück „Jürgen“. S. 8

Finanzausgleich: Nun klagt auch Baden-Württemberg vor dem Bundesverfassungsgericht. S. 4

Christine Ostermayer: WELT-Gespräch mit der Münchner Schauspielerin. S. 17

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 6

Köln: Urteilsspruch um die Milliarden-Pleite im „Jahre neun nach Herstatt“. S. 18

Kanzler-Besuch in Israel bei „ruhiger innenpolitischer Lage“

Kohl verschob seine Reise, als feststand, daß Begin sein Amt aufgibt

MANFRED SCHELL, Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl hat seinen offiziellen Besuch in Israel verschoben, nachdem sich die innenpolitische Situation in dem Land zu gespannt hat und ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten bevorsteht. Ursprünglich wollte der Kanzler heute in Tel Aviv eintreffen; es sollte der erste Besuch eines deutschen Regierungschefs nach zehnjähriger Pause sein. Die Absage Kohls zeichnete sich gestern bereits um die Mittagszeit in Bonn ab, aber sie wurde erst definitiv, nachdem die Mitteilung aus Jerusalem vorlag, Ministerpräsident Begin habe an seiner Rücktrittsabsicht fest. Der damit verbundene Zusatz, Begin werde den Rücktritt um ein paar Tage hinausschieben, beeinflusste die Entscheidung des Kanzlers nicht mehr.

Regierungssprecher Peter Boenisch sagte, Bonn handle im Einvernehmen mit den israelischen Gesprächspartnern. Der Besuch des Bundeskanzlers in Israel sei nicht auf die Unterzeichnung von Verträgen abgestellt gewesen. Vielmehr gehe es dabei um Völkerverständigung und die Vertiefung der Beziehungen auf breiter Basis. Vor diesem Hintergrund sei es besser, einen anderen Zeitpunkt, möglichst noch 1983, zu suchen.

Begin will seiner Partei Zeit lassen

Nachfolger soll auf geordnete Art und Weise gefunden werden / Bonn war informiert

DW, Jerusalem Menachem Begin hat die weitere Verschiebung seines definitiven Rücktritts vom Amt des israelischen Ministerpräsidenten mit parteiinternen Problemen begründet. Begin gab gestern bekannt, seine Entscheidung sei zwar unabhängig, er sei aber bereit, mit dem Gang zu Staatspräsident Herzog noch zu warten, um der Koalition Gelegenheit zu geben, auf geordnete Art und Weise einen Nachfolger zu finden.

Begin sprach von einer Verschiebung um kurze Zeit. Von Teilnehmern der Kabinettsrunde wurde geschätzt, daß es einige Tage bis zwei Wochen dauern könne, ehe der Ministerpräsident sein Rücktrittschreiben übergeben werde. Möglicherweise wird Begin sich heute dazu äußern.

Die Verschiebung war das einzige Zugeständnis, das der Ministerpräsident machte. Begin weigerte sich auch, den konkreten Grund seines Rücktritts preiszugeben. Beirücktet zeigte er sich aber von den Argumenten seiner Anhänger, daß eine sofortige Demission der in der

sicht festzuhalten, war gestern zuerst in Bonn bekanntgeworden. Staatssekretär Boenisch hatte erklärt, die israelische Regierung habe die Bundesregierung vom Entschluß des 70jährigen unterrichtet. Ein Kommentator des israelischen Rundfunks nannte es eine „absurde Situation“, daß Israel von Bonn aus über die Entscheidung Begin informiert werde. „Begin - König Israel“ riefen Hunderte von Menschen in Sprechchören, als der Ministerpräsident das Regierungsgelände verließ und wortlos in seinen Wagen stieg.

Seine Absicht, zurückzutreten, hatte Begin am vergangenen Sonntag angekündigt. Am Montag ließ er sich in dreistündiger Aussprache mit seinen Koalitionspartnern überzeugen, seine Entscheidung noch einmal „zu überdenken“. Einige führende Mitglieder der Koalition waren noch optimistisch, daß der Ministerpräsident seinen Entschluß revidiert. „Sie können jetzt, wo uns noch große Prüfungen bevorstehen, nicht abspringen“, sagte beispielsweise der frühere Verteidigungsminister Ariel Sharon.

Gestern nachmittag war in Jerusalem niemand bereit, Fragen nach dem voraussichtlichen Nachfolger Begin konkret zu beantworten. Die Nachricht von der definitiven Entscheidung des israelischen Ministerpräsidenten, an seiner Rücktrittsabsicht festzuhalten, war gestern zuerst in Bonn bekanntgeworden. Staatssekretär Boenisch hatte erklärt, die israelische Regierung habe die Bundesregierung vom Entschluß des 70jährigen unterrichtet. Ein Kommentator des israelischen Rundfunks nannte es eine „absurde Situation“, daß Israel von Bonn aus über die Entscheidung Begin informiert werde. „Begin - König Israel“ riefen Hunderte von Menschen in Sprechchören, als der Ministerpräsident das Regierungsgelände verließ und wortlos in seinen Wagen stieg.

Bei den Parteien in Israel beginnt ungeachtet des Taktierens von Begin bereits der Kampf um die Nachfolge im Amt des Regierungschefs. Solange Begin keine Demissionsabsicht zeigte, galt es als ein Tabu, über die Zeit nach ihm zu reden. Jetzt wird der Kampf um das Amt des Regierungschefs mit Begin Segen, aber aller Voraussicht nach nicht weniger rücksichtslos ausgetragen werden.

Gestern nachmittag war in Jerusalem niemand bereit, Fragen nach dem voraussichtlichen Nachfolger Begin konkret zu beantworten. Die Nachricht von der definitiven Entscheidung des israelischen Ministerpräsidenten, an seiner Rücktrittsabsicht festzuhalten, war gestern zuerst in Bonn bekanntgeworden. Staatssekretär Boenisch hatte erklärt, die israelische Regierung habe die Bundesregierung vom Entschluß des 70jährigen unterrichtet. Ein Kommentator des israelischen Rundfunks nannte es eine „absurde Situation“, daß Israel von Bonn aus über die Entscheidung Begin informiert werde. „Begin - König Israel“ riefen Hunderte von Menschen in Sprechchören, als der Ministerpräsident das Regierungsgelände verließ und wortlos in seinen Wagen stieg.

Seine Absicht, zurückzutreten, hatte Begin am vergangenen Sonntag angekündigt. Am Montag ließ er sich in dreistündiger Aussprache mit seinen Koalitionspartnern überzeugen, seine Entscheidung noch einmal „zu überdenken“. Einige führende Mitglieder der Koalition waren noch optimistisch, daß der Ministerpräsident seinen Entschluß revidiert. „Sie können jetzt, wo uns noch große Prüfungen bevorstehen, nicht abspringen“, sagte beispielsweise der frühere Verteidigungsminister Ariel Sharon.

„Prawda“ fordert Lohn nach Leistung

Mißbrauch des Prämiensystems in der sowjetischen Wirtschaft verurteilt

AFP, Moskau In ihrer Kampagne gegen Mißstände in der sowjetischen Wirtschaft hat die Partei jetzt das System der Leistungsprämien in den Betrieben aufs Korn genommen und angeprangert, daß Sonderzahlungen praktisch unerschöpflich an „faule und fleißige“ geleistet würden. Keine „Lohnungleichheit“, sondern „Entlohnung nach Leistung“, forderte das Parteiorgan „Prawda“.

Das von der Partei vertretene Prinzip, wonach die Werkstätten entsprechend ihrer Leistung bezahlt werden sollen, werde in den meisten Fällen nicht angewandt, beklagt das Blatt. Der weitaus größte Teil der Arbeiter, einschließlich der Faulenzer, der Bummler, der Krankfeiler und der Plüschler, erhalte unabhängig von den Arbeitsergebnissen Prämien. Es reiche heute meistens aus, regelmäßig an der Arbeitsstelle zu erscheinen, um die Jahresendprämie einzustreichen, vorausgesetzt, daß der Betrieb den „Plan mehr oder weniger“ erfüllt.

Das gesamte Prämiensystem wird

nach Darstellung der „Prawda“ viel zu großzügig gehandhabt. Selbst wenn Betriebe ihre Produktionspläne mehr als ein Jahr lang nicht erfüllen, werde den Arbeitskollektiven die Hälfte der Fonds zur Förderung der Produktivität als Prämie ausgezahlt.

Nach Angaben der Zeitung betragen die für Leistungsprämien vorgesehenen Fonds in diesem Jahr 32,4 Milliarden Rubel (rund 112 Milliarden Mark). Die ihnen zugewiesenen Beträge hätten sich in den vergangenen 15 Jahren somit verdoppelt, während die Produktivität aber nur geringfügig gestiegen sei. Damit werde die hinter dem Prämiensystem stehende Absicht, höhere Produktion und Produktivität zu belohnen, praktisch völlig ignoriert.

Als Beispiel erwähnt die „Prawda“ ein großes Werk in Leningrad, in dem seit 1970 die Prämien um 83 Prozent erhöht wurden, die Produktivität seither jedoch nur um acht Prozent zugenommen habe. So etwas sei unannehmbar, weil es die „schlechten Arbeiter“ belohne und die „besten Arbeiter“ entmutige.

Altuns Chancen standen nicht schlecht

Selbstmord des Türken löst Kontroverse um Praxis der Asylverfahren aus

Schül/hay/DW, Berlin/Bonn Für den 23jährigen türkischen Asylbewerber Kemal Altun, der gestern Selbstmord beging, stand es vor dem Verwaltungsgericht in Berlin so gut wie nie zuvor in seinem Bemühen, in der Bundesrepublik Deutschland als politischer Flüchtling anerkannt zu werden. Es gab keinen Hinweis darauf, daß der Einspruch gegen den Auslieferungsbefehl ausichtslos sein würde.

Doch Altun verlor offenbar die Nerven und stürzte sich aus dem sechsten Stock des Berliner Verwaltungsgerichts. Dort war über den Einspruch des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten, Hans Reichler, gegen die im Juni von Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ausgesprochene Asylberechtigung Altuns verhandelt wor-

den. Das Bundesamt hatte die Anerkennung von Altun als Asylberechtigter vor allem damit begründet, daß ihn im Falle seiner Auslieferung in der Türkei Maßnahmen erwartet hätten, die einer politischen Verfolgung gleichkämen.

Die türkischen Behörden beschuldigten Altun, an einem Mordanschlag gegen den ehemaligen Minister Gün Sazak beteiligt gewesen zu sein. Die Bundesregierung bewilligte die Auslieferung, nachdem das Berliner Kammergericht keine Bedenken erhoben und die Auslieferung angeordnet hatte.

Das Berliner Verwaltungsgericht hatte den Justizbehörden und dem Berliner Kammergericht vorgeworfen, sie hätten die Vorbereitung des Verfahrens erschwert. Auch wurde gerügt, daß das Kammergericht Altun selbst nicht angehört hatte.

Der Freitod Altuns hat zu Kontroversen über die Praxis der Asylgewährung geführt. Die Bundesregierung hat mit Betroffenheit auf den Selbstmord Altuns reagiert und die Verzweiflungstat ausdrücklich beklauert. Nach ihren Worten ist der Freitod aus diesem Grund, weil in diesem Fall die Schwierigkeiten deutlich geworden seien, die im Spannungsverhältnis zwischen Asylgewährung und Auslieferung gerade gegenüber der Türkei auftraten.

Dagegen sprach der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt von einer „politisch-moralischen Mitverantwortung“ der Bundesregierung. Die Gründe im Bundesgesetz forderten den Rücktritt von Innenminister Zimmermann.

Seite 2: Der Selbstmord vor Gericht

DER KOMMENTAR

Begin's Gründe

HERBERT KREMP

Der Israel-Besuch des Bundeskanzlers ist nun endgültig der Regierungskrise zum Opfer gefallen. Begin tritt zu rück. Seine Ära ist zu Ende. Der Schwebezustand, das Zögern und Finassieren der letzten Tage ist in der innenpolitischen Situation Israels begründet. Der sofortige Rücktritt hätte das Gesetz des Handelns auf den Staatspräsidenten übertragen, der aus der oppositionellen Arbeiterpartei stammt, und auf die Knesset, wo der Likud-Block nur noch eine knappe, brüchige Mehrheit besitzt. Eine israelische „Wende“ wäre möglich geworden.

Zu den aussichtsreichsten Nachfolge-Bewerbern zählen der stellvertretende Premierminister Levy und Außenminister Shamir. Beide gehören der Partei Begin an, die sich über die auszuwählende Person nicht einig ist. Das Zentralkomitee der Herut zieht Levy vor, die Herut-Fraktion, also die Praktiker, Yitzhak Shamir. Darüber gibt es Streit - auch Israel kennt die Einrichtung des Sommertheaters. Menachem Begin, an schwierige Regie gewöhnt, wartet mit dem entscheidenden Gang zum Staatspräsidenten, bis der Vorhang fällt. Er sitzt den Krach aus, damit die Macht erhalten bleibt.

Mit dem deutschen Besuch

Im besonderen und deutschem Wesen im allgemeinen hat Begin Taktieren also nichts zu tun. Der Premier hat andere Sorgen, obwohl ihn persönlich die vom Vorgänger Rabin überlieferte Einladung an Schmidt, der nicht kommen wollte, und Kohl, der gern gekommen wäre, sicher nicht in Euphorie versetzte. Auch die zeitliche Überschneidung der Termine dürfte eine rein zufällige sein. Das beinträchtigt freilich nicht das Gefühl und einen gewissen Mitleid am Rhein, der in dem beschwerenden Ereignis begründet sein mag, daß reisefähige Journalisten und Beamte ihre Koffer wieder auspacken mußten.

Manche haben dem Kanzler zur Reise geraten, weil er sich schließlich nach Israel begeben wollte und nicht zu einem Premier, und weil nach zehn Jahren Kontaktpause die Zeit zu drängen beginnt. Nun hat der Bundeskanzler ins Feld geführt, daß er sich der innenpolitischen Auseinandersetzung des Gastlandes fernhalten wolle und das natürlicherweise obwaltende Stimmengewirr dem Dialog nicht nützlich sei. Man wird Kohls Gründe respektieren, zumal jeder weiß, daß der Kanzler den Besuch nachholen wird, sobald die Regierungskrise beendet ist.

SPD-Politiker: Teilweise privatisieren

DW, Augsburg Der Gedanke einer teilweisen Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ist jetzt auch von einem sozialdemokratischen Politiker ins Gespräch gebracht worden. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Dortmunder Oberbürgermeister Günther Samtlebe, gab in einem Interview der Zeitschrift „Weltbild“ vorsichtig Symptomen für diese bislang vornehmlich von CDU-Politikern erhobene Forderung zu erkennen.

Samtlebe sieht in der Privatisierung einiger Dienstleistungsbereiche einen möglichen Weg für die Städte, aus den hohen Schulden herauszukommen. „Die Privatisierung ist ein gangbarer Weg in solchen Bereichen, wo es sich nicht um unmittelbare Dienstleistungen für den Bürger handelt. Warum sollte beispielsweise die Reinigung der Büros nicht von einer privaten Firma durchgeführt werden?“ Es gebe zweifelsohne Bereiche, in denen die private Wirtschaft leistungsfähiger sei.

Zur Frage eines neuen Finanzierungssystems sagte Samtlebe, entscheidend sei für Städte und Kommunen, daß an der Gewerbesteuer nichts verändert werde. Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Städten müßten ferner über ein Finanzierungssystem nachdenken, das Stetigkeit und Sicherheit der Einnahmen schaffe. Ferner müsse es steuerrechtlich und konjunkturabhängig die Wertehöpfungsteuer sein in diesem Zusammenhang ein interessanter Vorschlag, betonte Samtlebe.

Streit zwischen Kreisky und Androsch droht auszuuforn

Neue Schimpfe des Ex-Kanzlers / SPÖ sorgt sich ums Image

AFP/DW, Wien

Die Fehde zwischen dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und seinem einstigen „Kronprinzen“ und Finanzminister Hannes Androsch nimmt immer schärfere Formen an. In einem Interview für die „Wochenpresse“ erklärte Kreisky jetzt: „Er (Androsch) ist leider ein sehr mieser Charakter.“ Er sei dagegen, daß Androsch in die Politik zurückkehre, „solange ich lebe“.

In einer Stellungnahme dazu sagte Androsch dem „Kurier“, daß sich Kreiskys „Argument von selbst verneht“. „Wenn man kein Argument hat, schimpft man.“ Das ist aber kein Zeichen von Stärke.

Der Groll zwischen beiden Politikern hat große Beunruhigung in der regierenden Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) ausgelöst. Immer mehr Stimmen werden laut, die ein Ende des unwürdigen Schauspiels fordern, da es dem ohnehin lädierten Ansehen der Partei nur schaden könne. Die stellvertretende SPÖ-Vorsitzende Jolanda Offenbeck meinte: „Kreisky demoliert sein eigenes Geschichtsbild.“

Kreisky beschuldigt seinen früheren Finanzminister, den er selber 1980 auf den Posten des Generaldirektors der Creditanstalt-Bankverein (der größten österreichischen Bank) abgehoben hatte, ihn, Kreisky, getäuscht, seine Politik hintertrieben und eine Sanierung des Staatshaushalts durch Verhinderung der „Sparbuch-Steuer“ vereitelt zu haben. Schließlich wirft er ihm auch noch vor, an seinem, Kreiskys, verschlechterten Gesundheitszustand Schuld zu tragen.

Kreisky will auf dem SPÖ-Parteitag im Oktober seinen Posten als Parteivorsitzender abgeben. Der Parteitag will ihn zum Ehrenvorsitzenden wählen. Der unversöhnliche Altkanzler hat aber durchblicken lassen, daß er die Annahme des Ehrenvorsitzes möglicherweise vom Ausscheiden Androschs aus dem Parteivorstand abhängig mache. „Das wird von mir nicht herbeigeführt“, erklärte Kreisky.

Bundeskanzler Kreisky führt zu

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Palme als Zuflucht

Von Herbert Schütte

Man nehme ein Lineal, lege die eine Seite an die Zonen-grenze und die andere Seite – auf 150 Kilometer projiziert – in das Gebiet der Bundesrepublik. Und schon ist Hamburg atomwaffenfreie Zone. Olof Palme hat dieses Planspiel erfunden als Distanzierungsmodell zwischen NATO und Warschauer Pakt. Den hanseatischen Sozialdemokraten kam der Trick mit dem Streifen höchst gelegen: Die ausdrückliche Proklamation eines Bundeslandes zur atomwaffenfreien Zone wäre vermieden, doch in der Praxis befände sich der Stadtstaat unter dem vermeintlichen Sicherheitsschirm.

Was der Hamburger SPD-Vorstand in der Nacht zum Dienstag als eine Art Zauberformel verkündete – die Berufung auf den Palme-Vorschlag soll Ende September dem Landespartei-tag und bei Annahme als Hamburger Beitrag dem SPD-Bundesparteitag vorgelegt werden – wird bei vielen Genossen an Alster und Elbe Erleichterung auslösen. Man hat – so lautet ihr Kalkül – das leidige Thema vom Hals. Wochenlang hatten die Flügelmäner von links und rechts aufeinander eingeschlagen, während sich Straßenzüge, Hochschulräume und schließlich drei der sieben Stadtbezirke als atomwaffenfrei erklärten. Vereint waren die Partei-Oberen nur in der Besorgnis, wie sich ein Antrag der Grün-Alternativen Bürgerschafts-fraktion erledigen lasse, die die Hansestadt per Parlamentsbe-schluss atomwaffenfrei machen will.

Der Griff nach dem Palme-Plan ist Peter Paterna zu verdan-ken. Die Hansestadt soll zwar atomwaffenfrei, aber deswegen noch lange nicht blockadefrei werden: Für eine Blockade-Aktion gegen die Führungsakademie der Bundeswehr in Ham-burg-Blankenese am 20. und 21. Oktober hat sich der SPD-Abgeordnete aus dem linken Wahlkreis Dimsbüttel bereits gemeldet. Auch Oskar Lafontaine will zwar bei einer „Kaser-nen-Unarmung“ nicht zurückstehen. Doch fragt es sich, ob Paterna dem bedauernswerten Stadtoberhaupt von Saarbrük-ken noch unter die Augen treten kann – bleibt doch das Saarland von dem von Paterna aufgenagelten Friedensschirm ausgespart. Auch die Genossen im Ruhrgebiet wären außer vor. Sogar Syt, wo sich Paternas Hamburger Parteifreund Hans-Ulrich Klose so gern als „Pastor auf Morsum“ niederlas-sen würde, wäre ungeschützt dem Atomblitz ausgesetzt. Was macht? Hauptsache, die Hamburger SPD hat das Problem vom Tisch – verpackt, verschoben, verkannt.

Kommt Zeit, kommt Un-Rat

Von Rüdiger Moniac

Es verblüfft, daß die Arbeitslosigkeit aus der Bundeswehr ausgeschiedene Soldaten auf Zeit im Verhältnis mehr trifft als generell Arbeitnehmer (wie jetzt eine Untersuchung des Bundeswehr-Verbandes ergab, die die Berufsförderung für die „Zeit-Soldaten“ kritisch unter die Lupe nahm). Denn Soldaten mit einer zwölfjährigen Verpflichtung haben sogar einen gesetzlich verbrieften Anspruch darauf, nach ihrem Militärdienst, wenn sie es wollen, als Beamte oder Angestellte in den öffentlichen Dienst eingegliedert zu werden.

Doch auch diesen rechtlichen Anspruch zu verwirklichen, gelingt heute häufig nicht mehr. Die Untersuchung belegt, daß sich der öffentliche Dienst künftig schwer tun wird, die Inhaber mit sogenannten Eingliederungs- oder Zulassungsscheinen zu übernehmen. Gewiß tragen dazu auch Sparmaß-nahmen bei. Unverständlich aber ist, daß die zivile Bundes-wehrverwaltung keine Ausnahme macht. Weshalb ausschrei-dende Zeit-Soldaten nicht gerade dort im öffentlichen Dienst für den zweiten Teil ihres beruflichen Lebens aufgenommen werden, der der Bundeswehr artverwandt ist und sogar dem Verteidigungsministerium untersteht, muß die Hardthöhe erst noch erklären.

Wie die Untersuchung generell zeigt, finden die Zeit-Solda-ten, die während ihres Dienstes und durch die von manchen als unzulänglich angesehene Berufsförderung technische und organisatorische Kenntnisse erworben haben, leichter den beruflichen Übergang ins Zivilleben. Schwerer ist es dagegen für die „Kämpfer“, also die älteren Unteroffiziere, die in der Truppe Teileinheiten von Verbänden der Kampf- und Kampf-unterstützungstruppe führten.

Beides offenbart ein großes Manko des Konzepts vom Zeit-soldaten. Wie will die Bundeswehr künftig bei schwächer werdenden Wehrpflichtigen Jahrgängen ihr Personalsoll mit mehr „Längerdienenden“ halten, wenn sie ihnen keine Per-spektive einer späteren Laufbahn bieten kann? Und wie will sie verhindern, daß sich niemand mehr zur Kampftruppe als Zeit-Soldat verpflichten mag, weil er später im Zivilberuf nicht genug an Kenntnissen und Können vorweisen kann, was ihn für einen Arbeitgeber interessant macht?

Der Selbstmord im Gericht

Von Enno v. Loewenstern

Der Weg in den Selbstmord ist ein einsamer Weg. Andere können vermuten, aber niemals wissen, was einen Men-schen dazu getrieben hat, unwiderruflich Selbst zu machen. Es ist immer ein tragischer Weg, denn selbst wenn andere die Tat für „unverständlich“ oder gar „unbegründet“ halten: Dieses Men-schenleben jedenfalls ist verlorengegangen.

Um so mehr schaudert einem vorjenseitigen Fiedlerern, die den Tod eines Menschen auszuschlachten wissen, während der Leichnam noch nicht erkaltet ist. Der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft, Wunder, beispielsweise gab der Jugend im Rechts-staat ein Beispiel dafür, wie man blindlings andere Menschen verurteilt. In einem Telegramm an Bundesinnenminister Zim-mermann polemisierte er: „Ich protestiere gegen das Verhalten der Bundesregierung im Fall des türkischen Asylbewerbers Altun. Seinen Selbstmord hat die Bundesregierung auf dem Gewissen. Machen Sie Ihre Mitschuld dadurch wett, daß Sie eine Änderung der deutschen Asylpolitik einleiten.“

Ob jemand an einem Vorgang „Schuld“ trifft oder nicht, sollte allemal erst einem Gericht zur Klärung überlassen werden. Im Fall Altun ist es so, daß ein Gericht damit befaßt war. Es hat ein Auslieferungsbegehren der türkischen Regierung überprüft und hat, so weit sich bisher sagen läßt, die Einwände zugunsten Altuns ausführlich und eher wohlwollend angehört. Keineswegs war schon geklärt, ob eine Auslieferung Altuns bedenklich wäre oder nicht; keineswegs war etwa entschieden, daß er ausgeliefert werden soll – geschweige denn, daß jemand hätte überprüfen können, ob eine solche Entscheidung rechts-widrig wäre.

Altun aber hat die Entscheidung des Gerichts nicht abgewartet, sondern für sich eine unglückselige Entscheidung getroffen. Und schon wird von interessierter Seite spekuliert, wie diese jedenfalls überlebte Tat politisch ausgenutzt werden kann, um die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Was will man erreichen – daß künftig jeder ins Land darf, der möchte, ohne daß einem Gericht die Gelegenheit gegeben wird, den Anspruch des Bewerbers zu überprüfen?



„Hast du zur Nacht gebetet...?“

ZEICHNUNG: KLAUS SCHLIE

Der düstere Jahrestag

Von Carl Gustaf Ströhm

Aus Warschau wird gemeldet, daß die Lage in Polen am drit-ten Jahrestag der Unterzeichnung des Danziger Abkommens „ge-spannt“ sei. Die Sicherheitskräfte sind wieder einmal in Alarmberei-tung. General Jaruzelski hat seine üblichen Warnungen und Drohun-gen ausgesprochen. Wieweit die Streikaufrufe der Arbeiter im Un-tergrund operierenden Gewerkschaft „Solidarität“ befolgt werden können, bleibt abzuwarten. Im-merhin wird aber bereits aus der Haltung des Regimes klar, daß die „Normalisierung“ nicht geklickt ist. Das Regime bleibt auch nach Aufhebung des Kriegszustandes auf Zwangsmaßnahmen angewie-sen. Die Polen bleiben ein unruhiges Volk.

Betrachtet man die Situation von Regime, Gesellschaft und Nation im zweitgrößten Land des „realen Sozialismus“, so muß man zwi-schen einer kurzfristigen und einer langfristigen Perspektive unter-scheiden. Auf kurze Sicht profitiert das kommunistische Regime von gewissen Erscheinungen der Resi-gnation, der Ermüdung und auch der um sich greifenden Hoffnungs-lostigkeit in weiten Schichten der polnischen Bevölkerung. Es ist wohl kein Zufall, daß Drogenkon-sum und Alkoholisierung seit der glänzenden „Machtergreifung“ Ja-ruzelskis unter der jungen Genera-tion um sich greifen.

Die „Konterrevolution“ des Ge-nerals gegen die größte demokrati-sche Gewerkschaftsbewegung, die es je in einem kommunistisch re-gierten Land gegeben hat, hat sich insofern als erfolgreich erwiesen, als der General einige Mythen und Erwartungen zerschlagen hat, wel-che die demokratische Opposition und die freie Gewerkschaft Polens ursprünglich geglaubt haben. Da war der Glaube, daß Polen nicht auf Polen schließen, daß polnische Solda-ten – Kinder des Arbeiter- und Bauern-Volkes – ihre eigene Na-tion nicht unterdrücken würden. Die Wahrheit ist, daß es einige hun-derttausend Polen gibt, die (aus welchen Gründen auch immer) als Funktionäre, Polizisten und Mil-itärs durchaus bereit sind, auf ihre Landsleute mit Knütteln loszuge-hen.

Darin liegt übrigens der Unter-schied zwischen dem „realen So-zialismus“ und früheren Herr-schaftsformen in und über Polen. Frühere Gewaltherrscher über die polnische Nation waren Auslän-der: Der russische Zar mußte mit russischen Soldaten und russi-

schen Bütteln anrücken, um den polnischen Widerstand zu brechen. Unter Hitler waren es die Gestapo-Funktionäre und Landvögte von deutscher Nationalität. Jetzt hat das sowjetische System, welches den Polen aufgezogen wurde und ihnen die Möglichkeit nationa-ler Unabhängigkeit raubte, zumin-dest auf einem Gebiet diese „Unab-hängigkeit“ des Landes verwirkli-licht: Die eigene Polizei, die eigen-ten bewaffneten Streitkräfte halten die demokratische Bewegung nieder – wenn auch jeder weiß, auf wessen Geheiß dies geschieht.

Darin erweist sich das sowjet-sche System seinen Vorgängern überlegen. Aber es ist eine Überle-benheit mit begrenzter Zukunfts-perspektive. Denn niemand, weder Jaruzelski noch die Führung in Moskau weiß eigentlich, wie es mit Polen weitergehen soll. An einen wirklichen wirtschaftlichen Auf-schwung ist nicht zu denken, denn mit einem demoralisierten und zu-tiefst enttäuschten Volk läßt sich nichts aufbauen. Jaruzelski – oder wer immer eines Tages nach ihm kommt – kann nur einen moralis-chen Trümmerhaufen verwalten.

Es ist nicht einmal gelungen, mit den Intellektuellen, die im polni-schen Leben als Ferment und Ka-talysator eine so große Rolle spie-eln, einen auch nur halbwegs trag-fähigen Kompromiß zu schließen. Die katholische Kirche, die ur-sprünglich gewisse Hoffnungen



Vor drei Jahren: Walesa erläuterte die Verhandlungen über das Danziger Abkommen. FOTO: BULKA/STUDIO X

auf eine Mäßigung des Regimes setzte, hat den Partei- und Staats-chef inzwischen beschuldigt, die Chancen zur nationalen Versöh-nung, die der Papst-Besuch geboten hatte, nicht genutzt zu haben. Sogar kommunistische Beobach-ter aus Ost- und Westeuropa – etwa Jugoslawen oder Italiener – kon-statieren skeptisch, daß der Konflikt zwischen Staat und Gesell-schaft in Polen auch nach Aufhe-bung (oder besser: Relativierung) des Kriegszustandes weitergeht und der Nation an der Weichsel möglicherweise weitere schwere Prüfungen bevorstehen.

Damit aber rückt die fernere, ge-wissermaßen geschichtliche Per-spektive des polnischen Dramas ins Bewußtsein. Polen 1980 – das war nach Budapest 1956 und Prag 1968 der dritte große Anstoß der Versuch eines ost-mitteleuropäischen Volkes, zu seiner Selbstbestim-mung zurückzufinden. (Von ande-ren Versuchen ähnlicher Art – et-wa dem 17. Juni 1953 in Mittel-deutschland – sprechen wir in die-sem Zusammenhang nicht, weil hier eine Bewegung im Stadium der Spontanität erstickt wurde, ohne organisatorisch zur Ausfor-mung zu gelangen.)

Das polnische Beispiel rückte zum ersten Mal zwei Kernproble-me in den Vordergrund: Die natio-nale Frage, das heißt Unabhängig-keit und Lebensmöglichkeit nach eigener Tradition, und die Arbeits-frage. Beide vereinen sich in der „Solidarität“ zu spezifisch polni-scher Ausprägung. Aber beide Fra-gen sind nicht auf Polen be-schränkt. Sie sind vielmehr im ganzen sowjetischen Machtbereich virulent, sogar in der Sowjetunion selber.

Der Westen kann und will wenig für die Polen tun. Aber wenn westliche Politiker ihre Entscheidungen treffen, sollten sie die langfris-tigen Perspektiven nicht aus den Augen verlieren. In dieser Hinsicht könnten sie von einem Elektriker namens Lech Walesa einiges ler-nen, der heute als ein Europäer von geschichtlicher Dimension er-scheint. Die große Bedeutung des Danziger Abkommens von 1980, dessen dritten Jahrestag manche Polen feiern und sehr viele insge-heim feiern werden, wird sich erst in den kommenden Jahren erwei-sen. Auch wenn ihnen ein vorder-gründiger Erfolg versagt blieb – die Arbeiter der Lenin-Werke haben Geschichte gemacht. Nach diesem Datum ist nichts mehr so, wie es früher war.

IM GESPRÄCH Anton Schlembach

Zurück in die Seelsorge

Von Gernot Facius

Der Generationswechsel in der Deutschen Bischofskonferenz schreitet voran. Spätestens zur näch-sten Frühjahrsvollversammlung wird sich der deutsche Episkopat in einer weitgehend veränderten Zusamen-setzung unter dem neuen Vorsitzenden Joseph Kardinal Höfner präsen-tieren. Den Ernennungen Karl Leh-manns (Mainz), Johannes Dörmes (Fulda) und Josef Hommers (Hildesheim) folgte jetzt die Berufung Anton Schlembachs zum neuen Bischof von Speyer. Offen ist derzeit nur noch die Besetzung des bischöflichen Stuhls von Eichstätt; von Passau einmal abgesehen, wo in Kürze ein Wechsel bevorsteht.

„Es war ein bewegter Weg, den ich in den letzten 25 Jahren gegangen bin“, sagte der bisherige Würzburger Generalvikar Schlembach bei seinem silbernen Priesterjubiläum 1981. Im selben Jahr wurde der Bauernsohn aus dem unterfränkischen Groß-wenkheim, der einen wesentlichen Teil seiner theologischen Studien am Germanicum in Rom absolviert hatte, Domkapitular. Schon wenige Wo-chen später, im Juli 1981, rückte der damals 49jährige an die Spitze des Verwaltungsapparats seiner Heimat-diözese, für den Seelsorger Schlem-bach nicht gerade ein Posten nach Maß. „Ich mußte springen und schwimmen“, wurde dabei sogar noch geschoben, ohne einen längeren An-lauf nehmen zu können, wie das für einen guten Sprung ins Wasser Vor-aussetzung ist“, gestand er damals in einem Interview.

Er hielt auf Ordnung und Disziplin, wie er es als Germanicus gewohnt ist, kümmerte sich vor allem um die För-derung des theologischen Nach-wuchses und erstreckte nicht in Tech-nokratie. Schlembach delegierte Ver-antwortung und schaffte es so, auch als Priester im Verwaltungsbereich Seelsorger zu bleiben. Die Zeit als Regens des Würzburger Priesterseminars,



Nachfolger Wetters in Speyer: Bischof Schlembach. FOTO: OPA

von 1966 bis 1969, war freilich die theologisch fruchtbarste Zeit für ihn. Der Generalvikar Schlembach mach-te kein Hehl aus seinem Wunsch, eines Tages wieder Seelsorger „im Hauptamt“ zu sein.

Mit der Berufung zum Bischof von Speyer, zum Leiter einer der ältesten deutschen Diözesen überhaupt, hat Papst Johannes Paul II. diesem Wunsch entsprochen. Schlembach war gerade von einer längeren Afri-ka-Reise zurückgekehrt, als ihm die Entscheidung aus Rom erreichte. Der neue Bischof steht den Entwick-lungen der Weltkirche kritisch und auf-geschlossen gegenüber, wie es in seiner Heimatdiözese Würzburg heißt. Im Spektrum der Kirche ist er eher der „konservativen“ Seite zuzu-ordnen.

Der Speyerer Bischofsstuhl war seit dem 12. Dezember 1982 vakant. Damals trat Bischof Friedrich Wetter die Nachfolge Joseph Kardinal Ra-zingers als Erzbischof von München und Freising an. Weihbischof Ernst Gutting leitete das 730 000-Seelen-Bistum während der Sedesvakanz.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Der Schiedsrichter in die „DDR“ besetzt das Recht.

Ein Treffen zwischen dem Ex-Kanzler und dem DDR-Statistikvor-sitzenden wäre zu diesem Zeitpunkt von besonderer Pikanterie. Und das in doppelter Hinsicht. Einmal hat sich Helmut Schmidt erneut auch zum Nachrücker des NATO-Doppelbeschlusses bekannt. Von ihm müßten deshalb andere Töne zu erwarten sein als von Honecker-Gast Egon Bahr, das wäre ein nützlicher Kontrapunkt. Zum anderen hat Helmut Schmidt mit dem SED-Chef salopp formuliert – noch eine alte Rechnung zu begleichen. Die nicht gehaltenen Versprechen für menschi-liche Erleichterungen nach dem Gip-feltreffen am Werbellinsee, die Ver-klückung des Kriegszustandes in Po-len während der Gespräche, die ge-spenstischen Orwellschen Szenen in Güstrow.

Südwest Presse

Die Erklärung der arabischen Botschafter beantwortet das Thema Friede.

Die Palästinenser werden seit 1948 heimatlos gelassen. Man läßt sie in Lagern inhaftieren, statt ihnen eine Heimat zu geben. Zu allem Über-fluß bringen sich auch noch Palästi-nenser gegenseitig um. Und nun wird Bundeskanzler Helmut Kohl aufge-fordert, die deutsch-arabischen Be-ziehungen nicht zu gefährden. Bevor die arabischen Missionschefs noch einmal die möglichen Auswirkungen des Besuchs des Kanzlers auf das Verhältnis zwischen der Bundes-republik und den arabischen Staaten beraten, sollten sie einmal über die Auswirkungen des innerarabischen Streits auf das leidigprühlte palästi-nensische Volk sprechen, vor allem aber daraus die Konsequenzen zie-hen.

hen. Gemeinsame politische Hilfe für die Palästinenser wäre wichtiger als gemeinsame und unangemessene Mahnungen an Bonn.

BERLINER MORGENPOST

Die Oder-Lösung ist ein Beispiel, das Bundesrepublik sollte aus der integrierten Wirtschaft des NATO-Standens ausschließen, nicht das Recht.

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz spielt Lafontaines zielstrebiges Ver-rückung quasi zur Märkte eines Außen-seiters herunter, wenn er anmerkt, daß funde Lafontaine in der Partei keine Mehrheit und im übrigen sei er parteifremd. In Wirklichkeit ist der Mann aus Saarbrücken nur zu weit vorgeschoben. Das Gros der Par-tei bewegt sich in die gleiche Rich-tung, wenn sie mit Bahr Bündnisse „überwölben“ will und der Etnu-klearisierung Europas das Wort re-det. Lafontaine ist kein SPD-Ausre-sser, sondern leider ein Symptom.

THE GUARDIAN

Die Londoner Blatt schreibt an den Stages des Auswärtigen Amtes in Polen.

Es gibt ein polnisches Sprichwort, das sagt: „Alles ändert sich und nichts ändert sich.“ Das dürfte die einzige gültige Lektion der letzten Tage sein. Wenn man demonstrieren und Tränengas oder Festnahme riskieren, wenn man weiß, daß es am Ende kein Ergebnis gibt? Warum Bummel-streik, wenn man ein Jahrzehnt oder länger ohne großes Ergebnis gebum-melt hat, soweit das menschlich über-haupt möglich ist? Warum einen Ar-beitsplatz riskieren, um eine Gewerkschaft aufzubauen, die von der Regie-rung ignoriert wird? Wenn anderer-seits der stellvertretende Regierungschef uneingeschult auftaucht, um an einem symbolischen Arbeitsplatz die Nasen in der Niederlage zu reiben, dann sollte er eine harte Gangart erwarten.

Libanon: Fehlschlag einer Armee bei der ersten Probe

Israel aber kann nicht auf Dauer den Polizisten spielen / Von Peter M. Ranke

Es ist dem amerikanischen Un-terhändler Robert McFarlane schwergefallen, die israelische Re-gierung am Dienstag von neuem zu bitten, den Teilabzug ihrer Trup-pen aus dem libanesischen Schuf-Gebirge aufzuschieben. Aber die amerikanische Nahostpolitik, die nach der Erklärung von Präsident Reagan eine „umfassende Lösung“ mit König Hussein und den Palä-stinensern anstrebt, bleibt schon in Libanon erfolglos. Auch die jün-gsten Vermittlungsbemühungen mit dem Drusen-Chef Walid Dschumblat in Paris endeten ohne Ergebnis.

Oder vielmehr, es gibt ein Ergeb-nis: Libanon wird Schritt um Schritt in einen „Bürgerkrieg“ zu-rückgestoßen, den weder die Be-völkerung noch Präsident Amin Gemayel wollen, den aber die west-lichen Mächte, voran Amerika, of-fenbar nicht verhindern können.

Es geht ja nicht darum, wann Christenmilizen und Israelis aus den Schuf-Bergen abziehen, ob die libanesischen Armee nachrückt

oder ob Gemayel eine große natio-nale Versöhnungskonferenz zu-sammenbringt. Was in Libanon wirklich geschieht, ist ein verdeck-ter Krieg Syriens und der hinter Damaskus stehenden Sowjets zur Eliminierung des amerikanischen Einflusses und zur Verhinderung des Friedens in der Region.

Zum erstenmal sind US-Marine-soldaten in Beirut gefallen; vier-zehn wurden überdies am Montag verwundet. Ihr Camp am Flugplatz wurde direkt beschossen, und zwar von der schiitischen Amal-Miliz, die wie die Drusen Dschumblats ihre Waffen und Munition von den syrischen Truppen bekommt. Zum erstenmal stellte das libanesisches Kabinett fest, daß syrische Artillerie in die Kämpfe bei Beirut ein-griff, nachdem sie schon wochen-lang christliche Wohnviertel be-schossen hatte.

Die Amerikaner wehrten sich heftig und wollten der libanesi-schen Armee zu Hilfe kommen, die sich wieder einmal als zu schwach erwiesen hat. Die erste Kampfpro-

be hat sie nicht befriedigend be-standen, ihre Soldaten räumten ei-nen TV-Sender ohne Widerstand. Andere ließen sich mit zwei Schüt-zenpanzern ohne Schuß gefangen-nehmen. Das ist keine Armee, die Beirut in den Schuf schicken kann, obwohl ihre amerikanischen und französischen Ausbilder noch vor vier Wochen das Gegenteil behauptet haben.

Nach der Mobilisierung der Amal-Miliz, die schon weite Teile des westlichen Beirut beherrscht, ergibt sich folgende Lage: In einer Front stehen die christlichen Mil-izen der „Lebanese Forces“ mit der Armee und den 4800 Soldaten der alliierten Friedenstruppe. Sie wer-den vom konservativen Lager der sunnitischen und gegen Syrien ein-gestellten Moslems politisch unter-stützt. Auf der anderen Seite befin-den sich die von Syrien versorgten Drusen, die schiitische Amal-Miliz des Rechtsanwalts Berri mit Ver-bindung zu der persischen Kampf-truppe in der Bekaa-Ebene und die sich wieder bewaffnenden Links-

milizen in Beirut. Die oppositionel-le „Nationale Rettungsfront“ und Syrien geben ihnen Hilfestellung.

Alles läuft gewissermaßen nach dem Plan, wie er in Damaskus mehrfach veräußert wurde: Als Drusen-Chef Dschumblat nach dem Abschluß des israelisch-liba-nesischen Abzugsabkommens vom 17. Mai erklärte, selbst um den Preis eines Bürgerkriegs werde er für die Annulierung dieser Abma-chung kämpfen, kam auch die syri-sche Zustimmung, verbunden mit der Kampfansage an Gemayel. Und dann begannen wieder Bom-ben-Attentate und aus den Bergen die blutige Beschlebung Beirut zur Einschüchterung der Libane-sen.

Die Kämpfe im Schuf seit ver-gangenen Herbst sind eine wichti-ge Nebenfront im großen Konflikt um Libanon. Mit ihnen hofft Dschumblat für die 250 000 Drusen eine größere Beteiligung an der politischen Macht gegen Christen und sunnitische Moslems durchzu-setzen, und den syrischen Auftrag, den „arabischen Libanon“, zu ver-

wirklichen. Die fast eine Million Schiiten, bisher eine vernachläs-sigte Minderheit, haben das gleiche Ziel.

Die israelische Besatzung im Schuf und in Südlibanon hatte im vergangenen Jahr weder Drusen noch Schiiten entworfen, da der Kampf allein der PLO galt und sich die Milizen nicht widersetzten. Au-ßerdem nahm Jerusalem wegen der Drusen in Israel und wegen der Zusammenarbeit mit den Schiiten in Südlibanon gewisse Rücksich-ten. Doch diese Uhr ist abgelaufen. Die Israelis können keine Polizi-ten in Libanon sein. Ihre Verluste sind höher als die der Amerikaner. Ihre Pufferfunktion im Schuf-Gebirge funktioniert ohnehin kaum noch, daher kann Jerusalem nicht weiter monatelang auf eine Ver-ständigung der Libanesen unter-einander warten. Wenn es nicht politische Rücksicht auf Washing-ton zu nehmen gilt, dann kommt der Rückzugsbefehl: endgültig noch vor dem jüdischen Neujahr am 7. September.

Hinter starrer Fassade bröckelt das Gebäude

Dem Königshaus Saud, aufgebaut auf dem sittenstrengen Wahhabismus, drohen innere Gefahren. Es scheint nicht gelingen zu sein, die Fundamente der Monarchie unbeschadet ins Zeitalter des Überflutungs zu retten.

Von HARALD VOCKE

Man muß nicht immer gleich das Allerschlimmste erwarten. Der Syrer Ibrahim Istuany, ein Diplomat alter Schule, sagte das in akzentfreiem Deutsch. Wir hatten von der linksradikalen Untergrundbewegung in der Hedschasprovinz Saudi-Arabien gesprochen. Ihr Ziel war die Errichtung einer „Volksrepublik Hedschas“. Der Bestand des Königreichs Saudi-Arabien war durch den Krieg in Jemen bedroht.

In der Armee garte es. Mit einem Umsturz in Riad mußte man jederzeit rechnen. Doch die Spaltung des Reichs in mehrere miteinander verfeindete kleinere Staaten – das wäre das Allerschlimmste gewesen, für die Saudis, für ihre arabischen Nachbarn wie für den Westen. Eine solche Entwicklung hielt der syrische Botschafter Istuany zunächst nicht für wahrscheinlich. Seit diesem in Bonn geführten Gespräch sind ziemlich genau zwei Jahrzehnte verflossen. Noch immer sitzt in Riad einer der Söhne des alten Ibn Saud auf dem Thron.

Als Innenminister machte Fahd wichtige Erfahrungen

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hatte sich Abdul Aziz Ibn Saud auf der Halbinsel Arabien ein Großreich erobert. Der Sohn und Thronfolger Saud, ein stiller, vornehmer Mann, wurde 1964 von seinem jüngeren Bruder Faisal gestürzt. Leidend, verspotet und heimwehkrank irrte Saud bis zu seinem Tod im Ausland umher. Nach einer Regierungszeit von einem Jahrzehnt wurde Faisal in seinem Palast in Riad von einem seiner Neffen ermordet. Der nächstjüngere Bruder, der für die Thronfolge in Betracht kam, Khaled, herrschte mit viel Frunk und wenig Ideen sieben Jahre lang, bis er an einem Herzleiden starb. Nur mit knapper Not wurde von seiner Regierung ein Aufstand in Mekka niedergeschlagen.

Seit dem Sommer 1982 herrscht König Fahd in Riad, neben Faisal wohl der begabteste Sohn des Staatsgründers Ibn Saud. In den für die Monarchie schwierigen sechziger und siebziger Jahren war er dreizehn Jahre lang Innenminister gewesen. Er kennt die inneren Schwächen seines Reiches genau. Aber auch Fahd auf dem Thron ist allein nicht eine Garantie für den Bestand der Monarchie. Welcher Zukunft blickt Saudi-Arabien entgegen?

Die Beantwortung der Frage wird dadurch erschwert, daß sich unter den westlichen Orientkennern zwei bitter verfeindete Lager befinden: die Fans und die Gegner des saudiarabischen Staates. Zu den Saudi-Arabien-Fans, die weit zahlreicher, aber nicht unbedingt sechundiger als die Kritiker sind, gehören die meisten Diplomaten und Journalisten, die sich von Beruf wegen mit Saudi-Arabien befassen. Sie haben sich in das Abenteuer verfliebt, einem asiatischen Land zu begegnen, in dem es unermeßlich viel Erdöl und Geld, Vielweiberei und verschleierte Frauen, menschenleere Sandwüsten und Königspaläste, Cadillac, Kamele und Jagdfalken gibt.

Von den Schattenseiten des Lebens im Königreich, von der gnadenlosen Härte der Luftwüste, die politische auch auf das Meer war kein Verlaß.

der geduldigen List, mit der die Saudis einflußreiche Besucher, ja selbst westliche Diplomaten in verhängliche Situationen verwickeln und dann halbtötlich erpressen, ahnen manche Arabien-Fans nichts, während andere verschweigen, daß sie selbst schon erpreßt worden sind.

Im Untergrund ist in Saudi-Arabien das sowjetische KGB erfolgreicher als die amerikanische Central Intelligence Agency. Doch auch in Bonn scheint man das nicht zu begreifen. Für die Erdölproduktion Saudi-Arabien liegt die Verantwortung im Westen bei den Vereinigten Staaten. Sie sind auch traditionsgemäß die Waffenlieferanten und Instrukteure der Streitkräfte der Monarchie. Wenn neben den Vereinigten Staaten die Bundesrepublik Deutschland in Saudi-Arabien künftig auf eigene Faust als Waffenlieferant auftreten will, wird es den Amerikanern noch schwerer gemacht, sich im Dschungel arabischer Intrigen gegenüber der Sowjetunion zu behaupten.

Die Verwirrung der Gemüter ist groß. Nicht einmal über die Grundfakten der jüngsten Geschichte Arabiens herrscht Einvernehmen unter den Arabien-Spezialisten der führenden westlichen Staaten. Wie oft ist König Faisal den Mordanschlägen seiner Gegner entronnen, bevor ihn sein Neffe Faisal bin Musaid erschoß? Wie ist es um die Armee in Saudi-Arabien bestellt? Wie weit reicht der Einfluß radikaler Gegner des Throns? Wer das Wesen des Königreichs Saudi-Arabien ergründen will, gewinnt heute noch die interessantesten Aufschlüsse bei der Beschäftigung mit der Gestalt König Faisals. Mit Erfolg stellte er in den sechziger Jahren dem pro-sowjetischen „Arabischen Sozialismus“ des Ägypters Nasser seine Politik der „Islamischen Solidarität“ gegenüber.

Schon als 1924 die zentralarabischen Beduinenkrieger des alten Ibn Saud in Mekka einzogen, stand in der ersten Proklamation des Eroberers an die Bürger der Stadt, seine Truppen seien nur in den Hedschas gekommen, um „der Sache Allahs zum Sieg zu verhelfen“. Die in Zentralarabien beherrschenden puritanischen Wahhabiten, die Anhänger des Mohammed Abdul Wahhab (1703-1787), fordern die Unterwerfung der Welt unter den Islam. Zielstrebig hat König Faisal den Anspruch vertreten, sein Land sei die geistliche Führungsmacht aller islamischen Staaten, „Imam der Moslems“, das heißt „Vorbeter, geistlicher Führer der Moslems“, ließ er sich nennen.

Doch dieser Anspruch hielt Faisal nicht davon ab, mit kühlestem Egoismus die eigenen Interessen zu wahren. Den für sein Land gefährlichen Feldzug der Ägypter in Jemen beendete er mit einem Kompromiß, bei dem er seine treuesten Bundesgenossen, die streng islamisch gesinnten Bergstämme in Jemen, der sozialistisch orientierten Regierung in Sana preisgab. Alle weiteren unternommenen Versuche des saudiarabischen Throns, sich mit „Entwicklungshilfe“ und mit Beihilfegeldern in der Republik Jemen neuen Einfluß zu sichern, haben jenen Frontwechsel Faisals nicht wettmachen können. Der Name „Saudi-Arabien“ ist heute bei Jemeniten aller politischen Lager verhaßt. Das ist auch für die innere Stabilität des Königreichs eine Gefahr. Fast jeder Vierte Einwohner Saudi-Arabien, ist Gasterbeiter aus Nordjemen. Wenn einmal der Thron in Riad ins Wanken gerät, wird von dort abhingen, wo die Jemeniten in den innerarabischen Machtkämpfen stehen.

Gefährdet war die Monarchie schon zu Lebzeiten Faisals. Einmal war es die Luftwaffe, die politische auch auf das Meer war kein Verlaß.



Ein kluger Mann auf einem gefährdeten Thron: König Fahd

FOTO: STERN/OPA

Bei einem Überfall auf den König in Taif, der Sommerresidenz der Saudis im Bergland der Hedschas-Provinz, mußte Faisal sich schließlich in der Palastküche verstecken. Die Köche hielten zu ihm und verrieten ihn nicht. Die Leibwachen waren schon überlaufen. Manche Arabien-Fans möchten solche Episoden ins Reich der Fabeln verweisen. Aber der Wahrheit wird nicht gedient, wenn man die Schatten in der Laufbahn König Faisals verschweigt.

Das Haus Saud wagt es bis heute noch nicht, öffentlich einzugestehen, daß Prinz Faisal bin Musaid, der Mörder des Königs, in einem Palastinnen-erlager bei Beirut eine Sonderausbildung für Terrorakte erhielt. Einer der eifrigsten Verfechter guter Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der „Organisation zur Befreiung Palästinas“ (PLO) ist ausgerechnet Prinz Saud bin Faisal, der Außenminister des Königreichs, einer der Söhne des ermordeten Königs Faisal und ein Gegenspieler von König Fahd im Kabinett.

Von außen droht keine ernsthafte Gefahr

Der heutige König stand schon als Innenminister in dem Ruf, er umgibt sich nur mit verlässlichen Leuten. Sein jüngerer Vollbruder Prinz Sultan hingegen, der seit 1982 Verteidigungsminister des Königreichs ist, hatte gerade in der Auswahl der engsten Vertrauten oft eine unglückliche Hand. Mit der Lieferung von Waffen an die nordjemenitischen Stämme, einer der heikelsten Operationen in der Politik Saudi-Arabien, betraute Sultan seinen langjährigen Privatsekretär Mustafa Idris. Dieser Abenteuer wurde bald ein wohlhabender Mann. Doch die Waffenlieferungen gerieten gerade dann seltsamerweise ins Stocken, wenn die Gegner Saudi-Arabien in Jemen Erfolge erzielten.

Saudi-Arabien hat keine äußeren Feinde, die seine Sicherheit ernsthaft bedrohen. Die Gefahren lauern im Inneren, und die Korruption ist bei nahe die größte Gefahr. Seitdem das Königreich eine moderne Armee aufzubauen begann, war die Armee stets ein Unruheherd. Denn in der Armee dienen fast nur Bürgerliche, nicht Prinzen oder Beduinen der großen innerarabischen Stämme. Die Beduinen dienen in ihrer eigenen, der sogenannten „weißen“ Armee, der die Sicherheit des Throns anvertraut ist. Niemand außerhalb der Palastmauern ahnt, wieviel saudiarabische Prinzen es gibt. Daß es längst viele

tausend sind, läßt sich anhand der veröffentlichten Genealogien unschwer beweisen, aber wieviel tausend sind es genau? Jedes Prinzenbaby erhält von der Geburtsstunde an genug Geld, als „königliche Hoheit“ ein standesgemäßes Leben zu führen. Was soll mit ganzen Heerscharen arbeitsunwilliger Prinzen auf die Dauer geschehen, die im typischen Luxus ihrer Harems hauptsächlich auf sinnliche Genüsse bedacht, für die Mitbürger längst ein Ärgernis sind? Der wahhabitische Islam gebietet ein Leben puritanischer Strenge. Doch die Ölmilliarden haben die moralische Substanz der Oberschicht Saudi-Arabien zerstört. Die Erregung der Regierung von König Khaled über den Film „Die Prinzessin“ läßt ahnen, welchen Sprengstoff der Gegensatz zwischen überkommenen Sitten und den Lebensformen des Westens, zwischen Prinzen und Bürgern für die Saudi-Araber besitzt.

Die Fassade wird aufrechterhalten. Das Fernsehen überträgt regelmäßig Programme, die zur Sittlichkeit ermahnen. Ein bürgerlicher Scheich, ein Schriftgelehrter des Islams, lächelt vom Bildschirm die Zuschauer an. Er erzählt von einem Mädchen, das gerade von einer Auslandsreise zurückgekehrt ist. In London hatte sie sich Pralinen gekauft. Erst abends, vor dem Einschlafen kam ihr der Gedanke, die seltsame Filzigkeit in einer Praline könne Alkohol gewesen sein. Tagelang, bis zur Rückkehr in die Heimat, habe die junge Frau darauf gewartet. „Mit Recht hast du, meine Tochter, geweint“, sagt mit milder Strenge der Lehrherr der Scheich. „Denke daran, im Land der Ungläubigen bist du überall vom Schmutz der Sünde umgeben. Warum bleibst du nicht im treuen Land des Islams?“

Viele junge Saudis lachen über solchen Schwulst der staatlichen Propaganda. Manche Saudis, die im Ausland studierten, kehren als Gegner des wahhabitischen Islams, ja wemöglich als Marxisten in die Heimat zurück. König Fahd ist ein kluger und maßvoller Mann. Aber eine Anpassung des wahhabitischen Islams, der die strengen Lehren des Ibn Taimija aus dem dreizehnten nachchristlichen Jahrhundert zugrunde legt, an das Zeitalter der Ölproduktion ist schon König Faisal mißlungen.

Die bange Frage „Wie lange noch?“ beginnt gerade klarsichtige Freunde Saudi-Arabien zum Alptraum zu werden. Wird das für die Weltwirtschaft so wichtige Land noch im Jahr 1990 ein Königreich sein?

Für die Werftarbeiter bricht ein Stück Bremen zusammen

Empörung unter den Bremer Werftarbeitern: Während eine Delegation bei Bürgermeister Koschnick vorsprach, marschierten tausend Mann protestierend zum Rathaus. Der Grund ist die beabsichtigte Schließung der Werft AG „Weser“, die für mehr als 2000 Personen den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet.

Von W. WESSENDORF

Gegen acht Uhr früh formierten sich gestern die Werftarbeiter der AG „Weser“ mit ihren roten, blauen und gelben Helmen auf den Köpfen zu einem Protestmarsch in Richtung Rathaus. Immer wieder skandierten sie dabei: „Koschnick, wir kommen!“. Auf einem mitgetragenen Spruchband stand: „137 Jahre Tradition. Jetzt schließen. Ist das der Lohn?“. Die Stimmung war gedreht und aufgeladen. Denn am Abend zuvor hatte der Bremer Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), bekanntgegeben, daß die Werft AG „Weser“ geschlossen werden soll. 2030 Werftarbeiter verlieren damit spätestens im März 1984 ihren Arbeitsplatz.

Während eine Delegation von sechs Männern sich mit dem Bürgermeister im Rathaus zwei Stunden später auseinandersetzte, protestierten etwa tausend ihrer Kollegen auf dem Marktplatz. Rationell, aber auch Empörung stand in ihren Gesichtern. Mit dabei auch ihre kopfschüttelnden Frauen, die immer wieder murrten: „Wir verstehen das nicht.“ Eine Frau mit weißen Strähnen im blonden Haar rief wütend: „Man müßte aus der Gewerkschaft austreten!“ Der Betriebsratsvorsitzende Hans Ziegenfuss zuckte mit den Schultern. Auch er war mit seinem Latein am Ende, rief aber die Belegschaft zum Widerstand auf: „Leute, nehmt diese Entscheidung nicht so hin! Klärt die Bevölkerung auf!“ Kurz nach zehn Uhr begab sich der Landeschef unter gelenden Pfiffen vor das Rathaus und griff sich eine Sprechтруbe, um die bittere Wahrheit noch einmal zu wiederholen.

Die Entscheidung, daß die AG „Weser“ geschlossen wird und das Konkurrenzunternehmen, die Bremer Vulkan AG, bestehen bleibt, ist trotz aller Proteste so gut wie sicher. Die endgültige Entscheidung wird zwar erst am Dienstag kommander Woche im Bremer Senat fallen – sie wird aber nur noch formellen Charakter haben. Die Vorstände aller drei an der Verschmelzung beteiligten Schiffbaubetriebe, die AG Weser, die Bremer Vulkan AG und Hapag Lloyd in Bremerhaven haben einver-

nemlich beschlossen, die Werft in Bremen-Gröpelingen zu schließen. Reparaturen sollen künftig nach Bremerhaven auf die Hapag-Lloyd-Werft vergeben werden, während die Vulkan AG den Neubau übernimmt. Bei dieser Lösung bleibt die Seebeckwerft der AG Weser, die Seebeckwerft, mit 2700 Mitarbeitern in Bremerhaven erhalten. Tief bestürzt hatte Koschnick dieses Konzept verkündet: „Die Vorstände und die Eigner sind davon überzeugt, daß dies die betriebswirtschaftlich beste Lösung ist.“

Der Senat habe, so meinte Koschnick, nur eine Alternative zu diesem Vorschlag, nämlich alle Betriebsstätten zu erhalten. Koschnick: „Aber dann kämen wir noch mehr Arbeitslose.“ Der Vorstand der AG Weser hat schon schriftlich eingereicht, daß die Werft auch dann sofort dichtgemacht wird. Damit hingen auch die Sozialpläne in der Luft, die bislang zugesichert sind. Und der Chef der Bremer Vulkan AG, Norbert Henke, hat klargestellt, daß für diesen Fall „seiner“ Werft die 4000-Mann-Belegschaft „erheblich reduzieren müßte“. Auch Hapag-Lloyd hat keinen Zweifel daran gelassen, dann die Hälfte ihrer 1070 Mitarbeiter auf die Straße setzen zu wollen.

„Laß uns doch zu Neumann gehen“, schlugen einige der Protestierenden vor. Neumann ist der CDU-Chef in Bremen, steht mit seiner Partei in der Opposition zu den allein regierenden Sozialdemokraten. Dieser Gedanke wurde aber schnell verworfen, weil man sich, so die einhellige Meinung, an die Regierung halten müsse. Resigniert kletterten die Arbeiter kurz nach elf Uhr in die Straßenbahnen und fuhren wieder auf ihre Werft: „Dort werden wir weiter reden.“ An Arbeit war nicht zu denken. Am Freitag soll eine große Betriebsversammlung stattfinden. Dann wird auch das Ergebnis des Wirtschaftsprüfungsunternehmens „Treuarbeit“ vorliegen, das das vorgeschlagene Konzept auf seine Brauchbarkeit abklopft, seine Plausibilität allerdings schon erklährt hat.

Das angestrebte neue Werft-Unternehmen soll voraussichtlich zum 1. Januar des nächsten Jahres entstehen. Die Vorstände wollen allerdings schon ab Oktober auf gemeinsame Rechnung wirtschaften. Die Verwirklichung des Konzepts wird 230 Millionen Mark kosten. Eine Hälfte zahlen die Eigentümer, den Rest der Steuerzahler das Land Bremen 20 Millionen Mark, der Bund 88 Millionen Mark. Allerdings muß der Bonner Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff noch der vorgesehenen Verschmelzung zustimmen. Er hatte den Bremer Senat unerbittlich gezwungen, ein Konzept vorzulegen, das haar-

klein bis hin zu den Produktionsstätten die Vorstellungen darlegt.

Gibt Bonn grünes Licht, dann stellen sich die Eigentumsverhältnisse so dar: Krupp hält rund 40 Prozent, Bremen und Thyssen-Bornemisza jeweils 12,5 Prozent, Hapag Lloyd rund 20 Prozent der Anteile. Der Rest fällt auf Kleinaktionäre. Die Zeit drängt, eine der größten europäischen Werften zu gründen. Denn mit jedem Tag werden die Verluste größer. Schon seit dem Frühjahr hat der Senat dieses Konzept in der Schublade liegen. Experten haben ausgerechnet, daß die Verzögerung durch die Unterbeschäftigung vor allem bei der AG Weser schon 50 Millionen Mark gekostet hat.

Der Bremer Senat spielt bei der Fusion eine wichtige Rolle, weil er seit vergangener Jahr Miteigentümer der Bremer Vulkan in Höhe von 33 Prozent ist. Seinerzeit galt es, im Zusammenhang mit dem Fregattenbau ein Defizit von mehreren 100 Millionen Mark zu decken. Der Nordbremer Schiffbaubetrieb verzeichnete zu jenem Zeitpunkt einen Auftragsbestand in Höhe von 2 Milliarden Mark. Der Bund schoß nach, aber nur unter der Bedingung, daß das Land Bremen sich bei der Werft einkaufte. Der andere Miteigentümer, Thyssen-Bornemisza, verpflichtete sich damals, mindestens eine Schachtel von 25,01 Prozent für mehrere Jahre zu halten. Das Land Bremen hat darauf ein Optionsrecht, das der Senat aber nicht ausüben will. Koschnick: „Wir wollen keine Staatswerft.“

Ein sieben Jahre langer Überlebenskampf der traditionsreichen Gröpelinger Werft, die sich zu 86 Prozent in den Händen von Krupp befindet, geht damit seinem Ende zu. Der berühmteste Musikkappler, der auf dieser Werft gebaut wurde, war die „Bremen“ (4156 BRT) des Norddeutschen Lloyd. 2020 Mitarbeiter verlieren damit ihren Arbeitsplatz, nur 440 von ihnen werden in den Neubereich der Bremer Vulkan AG, 100 von Hapag Lloyd in Bremerhaven übernommen. Die Auszubildenden sollen über die Betriebe verteilt werden. Die Ankündigung von Daimler-Benz, in Bremen rund 1000 Werftarbeiter zu übernehmen, hat keinen verbindlichen Charakter.

Viele Mitarbeiter der Werft fühlen sich von ihrem Bürgermeister getäuscht. „Betrüger, Betrüger“, riefen sie ihm vor dem Rathaus zu. Die Bremer Politiker befinden sich mitten im Wahlkampf. In dreieinhalb Wochen geht es an die Urnen. Meiste der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuss: „Das ist doch eine klare Rechnung. Beim Vulkan arbeiten ja viel mehr als bei uns, nämlich 4000 Beschäftigte. Diese Stimmen hat er doch jetzt sicher.“



Vor dem Bremer Rathaus protestierten gestern die Arbeiter gegen die Schließung der AG Weser

FOTO: AP

Der Asbach Uralt ist seinen Preis wert

Wer einen Asbach Uralt haben wollte, mußte schon immer etwas mehr anlegen als für einen anderen Weinbrand. Das ist heute nicht anders, als es gestern und vorgestern der Fall war. Qualität hat nun einmal ihren Preis – den Preis, den die sorgfältige Auswahl bester Weine und die wohlbedachte, lange Lager- und Reifezeit fordern.

Diese unverwechselbare Qualität ist allerdings auch spürbar. Wie sonst hätte sich der Asbach Uralt während der letzten zehn, zwanzig Jahre von einer Marke für nur wenige Kenner zu einer wohlbekannten und hochgeschätzten Weinbrandmarke entwickelt? Und warum sonst würde er als der einzige Weinbrand in so vielen Ländern geführt werden – also „Zu Gast in aller Welt“ sein!

Viele Menschen haben sich eben für die Qualität statt für die Quantität entschlossen, für das „Besser“ statt für das „Mehr“.



Im
**Asbach
Uralt**
ist der Geist
des Weines

Franke neuer Bausenator in Berlin

Ein politischer Praktiker aus der Baubranche und gestandener Parlamentarier übernimmt morgen als neuer Bausenator in Berlin das schwierige Erbe des „Aussteigers“ Ulrich Rastemorski. Richard von Weizsäcker schlug gestern seinen Parteigenossen nach langwierigen internen Auseinandersetzungen vor, den 60-jährigen Klaus Franke (CDU) mit dem Ressort zu betrauen.

Franke gehört seit vier Jahren als kaufmännischer Direktor dem Vorstand der größten städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft (DeGeWo) an und ist Vizepräsident des Abgeordnetenhauses. Der gebürtige Berliner und frühere U-Boot-Leutnant machte sich als Vorsitzender des Bauausschusses und Experte auf diesem Gebiet in der Stadt einen Namen. Politisch zählt er zum Mehrheitsflügel der CDU, der in der Hausbesitzer-Frage den von Innenminister Heinrich Lummer stets betonten Sicherheitsaspekt unterstützt. Für Weizsäcker gab offenbar am Ende die Überlegung den Ausschlag, die Bauverwaltung einem Politiker zu übergeben, der die notwendige Durchsetzungskraft aufbringt, um die größte Behörde Berlins jederzeit im Griff zu behalten.

Am Ende des Auswahlverfahrens, bei dem auch der FDP-Bündnispartner nach seinen Wünschen gefragt worden war, blieben nur noch Franke und der Berliner Rechtsprofessor und Baujurist Klaus Finkelnburg übrig. Die FDP hatte seit Rastemorskis schriftlichem Rücktritt am vergangenen Donnerstag unmissverständlich erklärt, daß sie nur einen Kandidaten akzeptieren werde, der die „Berliner Linie“ einer möglichst einvernehmlichen Lösung mit den Hausbesetzern weiterverfolge. Es ist sicher, daß Franke morgen mit den notwendigen Stimmen von CDU und FDP zum Bausenator gewählt wird.

Dahrendorf zieht Kandidatur zurück

Der FDP-Politiker Ralf Dahrendorf hat „aus gesundheitlichen Gründen“ seine Kandidatur für die baden-württembergische Landtagswahl im März nächsten Jahres zurückgezogen. Nach Angaben des Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes Stuttgart, Hans Reinhard Schäfer, hat Dahrendorf vor mehreren Tagen seinen Verzicht auf eine Kandidatur schriftlich mitgeteilt. Dahrendorf leidet nach FDP-Angaben an einer schweren Schilddrüsenerkrankung und muß auf dringende Anraten seiner Ärzte auf alle seine politischen Aufgaben verzichten. Er hoffe jedoch, den Vorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung weiterführen zu können. Dahrendorf ist noch bis 1984 Direktor der „London School of Economics and Political Science“.

Kanzleramtschef lobt Strauß

Lob von Seiten der Bundesregierung hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß erhalten. Strauß liege „ganz auf der Linie der Regierung“, betonte Kanzleramtschef Staatssekretär Waldegar Schreckenberger in einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview mit der Illustrierten „Quick“. Er gebe Kreise, die mit ihrem Gerede vom „Querlegen“ keine Verhältnisse in der Koalitionspartner Strauß und die Regierung treiben wollten, meinte der Staatssekretär. „Gemessen an seinen bisherigen Aktivitäten, auch was den Kredit an die DDR betrifft, kann von Querlegen nicht die Rede sein.“ Wenn Strauß die Kürzungen im Beamtenbereich oder des Mütterchaftsgeldes beanträge, drückte er damit nicht nur die Meinung der Union aus, die gern von diesen Beschlüssen absehen würde, wenn die Finanzlage dies gestatten würde, sondern verfuhr damit nach Spielregeln einer föderativen Ordnung, in der die Landescheffe der Regierung ihre Meinung sagen“, erklärte Schreckenberger.

SPD lehnt Forderung Lafontaines ab

Das SPD-Präsidium hat die Forderung des saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einhellig abgelehnt. Dies teilte SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement gestern in Bonn nach Beratungen des Präsidiums am Vorabend mit. Die notwendige Diskussion über die militärische Strategie im Bündnis dürfe nicht durch eine Diskussion über das Bündnis belastet werden.

Das SPD-Präsidium bekräftigte zugleich die Feststellung, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum atlantischen Bündnis sei Voraussetzung für eine Politik der Entspannung und der schrittweisen und ausgewogenen Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Die Bundesrepublik erfülle ihre Verpflichtungen innerhalb des Bündnisses und seines festgelegten Geltungsbereichs voll, was vor allem Verdienst der Bundeswehr sei. Unter sozialdemokratischen Verteidigungsministern sei die Bundeswehr zu einer leistungsfähigen und verlässlichen Streitkraft in der Demokratie geworden.

Innerhalb kurzer Zeit stoppten die Richter zwei Großprojekte

Berliner Oberverwaltungsgericht erklärt Kohlekraftwerks-Bebauungsplan für nichtig

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin
In einem mit Spannung erwarteten Umweltverfahren hat das Berliner Oberverwaltungsgericht den Bebauungsplan des im Bau befindlichen Großkraftwerkes Reuter West für nichtig erklärt. Das Urteil ist rechtskräftig, eine Berufung beim Bundesverwaltungsgericht wurde nicht zugelassen.

Zwar hat das Urteil keine unmittelbaren rechtlichen Auswirkungen auf das Kraftwerksprojekt, das langfristig die Versorgung der Stadt mit elektrischem Strom sichern soll. Auf der Grundlage eines älteren Bebauungsplans und der inzwischen ausgesprochenen Teilbaugenehmigungen kann weitergebaut werden. Dennoch dürfte die Entscheidung des Gerichts faktisch einem zumindest befristeten Baustopp gleichkommen, da die Erteilung neuer Teilbaugenehmigungen untersagt ist. Bei der Bewag/Berliner Elektrizitätswerke AG rechnet man damit, daß durch den Spruch des Oberverwaltungsgerichts eine Verzögerung der Projektrealisierung um etwa anderthalb Jahre eintreten wird.

Schon jetzt ist abzusehen, daß die Kraftwerksgegner sich mit dem von ihnen erzielten Teilerfolg im Normenkontrollverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht nicht zufriedengeben werden. In den Verhandlungen wurde deutlich, daß es ihnen letzten Endes darum geht, das Kraftwerksprojekt zu Fall zu bringen. Der Versuch des Gerichtspräsidenten Professor Albrecht Grundel, eine gültige Einigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die eine Realisierung des Kraftwerks auf der Grundlage des Bebauungsplans ermöglicht hätte, war deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Schon bevor der vorsitzende Richter Albert Grundel eine Kompromißformel zur gütlichen Einigung der streitenden Parteien vorgelegt hatte, nach der die Bewag sich verbindlich auf Obergrenzen des Schadstoffausstoßes festlegen sollte, winkte der Rechtsanwalt der Kraftwerksgegner, Reiner Geulen, ab. Den Klägern gehe es nicht um „Kompensationen“. Auch gehöre es nicht zur Kompetenz des Gerichts, einen Vergleichsvorschlag zu präsentieren. Es habe lediglich über den Antrag der Kraftwerksgegner zu entscheiden, den Bebauungsplan für nichtig zu erklären. Deutlicher hätten die Kraftwerksgegner kaum zum Ausdruck bringen können, daß es ihnen bei dem Normenkontrollverfahren weniger um die Schaffung erträglicher Umweltbedingungen, sondern vielmehr um die Verhinderung des Kraftwerksbaus selbst ging.

Der Rechtsanwalt der Bewag, Professor Klaus Finkelnburg, hatte während der Verhandlung erklärt, daß durch den Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage in das neue und die Stillelegung des alten Kraftwerks „global“ eine Entlastung des Schadstoffausstoßes eintreten werde.

Zu einer verbindlichen Festlegung von Schadstoffobergrenzen in dem Bebauungsplan war die Bewag allerdings nicht bereit. Die an sich logische Argumentation der Bewag, daß

die Festschreibung von Grenzwerten in einem Bebauungsplan dazu führe, daß neue technische Entwicklungen zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Zeit zwischen Bauplanung und Projektrealisierung nicht berücksichtigt werden könnten, ließ das Gericht in der Urteilsbegründung unberücksichtigt.

Es folgte vielmehr weitgehend den Argumenten der Gegner des Kohlekraftwerkes. Den Antragstellern könnten aus dem Bebauungsplan Nachteile durch Schadstoffe entstehen, die in ihrem Wohnbereich möglicherweise niedergehen würden. Da in dem Bebauungsplan für das Kraftwerk Reuter West keine Schadstoffbegrenzung festgesetzt worden sei, hätten die Belange der gestunden Wohnverhältnisse und des Umweltschutzes nicht die erforderliche Beachtung gefunden. Der Bebauungsplan müsse deshalb für nichtig erklärt werden.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts hat in Berlin erhebliches Aufsehen erregt, zumal es schon das zweite Großbauprojekt ist, das innerhalb kurzer Zeit vom gleichen Gericht faktisch gestoppt worden ist. Der Berliner Senat beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem Urteil. Auch in dem Urteil, das den Bebauungsplan für die Anbindung an die neue Autobahn Berlin-Hamburg für rechtswidrig erklärte, hatte sich das Gericht weitgehend auf die Argumente der Gegner der Autobahnbindung durch den Tegeler Forst gestützt.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts hat in Berlin erhebliches Aufsehen erregt, zumal es schon das zweite Großbauprojekt ist, das innerhalb kurzer Zeit vom gleichen Gericht faktisch gestoppt worden ist.

Der Berliner Senat beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem Urteil. Auch in dem Urteil, das den Bebauungsplan für die Anbindung an die neue Autobahn Berlin-Hamburg für rechtswidrig erklärte, hatte sich das Gericht weitgehend auf die Argumente der Gegner der Autobahnbindung durch den Tegeler Forst gestützt.

Länder-Finanzausgleich: Nun klagt auch Stuttgart in Karlsruhe

Baden-Württemberg fühlt sich als „Zahlmeister“ der Bundesrepublik benachteiligt

XING-HU KUO, Stuttgart
Baden-Württemberg wird beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe eine Klage gegen die bisherige Regelung des Länderfinanzausgleichs einreichen. Dies hat die Stuttgarter Landesregierung jetzt beschlossen, wie Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) gestern bestätigte und erläuterte. In dem Normenkontrollantrag wird Stuttgart darauf hinweisen, daß Baden-Württemberg nach wie vor mehr als 70 Prozent der Zahlungen im Finanzausgleich der Bundesländer alleine aufbringen müsse. Dabei werde die überdurchschnittliche Steuerkraft des Südwesdens „ungleich stärker abgeschöpft“ als bei den anderen ausgleichspflichtigen Ländern Hessen und Hamburg, so Regierungssprecher Matthias Kleinert.

Damit hat der jahrelange Streit zwischen den Bundesländern einen neuen Höhepunkt erreicht. Vor allem Baden-Württemberg fühlt sich als „Zahlmeister“ der Bundesrepublik benachteiligt. Denn als der Länderfinanzausgleich 1970 neu geregelt wurde, zahlte der Südwesen nur 26 Prozent der Ausgleichszuwendungen an finanzschwache Länder in einer Ge-

samtheite von 1,22 Milliarden Mark. Inzwischen hat sich, wie Finanzminister Guntram Palm kürzlich in Stuttgart berichtete, die Steuerkraft immer mehr zugunsten des Südens verschoben. Stuttgart zahle heute fast mehr als 70 Prozent in den Ausgleichstopf, die restlichen knappen 30 Prozent werden von Hamburg und Hessen übernommen.

Alleine in diesem Jahr wird Baden-Württemberg voraussichtlich 1,8 Milliarden Mark an andere Bundesländer als „Entwicklungshilfe“ zahlen müssen. Für 1984 wird sogar mit einer weiteren Erhöhung um rund 150 Millionen (1,747 Milliarden Mark) gerechnet, teilt die Regierung in Stuttgart mit.

Besonders unzufrieden war Baden-Württemberg mit Niedersachsen: dieses Empfängerland ist inzwischen durch Erdölförderzinsen selber „wohlhabend“ geworden. Diese Einnahmen wurden jedoch bis zum Sommer vorigen Jahres nicht im Finanzausgleich verrechnet. Es gelang, in diesem Punkt einen Kompromiß mit Hannover zu erzielen. Danach wird rund ein Drittel dieser Zinseinnahmen künftig mitverrechnet.

Diese politische Lösung zwischen

den beiden unionsregierten Ländern behagte indes Nordrhein-Westfalen nicht. Düsseldorf profitiert nämlich nicht von der Einigung Späth-Albrecht. Als erstes Bundesland hat die Regierung Johannes Rau deshalb den Gang nach Karlsruhe beschritten. In einem Normenkontrollverfahren will Nordrhein-Westfalen vor allem erreichen, daß die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie etwa die Belastungen im Kohle- und Stahlbereich, mehr als bisher berücksichtigt würden.

Um zu verhindern, daß durch die Klage aus Düsseldorf nur Teilaspekte des Finanzausgleichs durch das höchste Gericht geprüft werden, sah sich die Regierung Späth gezwungen, nun ihrerseits zu klagen.

Zu den von Stuttgart besonders beanstandeten Punkten, die die Karlsruher Richter jetzt beschäftigen werden, zählen die nach Ansicht Baden-Württembergs bevorzugte Behandlung der Hansestädte Hamburg und Bremen („Hanseatenprivileg“) bei der Berechnung für den Finanzausgleich, die bisherige Regelung von bestimmten „Sonderlasten“ und Ergänzungsleistungen.

Der Aufschwung des Lothar Späth

Von XING-HU KUO

Als vor fünf Jahren, am 30. August 1978, Lothar Späth (CDU) neuer Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde, war er vor allem außerhalb der Landesgrenzen weitgehend unbekannt. Aber auch im Südwesen wirkte der damals erst 40-jährige noch recht farblos, obwohl seit einem halben Jahr Innenminister und zuvor mehrere Jahre Fraktionschef der regierenden CDU. Vor allem im Vergleich mit seinem vorzeitig zurückgetretenen Vorgänger Hans Filbinger, der über seine Vergangenheit als Marineoffizier in der NS-Zeit gestolpert war, war Späth ein „unbeschriebenes Blatt“.

Heute zählt Späth in der Union zu den profilierten Landesfürsten. Sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bereich der Bundespolitik hat Späth in den letzten fünf Jahren prägende Einflüsse ausgeübt. Gleichzeitig waren manche seiner Entscheidungen und Vorschläge, die nicht selten vorschneidend und im Alleingang gefaßt wurden, nicht nur Gegenstand heftiger Kritik im gegnerischen Lager, sondern auch innerhalb der Unionsparteien heftig umstritten.

Späth, 1978 jüngster Ministerpräsident der Bundesrepublik (1937 in Sigmaringen geboren, Oberschule in Beilstein und Heilbronn, 1967 mit 30 Jahren Bürgermeister in Bietigheim, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Neuen Heimat, von 1973 bis 1978 CDU-Fraktionsvorsitzender, 1978 sechs Monate Innenminister), stand vor einer schwierigen Aufgabe, als er plötzlich das Amt Filbingers übernehmen mußte.

Er stand zunächst im Schatten des überaus populären und erfolgreichen Vorgängers (bis zu 57 Prozent der Wählerstimmen hatte Filbinger verbuchen können). Außerdem war die Regierungspartei vor allem durch die zermürbenden Diskussionen um den

zurückgetretenen Regierungschef nicht in allerbesten Verfassung. Das erste Regierungsjahr Späths stand völlig im Zeichen des Versuchs, sich selbst fast um jeden Preis „populär“ zu machen. Der neue Regierungschef scheute sich nicht, durch Kirschkernspucken und Teilnahmen an Quizsendungen im Fernsehen auf sich aufmerksam zu machen. Er bereitete ganz Baden-Württemberg, zugleich entfaltete er eine fieberhafte Auslandsreiseaktivität. Späth versuchte schon damals, sich in Bundes-, Deutschland- und Außenpolitik zu profilieren. In Teilen der Union wurde beispielsweise Späths Vorpreschen in der Ostpolitik mit Unbehagen registriert. In einem „Stern“-Interview im Oktober 1980

Landesbericht Baden-Württemberg

hatte er die Union aufgefordert, eine Kurskorrektur vorzunehmen, mehr Kontakte zu den kommunistischen Staaten aufzunehmen und keine Behinderungen in diesem Bereich zu zeigen.

1981 versuchte Späth seine Fähigkeiten als Finanzexperte herauszustellen. Er schaltete sich mehrfach in die damalige Bonner Spardebatte ein. Kurz vor dem Hamburger CDU-Parteitag erregte Späth Aufsehen mit seiner Forderung an die Parteispitze, mehr „Führungskraft“ zu zeigen.

Späth festigte trotz der Kritik sowohl in der Landes- als auch in der Bundes-CDU seine Position. 1979 wurde er in Beilungen mit großer Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden, in Mannheim 1981 zu einem der stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Späth, der zugleich, in der Anfangszeit eine „vordergründige“ Politik be-

trieben zu haben, wandelte sich allmählich zu einem langfristig planenden „Vordenker“ der Partei. In den letzten zwei Jahren verschoben sich die Akzente. „Strukturfragen“ lautet nunmehr das Lieblingsthema des Regierungschefs. Durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auch in Baden-Württemberg bestehen, obwohl dieses Land nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote hat, sind im Bereich der Firmenkonzurrenz und der Jugendarbeitslosigkeit ernste Probleme entstanden. Daher befaßt sich die Landesregierung zunehmend mit Zukunftsthemen. Dies kommt in Kongressen mit dieser Thematik zum Ausdruck und in den Maßnahmen der Späthschen Regierung. Seine Rezepte gegen die Wirtschaftsmisere lauten: Entwicklung und Anwendung der neuen Technologien (die neue Arbeitsplätze schaffen) und die Welt humanisieren (solten), eine entsprechende Forschungs-, Mittelstands- und Exportförderung (enge Kooperation mit den Ländern der Dritten Welt) und ähnliches mehr.

Im Bereich der Gesellschaft will Späth einen Verzicht auf „Klassenkampf“ erreichen, statt dessen spricht er häufig von der neu zu bildenden „Versöhnungsgesellschaft“. In diesem Rahmen setzt sich die Regierungschef nicht nur verstärkt für die „Solidarität mit der Dritten Welt“ ein, sondern scheut seit der Bonner Wende auch die innenpolitische Auseinandersetzung nicht. So beispielsweise im Streit innerhalb der Unionsparteien in Sachen Mütterchaftsgeld oder bei seinen Vorschlägen hinsichtlich von Weihnachtsgeldkürzungen im öffentlichen Dienst.

In manchen Fragen hat Späth, teils mit Erfolg, versucht, bundesweit eine Vorreiterrolle zu spielen: in der Asylanten- und Ausländerpolitik oder im Wohnungsbau.

Die Rückkehr von Isabel verstört auch Peronisten

Argentinien Ex-Präsidentin greift in den Wahlkampf ein

MANFRED NEUBER, Bonn
Mit gemischten Gefühlen erwartet Argentinien die Rückkehr der früheren Präsidentin Isabel Perón (63) aus dem spanischen Exil. Ihr langes Schweigen lähmte die Peronisten und schwächte deren Chancen bei den vom Militärregime für den 30. Oktober angesetzten Wahlen.

Die Witwe Peróns will Ende August, nach einem Zwischenaufenthalt in Paraguay, in Buenos Aires eintreffen. Sie soll den Vorsitz auf dem Parteikongreß am 3. und 4. September führen, bei dem die Peronisten ihren Präsidentschaftskandidaten bestimmen werden.

Den meisten Argentinern ist die chaotische Regierungszeit Isabel Peróns, die 1974 die Nachfolge ihres verstorbenen Mannes antrat und 1976 gestürzt wurde, in schlechter Erinnerung. Doch in der Sicht ihrer Anhänger umgibt sie die peronistische Aura.

Fünf Jahre lang wurde die abgesetzte Präsidentin unter Hausarrest gestellt, dann durfte sie 1981 nach Madrid ausreisen. In einem Prozeß wegen Korruption für schuldig befunden, kann Frau Perón in Argentinien kein öffentliches Amt mehr bekleiden.

Während eine kleine Gruppe ihr blind ergebener Gefolgsleute die Rehabilitierung Isabel Peróns verlangt und sie als Präsidentschaftskandidatin vorschlägt, ringen einige Aspiranten um ihre Gunst, und andere Bewerber fordern parteiinterne Wahlen statt eines einsamen Entschlusses.

Die jetzt an Häuserwänden wieder auftauchenden Parolen „Perón und Evita leben!“ (Evita war die erste Frau des Caudillos) können keine Entscheidungshilfe sein. Und der Spruch aus dem Vermächtnis des Juan Domingo Perón „Mein einziger Erbe ist das Volk“ läßt die Peronisten bei der Führrsuche ratlos.

Zwei Anwärter verloren die Geduld und erklärten ihre Kandidatur, ohne das Placet von „La Señora“ zu haben: der ehemalige Interimspräsident Italo Luder und der frühere Wirtschaftsminister Antonio Cafiero. Luder werden die größeren Aussichten auf die Nominierung eingeräumt, nachdem bekannt wurde, daß Cafiero offenbar sich mit dem Posten des Gouverneurs von Buenos Aires bescheiden will.

Im Rennen liegen noch der frühere Außenminister Angel Robledo, der eine innere Demokratie bei den Peronisten befürwortet, und Peróns früherer Leibarzt Raúl Matern, der ebenfalls die hierarchische Befehlsstruktur bei den Peronisten ablehnt. Der amtierende Parteivorsitzende Desolado Bittel, als Vizepräsident im Gespräch, tendiert zu Italo Luder. Beide sind schweizerischer Abstammung. Die Verwirrung im peronistischen

Lager unmittelbar vor dem Nominierungskongreß und acht Wochen vor den Wahlen rührt auch von geheimnisvollen Kontakten des Admirals Emilio Massera nach Madrid her. Als Marine-Chef gehörte er der Junta an, die Frau Perón stürzte. Schon 1978 setzte er sich vom Militärregime ab und versuchte, eine populistische Bewegung aufzubauen. Seit einiger Zeit wirbt er um die peronistische Galfionsfigur.

Auf diese bizarre Konstellation trifft auch die Feststellung des argentinischen Schriftstellers Ernesto Sabato zu: „In diesem verrückten, surrealistischen Lande ist alles möglich.“ – Fußnote zum Phänomen Massera: Der Admiral sitzt seit Wochen in Haft, weil er Beweismaterial im Falle eines Verschwörungsbündnisses habe.

In Argentinien ist tatsächlich vieles anders. Bei einer Gallup-Umfrage wurde nicht ermittelt, wer bei den Wahlen am höchsten in der Gunst steht, sondern für wen sie auf gar keinen Fall stimmen würden. (Vier Wochen nach den Wahlen am 30. Oktober liegt die Kür des Präsidenten in den Händen von Wahlmännern.)

Bei dieser „verkehrten“ Befragung schnitt Isabel Perón mit 50 Prozent am schlechtesten ab. Gegen den Gewerkschaftsführer Lorenzo Miguel stimmten 39 Prozent, gegen Admiral Emilio Massera 32 Prozent und gegen den liberalen Wirtschaftsfachmann Alvaro Alsogaray 30 Prozent.

Nur etwa acht Prozent der befragten Argentinier wandten sich sowohl gegen den Peronisten Italo Luder wie gegen Raúl Alfonsín, den aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten der kleinbürgerlichen Radikalen Volksunion. Alfonsín begann seinen Wahlkampf sofort nach der Wiederzulassung der Parteien vor einem Jahr und erhielt im Juli die offizielle Nominierung seiner Partei.

Der populäre Rechtsanwalt setzt auf die Jungwähler, um die Vorherrschaft der Peronisten brechen zu können. Alfonsín will den Einfluß der Gewerkschaften und der Streitkräfte auf die Tagespolitik eindämmen und die sogenannten Malvinas (Falkland-Inseln) durch Verhandlungen zurückgewinnen.

Unterdessen verläutete aus Madrid, daß sich Isabel Perón nicht in die Führungskämpfe der Peronisten einschalten wolle. Als ihr „persönlicher Vertreter“ in Argentinien soll der ehemalige Innenminister Vicente Damasco ernannt werden.

In der Wahl Damascos, eines pensionierten Obersten, wird in der Armee eine Rückversicherung für den Fall eines peronistischen Sieges gesehen, daß die Periode des „schmutzigen Krieges“ gegen die Terroristen in den siebziger Jahren mit den Tausenden von Verschwindenen nicht strafrechtlich aufgerollt wird.

Berlin: Erste Spur im Asala-Anschlag

Irak Berlin

Nach dem Sprengstoffanschlag der armenischen Geheimarmee „Asala“ in Berlin, bei dem eine Person getötet und 23 verletzt wurden, verfolgt die Sonderkommission der Polizei jetzt eine erste heiße Spur. Zwei Zeugen beschrieben übereinstimmend einen etwa 35-jährigen Mann von „südländischem Typ“, der etwa eine Viertelstunde vor der Explosion das „Maison de France“ betrat. Er trug eine Sporttasche an einem Schulterriemen und ein braunes Packpapier eingewickeltes Paket von der Größe eines Schuhkartons bei sich.

Unabhängig voneinander hatten zwei Berliner diesen Mann kurz vor der Explosion im Nebenhaus des betroffenen Gebäudes und wenig später im vierten Stockwerk des Hauses bemerkt. Diese Etage war schon vor dem Anschlag für die Öffentlichkeit nicht zugänglich gewesen. Berlins Staatsschutzchef Manfred Ganschow erklärte dazu, der Verdächtige habe offenbar versucht, zunächst vom Nebenhaus aus in das französische Generalkonsulat zu gelangen. Zwischen beiden Häusern gibt es jedoch keine Verbindung.

Bastian mahnt die Grünen

hey, Bonn

Die Bundestagsabgeordneten der Grünen haben sich auf einer Klausurtagung in Altendorf nicht auf eine gemeinsame Haltung gegenüber gewalttätigen Demonstranten einigen können. In einer kontroversen Diskussion betonte der ehemalige Bundeswehrgeneral Cret Bastian mit Nachdruck, die Grünen dürften „absolut nichts“ mit Krawallmachern und Chaoten zu tun haben. Er verwies insbesondere auf die schweren Ausschreitungen, die angestrebte Gewalttätigkeit während des Besuchs des US-Vizepräsidenten George Bush in Krefeld ausgelöst hatten.

Bei der erneuten Beratung des Falls des bisherigen Landtagsabgeordneten Frank Schwalbe-Hoth, der in Wiesbaden den amerikanischen General Paul Williams mit Blut verspritzt hatte, blieb es bei einer vorsichtigen Distanzierung. Damit steht die Fraktion weiter im Gegensatz zur Haltung der Parteiführung und der hessischen Grünen.

Außerdem berieten die Abgeordneten über ihre Beteiligung an Demonstrationen gegen eine mögliche Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. So will sich von Donnerstag an Bastian zusammen mit anderen an einem „Friedenscamp“ in Mutlangen beteiligen. Außerdem will man sich einer Aktion in Bitburg anschließen.

Luftpiraten räumen Hindernisse

AP/Pr. Teheran/Paris

Drei der vier Luftpiraten, die am Wochenende eine Passagiermaschine der Air France nach Teheran undriktig hatten, haben gestern nachmittag damit begonnen, Hindernisse von der Startbahn des Flughafens zu räumen. Berichte, wonach die Entführer einen Schuß auf eine ihrer Geiseln abgegeben haben, werden von der Zentrale der Air France in Paris demontiert. Einer der Flugzeugführer habe lediglich einen Warnschuß in die Luft abgefeuert. Ungewiß war gestern, ob Teheran der Maschine Startlaubnis geben würde.

Die Luftpiraten hatten gestern noch sieben französische Besatzungsmitglieder sowie mindestens neun Passagiere in ihrer Gewalt. Sie fordern von Frankreich, sich zum Abzug seiner Truppen aus Tschad und Libanon zu verpflichten, die militärische und wirtschaftliche Hilfe an Irak einzustellen und arabische Flüchtlinge aus französischen Gefängnissen freizulassen. Die Frist zur Erfüllung ihrer Forderung verstrich gestern, ohne daß die Terroristen ihre Drohung, die französische Besatzung zu töten, wahr machten.

Geschäftsführer verläßt Ullstein

dpa, Berlin

Der Programmgeschäftsführer bei den Ullstein Buchverlagen, M. Joachim Maltre, scheidet auf seinen Wunsch am 1. Oktober 1983 aus dem Verlagshaus Axel Springer aus. Gleichzeitig legt er die Geschäftsführung in der Verlag Ullstein GmbH nieder. Wie der Springer Verlag in Berlin mitteilte, wird bis zur Ernennung eines neuen Programmgeschäftsführers bei den Ullstein-Buchverlagen Viktor Niemann auch diesen Geschäftsbereich verantwortlich führen. Maltre kehrt in die Vereinigten Staaten zurück, um dort seine akademische Laufbahn wieder aufnehmen zu können. Er werde in Amerika, so heißt es in der Pressemitteilung, auch Axel Springer und dem Haus „für Sonderaufgaben zur Verfügung stehen“.

DIE WELT (wops 800-290) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 355.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Dort selber nicht kandidieren: Isabel Perón.

FOTO: DPA

Großes Echo auf Aktion der „Bild“-Zeitung

Mehr als 700 zusätzliche Lehrstellen vermittelt

DW, Bonn
Die bisher größte private Lehrstellen-Aktion, entwickelt von der „Bild“-Zeitung in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und den vier größten Wirtschaftsverbänden, ist schon jetzt ein voller Erfolg: Innerhalb von 14 Tagen konnten mehr als 700 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden.

Seit dem 15. August veröffentlicht Europas größte Tageszeitung (täglich 11,3 Millionen Leser) Lehrstellen-Angebote. Die Aktion steht unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl. Der Kanzler: „Ich begrüße und unterstütze die Aktion der „Bild“-Zeitung. Wir alle helfen jungen Menschen die ausbildungswillig und -fähig sind.“

Die Aktion läuft so ab: Täglich ab 9.00 Uhr bis abends 22.00 Uhr kann sich jeder, der eine Lehrstelle schaffen will, unter den Telefon-Nummern 040-35 11 91, 040-34 47 48 00 und 040-34 47 48 09 melden. In der „Bild“-Redaktion sitzen Fachkräfte der Bundesanstalt für Arbeit (Berufberater).

Sie nehmen die Stellenangebote entgegen. Danach prüfen sie – in Zusammenarbeit mit den zuständigen Arbeitsämtern – ob der Anbieter auch tatsächlich ausbildungsberechtigt ist, und ob die angebotene Lehrstelle eine zusätzliche ist. Wenn alle Fragen

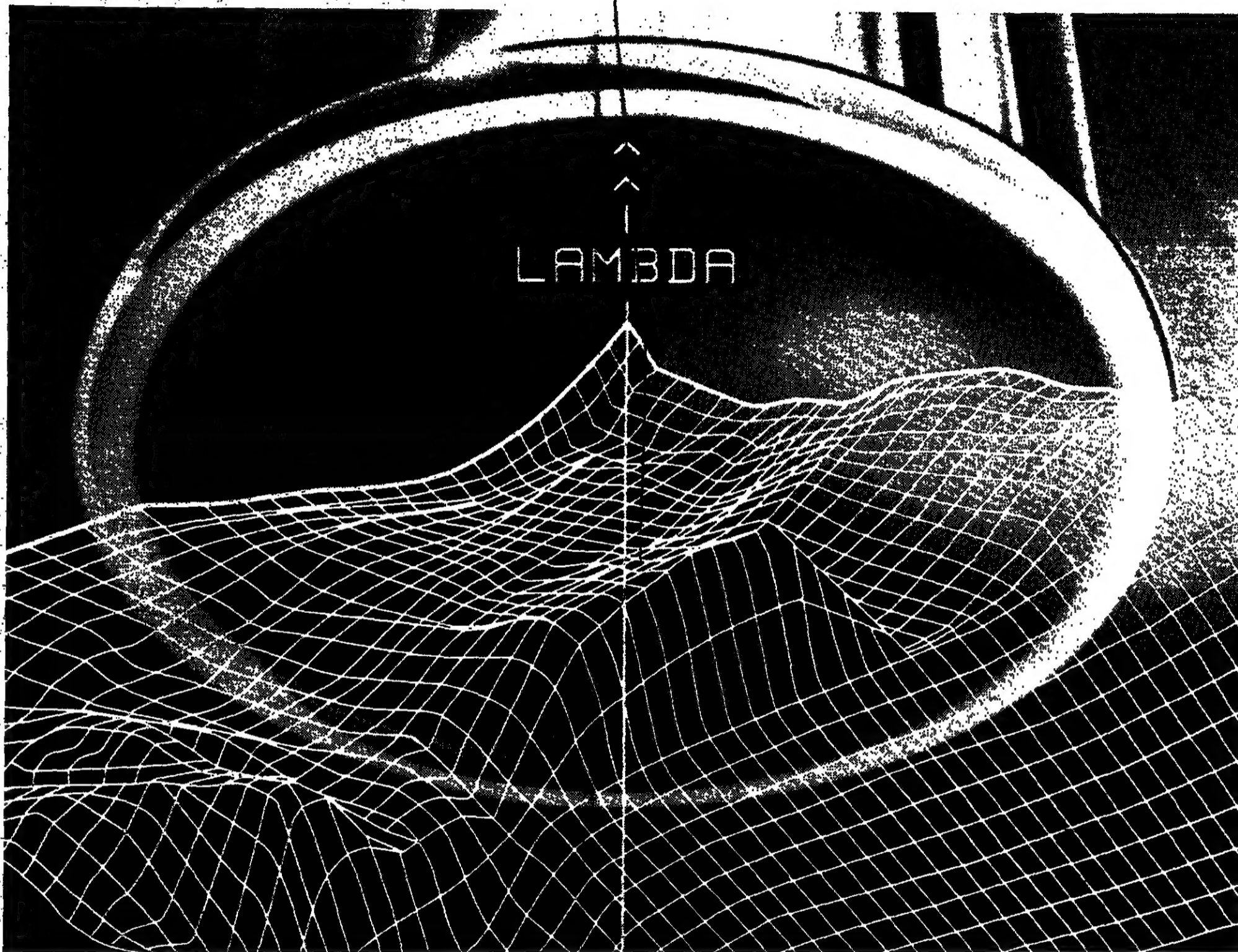
geklärt sind, geben die Berufsberater der „Bild“-Redaktion die Daten durch. Diese Stelle wird dann am anderen Tag in der „Bild“-Zeitung veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß sich Interessenten an das zuständige Arbeitsamt wenden können.

Renommierte Unternehmen machen bei dieser Aktion mit: Dresdner Bank-Chef Friedrichs stellte gleich 35 zusätzliche Lehrstellen für Bankleute zur Verfügung. Auch das Verlagshaus Axel Springer ging mit gutem Beispiel voran: zehn Lehrstellen für Verlagskaufleute, Bürogehilfen, Druckvorlagen-Hersteller, Der Optiker Feilmann genehmigte 15 zusätzliche Lehrstellen, BP-Chef Bundesberg und Ford-General-Direktor Goedevert jeweils 15 Lehrstellen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft kam auch von den Handwerksbetrieben: Schlosser, Textildrucker, Gebäudereiniger, Schlichter, Friseur, Rechtsanwälte – kaum eine Berufsgruppe fehlt unter den Lehrstellen-Angeboten.

Ein Riesenaufwand der Zeitung: Täglich sind rund 40 Redakteure allein mit der Lehrstellen-Aktion befaßt. In den 146 Arbeitsämtern zwischen Kiel und Konstanz sind Fachleute im Vermittlungsgeschäft mit der „Bild“-Aktion tätig.

JAPOLITA

Plädoyer für ein neues Umwelt- bewußtsein durch kreative Technik.



„...alle Experten sind sich darüber klar, Umweltschutz-Anforderungen lassen sich ohne Elektronik genauso wenig bewältigen wie eine optimale Energienutzung verwirklichen.“ (FAZ v. 30.9.81) Und gerade das bessere Automobil muß sich heute auch daran messen lassen, was es für die Umwelt tut.

Es gibt keinen anderen Automobilhersteller, der bei Serienfahrzeugen so umfassend und so konsequent umweltfreundliche Elektronik einsetzt wie BMW. Denn wir wollen auch dieses Gebiet, das für den Fortschritt dringend notwendig ist, in unserem Sinn gestalten. Mit der Absicht, dem Fahrer zu helfen, sein Automobil trotz wachsender Belastung nicht nur effektiver, sondern vor allem auch umweltfreundlicher zu bewegen.

BMW hat als erster der Welt computer-gesteuerte Triebwerke entwickelt. Triebwerke mit einer umfassenden elektronischen Steuerung, die – wie es die Mechaniker nie können wird – für einen Betrieb mit magerstem Kraftstoff-Luft-Gemisch sorgt und damit zu günstigsten Abgaswerten beiträgt. Heute, nachdem andere zum Teil noch nicht einmal damit zu experimentieren beginnen, werden bei BMW schon 35% des gesamten Modell-Programms mit der Digitalen Motorelektronik ausgestattet. Und auch das ist einmalig: BMW bietet wie kein vergleichbarer Hersteller bei fast 90% aller Modelle die besonders umweltfreundliche elektronische Einspritzanlage.

BMW Triebwerks-Elektronik steuert den Fortschritt immer wirkungsvoller. Da wir das so frühzeitig wie kein anderer erkannt und deshalb einmalig konsequent solche technischen Lösungen entwickelt und eingesetzt haben, hat sich BMW bei der Lösung anstehender Energiespar- und Umweltprobleme einen Vorsprung erarbeitet. Eine Basis von Know-how, auf der es viel leichter fällt, neue Herausforderungen anzunehmen – nicht erst, wenn sie ein Gesetzgeber fordert.

Natürlich bleibt noch viel zu tun. Aber während andere noch den Weg suchen, sind Sie mit BMW schon auf dem richtigen. Die Erfahrung, die BMW im Umgang mit modernster, leistungsfähiger und innovativer Technologie hat, ist die Voraussetzung dafür, daß wir so schnell neue Lösungen anbieten können. Sehr interessante Lösungen z.B. für den Betrieb mit bleifreiem Benzin oder beim Einsatz von Abgasreinigungsanlagen. Ein aktuelles Beispiel für den Vorsprung von BMW Technologie, auch im Hinblick auf die Verminderung von Schadstoff-Anteilen im Abgas: Triebwerke mit eta-Konzept und Digitaler Motor-Elektronik. Ein Triebwerk mit eta-Konzept wird u.a. für die Nutzung von bleifreiem Benzin unter harten Abgas-Bestimmungen auch in den USA eingesetzt – dort mit Katalysator-Technik und Lambda-Sonde.

Dieser Motor ist selbstverständlich – entsprechendes Benzin vorausgesetzt – auch in Europa einsatzbereit. Und das ohne die häufig diskutierten drastischen Nachteile bei Leistung und Verbrauch.

Es ist Ausdruck größeren Verantwortungsbewußtseins, daß man hochwertige, umweltfreundliche Technik nicht nur den teuersten Modellen des Programms zukommen läßt. Bei BMW hat selbst bereits der 316 eine umweltfreundliche Gemischaufbereitungs-Anlage. Der 316 wie der 518 besitzen als erste Automobile der Welt elektronisch gesteuerte Vergaser. Auch hier sorgt die intelligente Elektronik dafür, daß gerade in problematischen Fahrsituationen so wenig wie möglich Kraftstoff zu so wenig wie möglich Abgas verbrannt wird – z.B. im Stadtverkehr während der Warmlaufphase.

Wer mit großem Bewußtsein fährt, kann bei BMW ganz besonders intelligente Lösungen erwarten. Wer beim anspruchsvollen Automobil bestmögliche Energie-Nutzung und eine minimale Umweltbelastung fordert, findet bei BMW einzigartige Lösungen: z.B. die eta-Technologie, die praktisch ohne Abstriche bei Leistung und Komfort Bestwerte liefert. Und weil sich mit Diesel-Triebwerken ebenfalls günstige Abgaswerte realisieren lassen, bietet BMW auch hier ein entsprechendes Fahrzeug: den BMW 524td. Keine vergleichbare Diesel-Limousine bietet soviel Leistungsfähigkeit bei so niedrigem Verbrauch.



In der Flüchtlingshilfe liegt China ganz vorn

Erfolgreicher Einsatz für Heimatlose aus Indochina

JOHNNY ERLING, Bonn
Auf der Tagesordnung der Hawaiier Sonderkonferenz von vier bedeutenden Asienländern standen im August nicht etwa die 17 000 neuen Indochina-Flüchtlinge aus Laos, Kambodscha und Vietnam, die das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (Unhcr) für das erste Halbjahr 1983 registrierte. Die USA, Kanada, Australien und Japan debattierten stattdessen über das immer noch ungewisse Schicksal der fast 300 000 Flüchtlinge, die schon lange in den Aufnahmestellen Thailands, Malaysias, den Philippinen und Hongkongs auf eine Asylgewährung für Drittländer warten.

Die Volksrepublik China war auf Hawaii nicht vertreten, obwohl sie nach einhelligem Lob der Unhcr bislang mehr für die Flüchtlinge getan hat als jedes andere Land mit Ausnahme der USA, wo bislang 500 000 Asiaten Aufnahme fanden. Zum Vergleich: An sechster Stelle der Weltanfangsliste steht die Bundesrepublik Deutschland mit 21 685 Vietnamesen.

In China haben von mehr als einer Million Indochina-Flüchtlingen mittlerweile 270 000 Aufnahme gefunden. Dabei ist die Volksrepublik das einzige Land Asiens, das Flüchtlingen eine ständige Ansiedlung ermöglicht, nachdem sie 1979 selbst Mitglied des Exekutivkomitees für Flüchtlingshilfe wurde. Als zweites sozialistisches Land hat China im vergangenen Jahr nach Jugoslawien auch die internationale Flüchtlingkonvention ratifiziert. Damit garantiert Peking seit 1982 den Flüchtlingen den Schutz vor Ausweisung sowie ihren Anspruch auf Pässe.

Der Flüchtlingsstrom nach China hatte im Frühjahr 1978 begonnen. Innerhalb weniger Monate, bevor im August die Grenzen zu Vietnam geschlossen wurden, gelangten fast 350 000 Vietnamesen nach China. Sie wurden von Peking nach kurzer Zeit in Übergangslagern auf über 150 staatliche Landwirtschaftsflächen und Fischzuchtgebieten in den südlichen Provinzen Yunnan, Guangxi, Guangdong und Fujian verteilt.

Das UNO-Hochkommissariat, das Peking 1979 offiziell zu Hilfe kam und ein ständiges Büro in der chinesischen Hauptstadt unterhält, hat nun nach fünf Jahren eine erstaun-

lich positive Bilanz gezogen. Die Integration sei in China weitgehend gelungen.

Mit der Flüchtlingsarbeit beauftragte chinesische Beamte bezeichnen dabei als größtes Problem der Eingliederung die Arbeitsbeschaffung für die Flüchtlinge, die zu 90 Prozent chinesischer Abstammung sind und den in Südchina verbreiteten kantonesischen Dialekt weitgehend beherrschen. Den geflohenen, vorwiegend städtischen Kleinhandlaren, Bauern und Fischern hat der chinesische Arbeitsmarkt nichts zu bieten.

Die politisch und national willkommen geheißenen Flüchtlinge konnte China daher weder in seinen überbevölkerten Städten ansiedeln, noch den armen Volkskommunen aufzuden. Als Ausweg boten sich die einst von der Armee betriebenen staatlich subventionierten Farmen an, die zur Erschließung unwegsamer Gebiete eingerichtet worden waren.

Für Wohnungs- und Versorgungsprogramme, vor allem aber für Selbsthilfeprojekte hat Peking bislang über 600 Millionen Dollar aufgewendet, wobei die UNO weitere 41 Millionen Dollar zur Verfügung stellte.

Die anfängliche Unzufriedenheit der meisten Flüchtlinge mit ihrem Schicksal scheint überwunden. Zwischen 1979 und 1981 versuchten noch Tausende, angelockt vom „Traumziel“ Amerika, erneut die Flucht nach Jugoslawien, wo sie sich als soeben gelandete Bootsfüchtlings ausgaben. Fast alle endeten im eng gefächerten Netz der Einwanderungsbehörden der Kronkolonie und Macao. Sie wurden umgehend zurückgeschickt, denn nach internationaler Vereinbarung verlieren Flüchtlinge ihren Status, wenn sie in einem Land länger als sechs Monate angesiedelt waren.

Die legale Ausreisemöglichkeit, die ihnen Peking nun im Zuge der Familienzusammenführung bietet, haben bislang nur wenige wahrgenommen. Nach Ansicht von Jacques Mouchet, dem Leiter des Peking-Unter-Büros, ist der entscheidende Grund dabei die Unmöglichkeit, ihre Verwandten in aller Welt zu finden und so die Aufnahmegenehmigung eines Drittlandes zu erhalten. Bislang gelang es 832 Vietnamesen auszureisen.

Das Netzwerk der PLO überzieht gesamte UNO

Die Palästina-Konferenz in Genf dient der Propaganda

GITTA BAUER, New York
Jassir Arafat, der vor der Palästina-Konferenz in Genf eine markante Botschaft verlesen ließ, mag erheblich an Macht verloren haben seit jenem Tag im November 1974, da der PLO-Führer in Imperatorenpose und mit Pistole vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen trat und der Welt „den Ölweg oder den Karabiner“ anbot. In der Weltorganisation selbst jedoch hat sich die Basis der PLO bedeutend erweitert, seit sie von der Generalversammlung mit Mehrheit als „einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes“ anerkannt und ihr – wie einem Staat – Beobachterstatus verliehen wurde. In Genf wurde sie sogar zum „Vollmitglied der Konferenz“ erklärt, worauf ihr Delegationsleiter Faruk Kaddumi prompt eine internationale Konferenz zur Lösung des Palästina-Problems mit der UNO und der Sowjetunion als Hauptbeteiligten forderte.

Dass die PLO heute wie ein Netz die Vereinten Nationen überzieht, ihr Sekretariat, ihre Ausschüsse, ihre Agenturen und die Spezialorganisationen, liegt an der einseitig gegen Israel ausgerichteten Mehrheit, aber auch an der UNO-Bürokratie. Schon im Jahr nach Arafats Auftritt beschloß die Vollversammlung die Gründung des „Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“. Der 23köpfige Ausschuss wird von einem Senegalesen geleitet. Ihm zur Seite stehen ein Kubaner und ein Afghane, die das Sagen haben. Nicht ein westliches Land gehört dem Komitee an, das eine Fülle von Papier produziert hat, darunter einen höchst fragwürdigen Report über „Ursprung und Entwicklung des Palästina-Problems“. Die Karten, die das ursprüngliche Mandatsgebiet Palästina umreißen, haben „vergessen“, dass Transjordanien zu diesem Gebiet gehörte, das immerhin 75 Prozent des Völkerbunds Territoriums Palästina ausmachte.

Zwei Jahre später, im Dezember 1977, wies die Vollversammlung den damaligen Generalsekretär Kurt Waldheim an, eine „Spezialeinheit“ zur Propagierung der Palästina-Frage zu schaffen. Diese Propagandakompanie ist inzwischen zu einer „Division“ im Sekretariat ausgebaut worden. Laut Hans Janitschek, Pressesprecher der seit Montag in Genf tagen-

den Palästina-Konferenz, soll die Division (Abteilung) im Gefolge der Konferenz noch weiter aufgewertet werden zu einem „Zentrum“, ähnlich dem „Zentrum gegen Apartheid“. Ein „Assistant Secretary General“ mit diplomatischem Status und ein paar Neueinstellungen von drei bis vier Beamten des höheren Dienstes sind damit verbunden.

Selbst eine der ältesten und ursprünglich humanitären Zwecken dienende Organisation wie die Unrwa, die die Flüchtlinge in den Nahen Osten lindern soll, ist von der Usurpation durch die PLO nicht verschont geblieben. Vor fast einem Jahr kam aus Licht, daß ein Großteil des 300 Millionen Dollar umfassenden Budgets der in Wien sitzenden Organisation der militärischen Schulung von PLO-Kadern in Lagern in Libanon diene.

Das ist kein Wunder. Der Direktor des Unrwa-Liaison-Büros in New York, John Miles, schätzte, daß von den 17 000 Angestellten der Organisation alle, bis auf 120 „internationale Angestellte“, Palästinenser sind. PLO-Beobachter Terzi sagt, daß alle Palästinenser, die bei der UNO arbeiten, Mitglieder der PLO sind. Selbst wenn sie nicht Teil der PLO-Organisation sind, werden sie doch als Mitglieder betrachtet. „Das gilt für die 22 höheren Sekretariatsbeamten, die als „Palästinenser“ aufgeführt werden, ebenso wie für die 52 „Staatenlosen“. Zum Vergleich: Israel stehen im Sekretariat sieben bis 18 höhere Bedienstete zu. Besetzt sind nur vier Posten.

Inzwischen hat die PLO vollen Beobachterstatus in der Wissenschaftsorganisation Unesco, im Internationalen Arbeitsamt (ILO), in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Zivilluftfahrtbehörde (ICAO).

Die Summen, die für die Aktivitäten der PLO in der UNO aufgewendet werden, sind nicht unerheblich. Der „Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ ist im Budget 1982/83 mit nur 71 800 Dollar veranschlagt. Die „Spezialeinheit“ jedoch verschlingt bereits mehr als sechs Millionen Dollar. Auf diese Summe werden auch die Kosten für die Konferenz in Genf geschätzt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die deutschen Grenzen

„Kein Staat mit Wiederaufbau“: WELT vom 24. Juli. „Nicht Grenzen von 1937 in Frage stellen“: WELT vom 18. August. Und „Lebenskrieg“: WELT vom 1987: WELT vom 23. August

Wenn Professor Blumenwitz (übrigens der Prozessvollmächtigte, der den Antrag zur verfassungsrechtlichen Prüfung des sogenannten Grundlagenvertrages vom 6. Juni 1973 stellenden Bayerischen Staatsregierung) aus dem Urteil vom 31. Juli 1983 (2 BvF 1/73) des Zweiten Senates des Bundesverfassungsgerichts impliziert zu entnehmen glaubt, daß darin der Fortbestand Deutschlands „in seinen Grenzen vom 31. Juli 1937“ festgeschrieben ist, so muß dem entgegengehalten werden, daß das BVerfG ausdrücklich – und damit seine einschlägige Rechtsprechung wiederholend – die Fortexistenz des Deutschen Reiches (als mangels institutionalisierter Organe nicht handlungsfähiger Gesamtstaat) zwar anerkannt hat, ohne indes zugleich dessen Grenzen (sein Staatsgebiet) genauer zu bestimmen (Bf. 28 des Urteils).

Aber auch Dr. Arndt (Leserbrief in WELT vom 23. August) ist mit seiner Bemerkung, das Urteil vom 31. Juli 1973 enthalte nicht das Datum des 31. Juli 1937, insoweit zu berichtigen, daß zwar nicht der 31. Juli 1937, sondern der 31. Juli 1945, der Tag der deutschen Kapitulation, nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 im Beispielskatalog zu den „Grenzen verschiedener rechtlicher Qualität“ aufgeführt sind (Bf. 32 a. a. O.).

Bedeutsamer als die vom BVerfG für „nicht nötig“ gehaltene exakte Bestimmung des Gebietes des zwei Staaten des „Jst-Deutschlands“ umfassenden Staates „Deutschland als Ganzes“ ist die gesetzlich-aktuelle Feststellung, daß die bestehende Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland vergleichbar (im staatsrechtlichen Sinne) derjenigen anzusehen ist, „die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen“. – Schön wäre es!

Dr. Horst Lehmann,
Essen 1

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Behauptung, das Deutsche Reich bestehe in den Grenzen von 1937 weiter, ist vor dem Hintergrund der dahinterstehenden Ideologie nicht ganz richtig. Das Datum 1937 ist eine willkürliche Festlegung der Alliierten, die den Anschluß Österreichs von 1938 zu einer vertriebsrechtlichen Aktion degradieren wollten.

So einfach ist es aber nicht, denn tatsächlich lag ihm die Proklamation der Österreichischen Nationalversammlung von 1918 zur Bildung einer Konföderation zugrunde. „Deutsch-Österreich ist ein Teil der Deutschen Republik“, deren Verwirklichung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und später von dem demokratisch wenig legitimen Austrofaschismus schismatisch verhindert wurde. Der gewaltlose Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich kann als Realisierung des Beschlusses von 1918 angesehen werden; er wurde zudem durch eine nachfolgende völkerrechtlich einwandfreie Volksabstimmung sanktioniert (95 Prozent Ja-Stimmen in Österreich).

Die Plebiszite von 1918 und 1938 sind völkerrechtlich noch in Kraft und stellen die Grundlage der diskussionswürdigen These dar, daß das Deutsche Reich juristisch zumindest in den Grenzen vom April 1938 weiterbesteht. Bei allem Respekt vor

Österreichs Neutralitätsvertrag sollte diese Tatsache – insbesondere nach der Rückkehr Deutschlands zur Demokratie – nicht verlegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Paschen,
Hamburg

Ungeheuerlich

„Lebenskrieg“: WELT vom 23. August

Es ist schon ungeheuerlich, was heute Politiker ungestraft meinen sagen zu müssen. Ich frage: „Was berechtigt Herrn Lafontaine zu dieser gesetzwidrigen, einseitigen Aussage, was will er damit erreichen? Frieden?“

Wie verantwortlich er die Wirkung? Was antwortet er den vielen 100 000 jungen Bundesbürgern, die ihre Wehrpflicht erfüllen? Sie müßten nach seiner Aussage unsittlich und unmoralisch sein, weil sie ihren Beitrag loyal zum Schutz der Bundesrepublik leisten.

Eine totale Verdrehung des geltenden Rechts.

Was will er erreichen? Eines ganz sicher, er erweist unserem Vaterland und seinen Bürgern einen schlechten Dienst. Er disqualifiziert sich als Politiker und reißt sich in die Kolonne der irreführenden Friedensmarschierer ein.

H. G. Steets, Oberstleutnant,
Deutscher Verbindungsoffizier
in den Niederlanden

Leeres Stroh?

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Äußerungen des Staatsministers Alois Mertes über den bevorstehenden Kanzlerbesuch in Israel enthalten in der entscheidenden Aussage eine „contradictio in adjecto“ und sind deshalb nicht mehr wert als leeres Stroh.

Man kann nicht im Hauptsatz sagen, daß man für die Existenz Israels in gesicherten Grenzen eintrete, um dann im Nebensatz fortzuführen, daß man das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unterstütze. Nach dem Selbstverständnis der sogenannten „Palästinenser“ setzt die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts die totale Vernichtung Israels voraus. Diese Tatsache ist einem Mann von der Erfahrung und Intelligenz des Dr. Mertes natürlich bestens bekannt, und deshalb ist seine Aussage einfach unerträglich.

Die Israelis werden es gerade den Deutschen nicht gestatten, sich im Nahost-Konflikt in die so bequeme – und nota bene auch einträgliche – Neutralität zu flüchten. Die Söhne der KZ-Opfer haben das Recht, ein klares Bekenntnis entweder zur PLO oder zu Israel zu fordern.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Marcuse,
Wunstorf

Wort des Tages

„Im Grunde ist es auch dasselbe, für was man stirbt; wenn nur für etwas Liebes gestorben wird, und so ein warmer, treuer Tod ist besser als ein kaltes, treuloses Leben.“

Heinrich Heine, dt. Dichter (1797–1856)

Seltene Moral

Unter der Überschrift „Gar nicht so anspruchsvoll“ schreibt Herr Pentzlin am 4. August in der Welt, daß „der Mann auf der Straße“ oft viel klarer und vernünftiger denkt, als Politiker; dies annehmen und daß, was die Kürzung im Finanzbereich angeht, Welt aus die meisten mit diesen Kürzungen einverstanden sind, durch die sie selbst betroffen werden. Das ist richtig.

Ob die Betroffenen aber weiterhin mit diesen, sie oft hart treffenden Kürzungen einverstanden sind, wenn sie hören, daß Millionen Steuergelehrte in „ein Faß ohne Boden“, wie sich der Bundestagsabgeordnete, Herr Hennig (WELT vom 3. August) ausdrückt, geschüttet werden sollen? Ich rede von den Millionen- (oder gar Milliarden-)Kredit für die daniederliegende polnische Wirtschaft, wie ihn die Herren Genscher und Strauß befürworten.

Als die Ostdeutschen noch in ihrer Jahrhundertelangen deutschen Heimat lebten, bevor die Polen sie vertrieben und die Gebiete annektierten, lag die Wirtschaft jedenfalls nicht da. Im Gegenteil, sie blühte und es wurde sogar exportiert! Ist es nicht außerdem eine höchst seltene Moral: man vertreibt die Besitzer, läßt dann alles verkommen bis „die Wirtschaft daniederliegt“ und will zur „Belohnung“ dann auch noch von den einstigen Besitzern Unterstützung? Und, last not least, nicht das polnische Volk – schon gar nicht, die in den ehemaligen Ostgebieten verbliebenen unterdrückte deutsche Minderheit – würde von solchen Krediten und Subventionen profitieren, sondern wieder nur das kommunistische, vom Volk gehaßte Regime, was mit den Subventionen sein Prestige aufbessern würde.

D. Dosack,
Hannover

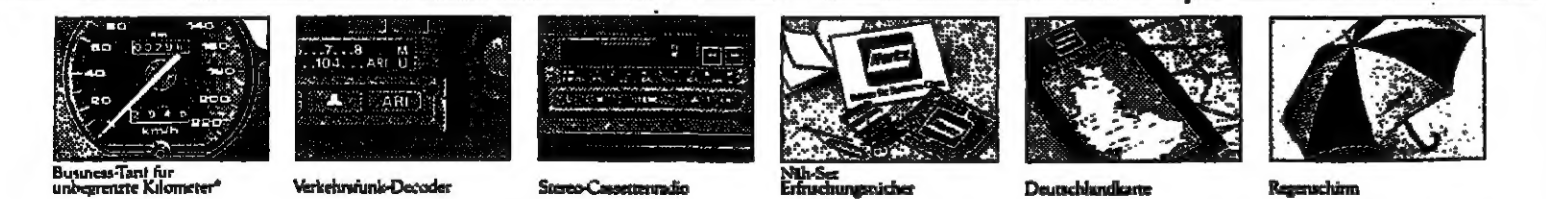
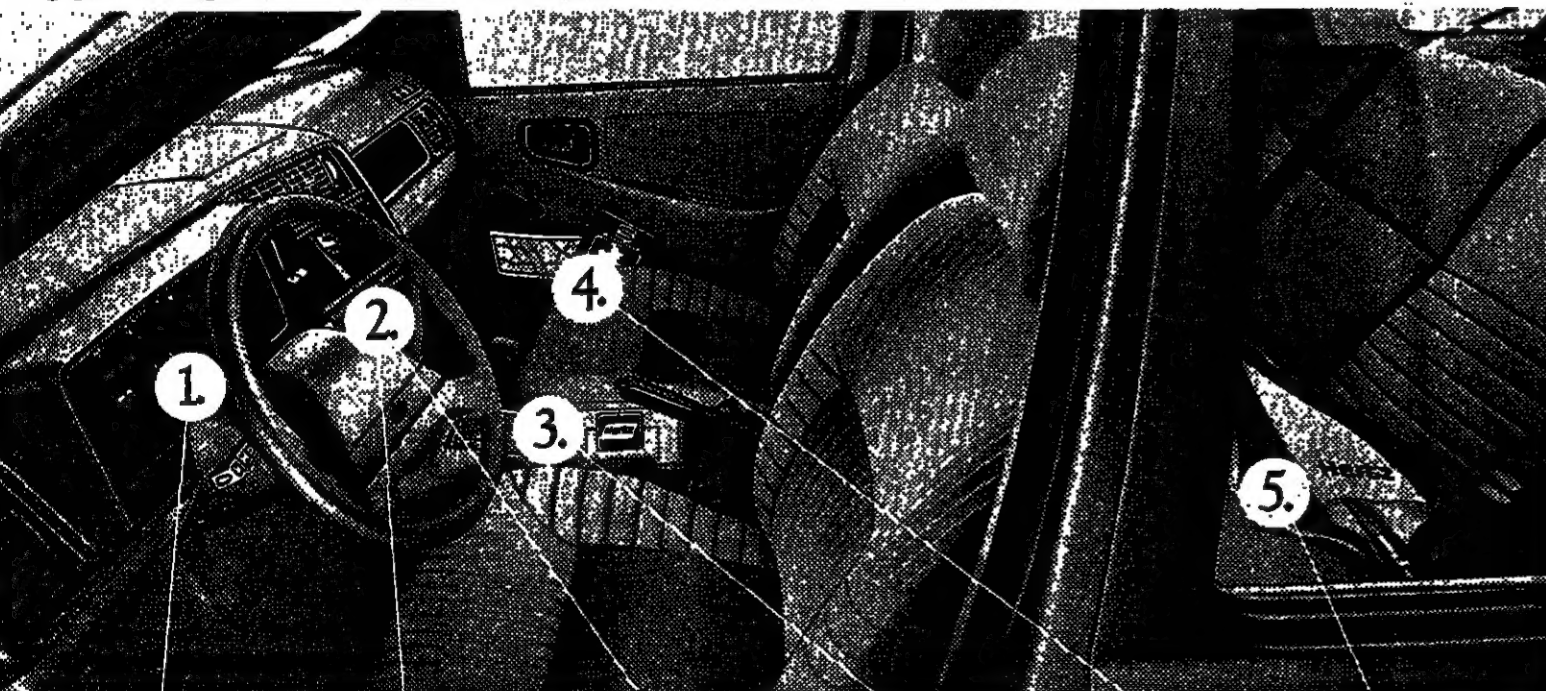
Wirkliche Lösung

Früher waren Ledge und Kinderlose überwiegend vom Schicksal geschlagen und als kleine Gräber die Stütze für die Finanzierung der Rentenversicherung. Seitdem aber die Zustände bewußt und ausgenutzt sind, daß diese Personen ein wüßiges Leben führen und im Alter als Nutznießer von der Rentenversicherung zehren können, leben sie von einer Seite, die von Kindern aus sich einschränkenden Familien aufgebracht wird.

Eine wirkliche Lösung gibt es nur, wenn bei der Rentenberechnung die Kinderzahl berücksichtigt wird. Ich nenne ein Beispiel, dessen Zahlen für die Wirklichkeit von Fachmathematikern ermittelt werden müssen. Der Steigerungssatz je Versicherungsjahr (jetzt 1,5 Prozent) wird nach Kinderzahl gestaffelt; er bleibt bei 1,5 Prozent für 3 Kinder und mehr und sinkt auf 1,25 Prozent bei 2 Kindern, auf 1 Prozent bei einem Kind und auf 0,9 Prozent für Kinderlose. Solche Regelung sollte gelten für alle, die beim Stichtag für den Beginn einer solchen Neuordnung z. B. 30 Jahre oder jünger sind. Für Ältere müßte es etwa wie bisher verbleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Leo Weber,
Herford

Wenn Sie jetzt bei Hertz einsteigen, fahren Sie Business-Class.



Wer geschäftlich viel unterwegs ist, hat Streß genug. Deshalb sollte Ihnen ein Autovermieter nicht bloß ein zuverlässiges Auto bieten, sondern auch möglichst vieles zu Ihrer Entlastung beisteuern.

Was das für uns konkret heißt, sehen Sie, wenn Sie einen Blick in die neue Hertz Business-Class werfen. Zunächst einmal finden Sie in allen Fahrzeugen viele Dinge, die Ihre Geschäftsreise angenehmer machen.

Angefangen vom Verkehrsfunk-Decoder, der vor Engpässen warnt, bis hin zum Nah-Set, das Ihnen knopfloose Besprechungen erspart. In einigen Fahrzeugen sorgt ein Stereo-Cassettensystem für angenehme Unterhaltung. Außerdem bietet Ihnen die Business-Class spezielle, für Sie besonders günstige Business-Tarife. Zum Beispiel einen festen Tagespreis für unbegrenzte Kilometer* (einschließlich kompletter Versicherung und Mehrwertsteuer).

Ein modernes Computer-System garantiert schnelle, unbürokratische Abwicklung. Von der Reservierung bis zur Abrechnung. Damit Sie sicher weiterkommen. Weltweit.

Buchen Sie bei Ihrem Reisebüro oder über unser zentrales Hertz-Reservierungsbüro unter folgenden Telefonnummern:
Berlin 030-261 80 77 Düsseldorf 0211-35 70 21 Essen 0201-77 04 04 Frankfurt 069-73 04 04 Hamburg 040-2 801 201 Hannover 0511-51 45 09
München 089-55 82 11 Nürnberg 0911-23 23 67 Stuttgart 0711-22 51 61 Wien 0222-73 15 96 Zürich 011-41 80 77 Telex Frankfurt 414991

Fahren Sie Business-Class. **Hertz**

Hertz vermietet Ford und andere gute Wagen.

BERUFUNGEN

Dr. Anton Schlemmich (51), bisher Generalvikar der Diözese Würzburg, ist von Papst Johannes Paul II. zum Bischof von Speyer ernannt worden. Er wird Nachfolger von Bischof Dr. Friedrich Wetter, der Ende 1983 die Leitung des Erzbistums München und Freising übernommen hatte.

Dr. Schlemmich, im fränkischen Großvenkelheim geboren, begann sein Studium in Würzburg, wurde 1956 von Franz Kardinal König, dem Erzbischof von Wien, zum Priester geweiht und an der Päpstlichen Universität Gregoriana promoviert. Nach Jahren als Kaplan, unter anderem auch in der Gastarbeiter-Seelsorge, wurde Schlemmich Direktor des Aschaffenburger Studienseminars und 1968 des Würzburger Priesterseminars. 1981 wurde er in das Würzburger Domkapitel berufen und Generalvikar der Diözese.

Heinz Schiffer (48), bisher Chef des Heeresmusikkorps II in Kassel, ist von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner als Nachfolger von Günther Noris, der am 1. Dezember aus dieser Tätigkeit ausscheidet, zum neuen Chef der Bundeswehr-Big-Band bestimmt worden.

VERÄNDERUNGEN
Prof. Dr. Peter Koch, Vorstandsvorsitzender der Aachener Rückversicherungsgesellschaft AG, Aachen, beendet nach Unstimmigkeiten in Grundsatzfragen der Geschäftspolitik mit dem Aufsichtsrat seine Tätigkeit einvernehmlich zum 30. September 1983. Für eine Übergangszeit ist Wilhelm Hamacher, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, mit der Leitung der Gesellschaft betraut worden.

Personalien

chen, beendet nach Unstimmigkeiten in Grundsatzfragen der Geschäftspolitik mit dem Aufsichtsrat seine Tätigkeit einvernehmlich zum 30. September 1983. Für eine Übergangszeit ist Wilhelm Hamacher, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, mit der Leitung der Gesellschaft betraut worden.

Dipl.-Kfm. Bernd Frangenberg, seit 1981 Generalbevollmächtigter im Continental-Konzern, und deren Koordinationsdirektor Europa für die Tochtergesellschaft Uniroyal GmbH, Aachen, wird am 1. September 1983 deren Geschäftsführung übernehmen. Er löst Karl-Heinz Kufferath (63) ab, der aus gesundheitlichen Gründen Ende 1984 ausscheidet, bis dahin aber noch Sprecher der Geschäftsführung bleibt.

ERHUNGEN

Prof. Dr. Fritz Arndt vom Studiengang Elektrotechnik an der Universität Bremen wurde zusammen mit seinen Mitarbeitern Jens Bornemann, Rüdiger Vahldeick und Dietrich Grauerholz für bahnbrechende Forschungen auf dem Gebiet der Hohlleitertechnik der A. F. Bulgini-Preis zugesprochen. Dieser Preis wird alljährlich von der 1925 gegründeten britischen „Institution of Electronic and Radio Engineers“ verliehen.

GEBURTSTAG

Dr. Peter Beckmann, Träger des Bayerischen Verdienstordens und der Ernst-von-Bergmann-Plakette der Bundesärztekammer, begeht am 31. August in Murnau seinen 75. Geburtstag. Der Schüler von Sauerbruch und Bier hat neue Wege in der Prävention und Rehabilitation insbesondere von Kreislauferkrankungen entwickelt.

Wilhelm Hamacher, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG, und Vorstandsmitglied der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, wird am 1. September 80 Jahre.

SPENDE

Herrn von Omdars, Generalmajor und Kommandeur der 1. Panzerdivision, übergab einen Scheck über 15 000 Mark einem Vertreter der Stadtverwaltung von Hannover für ein Altersheim. Das Geld kam bei dem in der hannoverschen Stadthalle und den Gartenanlagen durchgeführten „Sommerbiwak“ zusammen, an dem unter anderem die Minister Wilfried Hasselmann und Georg-Bernard Oetehals sowie Bundesminister a. D. Egon Franke teilgenommen hatten.

TENNIS

Navratilova angeklagt

dpa, New York

Wegen Taktik nach ihrer Niederlage bei den offenen amerikanischen Tennis-Meisterschaften in Flushing Meadow 1982 wurde die 26-jährige gebürtige Tschechoslowakin Martina Navratilova in New York zur Zahlung von zwei Millionen Dollar Entschädigung von dem amerikanischen Fotografen Art Seitz verklagt. Dabei schien der Streit zwischen Martina Navratilova und Art Seitz, der nach dem Spiel gegen Pam Shriver zu Handgreiflichkeiten führte, eigentlich beigelegt zu sein.

Art Seitz hatte zahlreiche Fotos von der weinenden Martina Navratilova gemacht, als diese im Viertelfinale gegen ihre Doppelpartnerin Pam Shriver verloren hatte. Als die Weltweit-Rangliste-Nummer 1 die Kamera vernichtete, wurde sie angeklagt. Seitz behauptete sie ihr Verhalten. Seitz beschuldigte die Navratilova, ihm tätlich angegriffen zu haben. Er habe körperliche Schmerzen erdulden müssen und außerdem psychische Schäden davongetragen.

FUSSBALL

Hoffnung auf EM 1988

sid, Düsseldorf

Mit dem Verzicht auf die Weltmeisterschaftskandidatur 1990 hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) seine Weichen ganz auf die Ausrichtung der Europameisterschaft 1988 gestellt und gleichzeitig Italien unter den sechs verbliebenen Bewerbern in die Favoritenrolle für die WM 1990 gedrängt. Nach drei Absagen (1978/80/84) durch die Europäische Fußball-Union (UEFA) rechnet der DFB diesmal sicher mit dem Zuschlag für die achte Europameisterschaft seit 1960.

Mit dem WM-Verzicht der Deutschen und Jugoslawen (wegen zu hoher Kosten) fällt nun dem dreimaligen Weltmeister Italien gegen die Mitbewerber Griechenland, Österreich, Frankreich, UdSSR und England die Favoritenrolle im WM-Rennen zu.

FUSSBALL / Eintracht Frankfurts Probleme mit den Torleuten und dem Trainer werden immer größer - Jusufi im Gespräch

Weiteres Kapitel: Branko Zebec und der Alkohol

MARTIN HÄGELE, Bonn

Gestern abend, 24 Stunden vor dem Bundesligaspiel bei Arminia Bielefeld, war bei der Frankfurter Eintracht eine außergewöhnliche Besprechung angesetzt. Thema unter Mannschaft, Präsidium und Trainer: die Krankheit des Fußballers Branko Zebec (54).

Auf Umwegen war die Vorstandsschäft des Vereins unterrichtet worden, daß Branko Zebec am Sonntag nach der Pokal-Pleite bei den Amateuren von Göttingen (05:24) in schwer angeschlagenem Zustand der Mannschaft die Vertrauensfrage gestellt hat. Die Spieler schwiegen erst über diesen Vorgang, und am Tag danach redete auch Zebec nicht mehr darüber.

Daß den Erfolgstrainer der Griff zur Flasche wie schon beim Hamburger SV und bei Borussia Dortmund erneut den Job kostet, dementieren die Eintracht-Verantwortlichen noch energisch. Wolfgang Knispel, Schatzmeister und im Führungs-Trio des hessischen Traditionsclubs der einflussreichste Mann: „Wir können uns schon wegen unserer finanziellen Situation keine fristlose Entlassung mit Abfindung, wie es zum Beispiel die

Köln mit Rinus Michels getan haben, leisten. Aber wir können uns Zebecs Reaktionen auch nicht auf Sicht zimmern. Deshalb werden wir arbeitsrechtliche Schritte einleiten. Wir müssen Branko Zebec abmahnen.“

Im Falle Zebec hat dieser juristische Schritt seines Arbeitgebers wohl kaum mehr Gewicht als auf dem Sportplatz die Ernennung eines Schiedsrichters. Denn Frankfurts Funktionäre war das Risiko bei Zebecs Vertragsverlängerung schon bekannt. Knispel: „Daß ein Arbeitsrichter im Falle eines Prozesses für uns entscheiden würde, dazu bedürfte es wohl drei oder gar vier Abmahnungen.“

Für Knispel ist Branko Zebec auch kein Alkoholiker im üblichen Sinn. In den sechs Wochen vor dem Start der Bundesliga trank der jugoslawische Coach keinen Tropfen Alkohol. Der Mann habe in dieser Zeit physisch und psychisch eine totale Veränderung mitgemacht. Alle, die mit ihm zu tun hatten, äußerten sich vor der Saison voller Begeisterung über den Menschen und Trainer Branko Zebec. Doch dann, und zwar exakt

am Tag des Bundesligastarts, kam der Rückfall. Zebec jugoslawischer Assistent Rota mußte seinen Chef zur Mittagszeit im Hotelzimmer einsperren, um einen peinlichen öffentlichen Auftritt des Meisters zu verhindern.

Mit der Spannung vor einem Spiel kommt die große Angst über Zebec. Und in dieser außerordentlichen Stress-Situation weiß der fußballbesessene Perfektionist dann keinen anderen Ausweg.

Der Terminplan der Bundesliga aber nimmt keine Rücksicht auf einen kranken Trainer, erst recht nicht auf Verletzte. Denn Zebecs Ängste hängen schließlich auch damit zusammen, daß die Stürmer Mattern und Müller sowie Antriebs Kroth noch auf Monate hinaus pausieren müssen, daß der neue Spielmacher Jürgen Mohr auch schon über Wechsel (Auktoren) klagt, und daß die Eintracht ihr altes Torwart-Problem in die neue Saison mitgenommen hat.

Das Kapitel von den Frankfurter Schlußleuten ist in der Tat grotesk. Seit 1976 Doktor Peter Kunter die Torwarthandschuhe abgegeben hat und nur noch Zähne zieht, haben schon jede Menge Schlußleute um

den Eintracht-Pullover mit der Nummer eins auf dem Rücken Kriege geführt. Im Augenblick haben sich bei diesem Nervenspiel Joachim Jürrens (25) und Jürgen Fahl (27) dermaßen auf die Palme gebracht, daß sie beide nur noch Zappelfilippine für ihre Vorderleute zum Risikofaktor geworden sind. „Nach jedem Spiel sagen wir, es muß etwas geschehen, doch jedesmal tun wir nach dem Schritt nach vorn wieder einen zurück“, gibt Schatzmeister Knispel offen das Dilemma zu. Weder der Kölner Kirmann, der Leverkusener Greiner, der Ex-Stuttgarter Grüniger, noch der Jugoslawe Stojanovic (Roter Stern Belgrad) hätten sie so überzeugt, daß man sagen könnte: „Der ist es, der hält der nervlichen Belastung und den Erwartungen des Frankfurter Publikums stand.“

So wartet man in Frankfurt wohl noch ein paar Tage auf die himmlische Entscheidung um die Person des neuen Torwarts. Daß dann auch der einstige Frankfurter Publikumsliebling Fahrudin Jusufi (jetzt Watten-scheid 09) als Zebec-Nachfolger aus der Bank des Waldstadions sitzen wird, kann sich Knispel nicht vorstellen.

Bundesliga heute

Heute findet der zweite Teil des vierten Spieltages der Fußball-Bundesliga statt. Der VfB Stuttgart kann bei Borussia Dortmund nicht in bester Besetzung antreten. Zwar bestanden Asger Sigurvinsson und Kurt Niedermayer einen Test in Bordeaux, so daß sie nach langer Verletzungspause ein Comeback feiern könnten. Dafür fallen jedoch voraussichtlich Libero Hans-Peter Mank und Mittelfeldspieler Karl Allgöwer aus. Mank laboriert an einer Fußverletzung, Allgöwer leidet an einer Aduktoren-Zerrung.

Offenbachs Schatzmeister Thomas Zahn steht schon vor dem Anpfiff gegen den FC Bayern als finanzieller Sieger fest. Mit 31 500 Zuschauern ist das Stadion am Bieberer Berg erstmals seit 1971 wieder ausverkauft. Dank des Topzuschlags von fünf Mark pro Karte machen die Offenbacher mit 433 000 die beste Einnahme der Vereinsgeschichte.

Heutet spielen: Mannheim-Bochum (18.30), Bielefeld - Frankfurt (19.30), Braunschweig - Mönchengladbach, Offenbach - München, Düsseldorf - Nürnberg, Dortmund - Stuttgart (alle 20.00).

GALOPP / Rennwoche in Baden-Baden

Um die goldene Peitsche

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Es gibt nur wenige Prüfungen im Jahresprogramm des deutschen Galopprennsports, die so populär sind wie das Rennen um die Goldene Peitsche (90 000 Mark, 90 000 Mark dem Sieger, 1200 Meter). Neben der sportlichen Ehre geht es vielen Besitzern um den prestigeträchtigen Ehrenpreis. Eine vergoldete Peitsche, in die die Sieger sämtlicher Rennen seit 1887 eingraviert sind. Zum letzten Mal wurde 1978 der Name eines deutschen Pferdes in der Siegerliste notiert: Cagliostro.

In den letzten zehn Jahren sind insgesamt nur drei deutsche Pferde als Erste ins Ziel gekommen: 1973 Garzer, 1976 Kronenkränich und 1978 Cagliostro. Kurzstreckenpferde der Extraklasse sind seit Jahren hierzulande Mangelware. Ziel der deutschen Pferdezüchter ist meist ein Derby für die 2400-Meter-Distanz. Kandidaten für Kurzstreckenrennen sind Abfallprodukte, wenn

sie die längere Distanz nicht meistern. Mehrfach hat der jetzt als Deckhengst wirkende Esclavo Anläufe genommen, doch stets fand er zurecht in diesen Rennen einen Bezwinger.

Wenn heute nachmittags um 16.40 Uhr das Rennen wieder gestartet wird, stehen neun Pferde in den Boxen, nur drei aus deutschen Ställen. Ein Sieg von Mantena, My Rocky oder Torgos wäre jedoch eine Sensation, dazu scheint die Streitmacht aus England und Frankreich zu übermächtig. Die dreijährige Stute Favorite mit Jockey John Reid (28) ist der Favorit, aber auch Celestian Dancer (Edward Hyde) und Gehit (Robert Corant) haben gute Chancen. Der Besitzer von Favorite, E. B. Moller aus Newmarket, hat mit Teneo in diesem Jahr bereits das englische Derby in Epsom gewonnen. Gehit lief bereits im Vorjahr im gleichen Rennen, er wurde hinter Tina's Pet und Milk Heat Dritter.

Penetranter Provinzmief

Bei der großen internationalen Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden droht dem deutschen Galopprennsport eine Niederlagenserie in den meisten der großen Rennen. Das Fürstentum-Rennen am Freitag gewann bereits der zweitklassige Engländer Harry, im Kurz-

streckenrennen um die Goldene Peitsche heute sind die drei deutschen Pferde chancenlos. In Zukunft-Rennen am Freitag ist die Situation ähnlich. Einziger ernsthafter Kandidat für eine Platzierung im Großen Preis von Baden am Sonntag ist Orfina-Bewinger Aberly.

Am Montagmorgen tagte die Vereinigung der heimischen Besitzer und Züchter im Kongresshaus von Baden-Baden. Anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, um den Abstand zum internationalen Standard nicht

größer werden zu lassen, reagiert man mit Vorschlägen, beispielsweise ausländischen Pferden in deutschen Rennen grundsätzlich drei Kilo mehr in die Sattelkassen zu packen.

Besitzervereinigungspräsident Kurt von Lenthe und seine zehn Vor-

STANDPUNKT

standskollegen sollten sich nicht gegen den Fortschritt stellen. Gegen die Millionenengpässe der Maktoom-Scheichs aus Dubai und einiger anderer Millionäre ist man sicher chancenlos. Aber der Provinzmief wird im deutschen Turf noch penetranter, wenn man mit Isolation und nicht mit Internationalität reagiert. Die Einfuhrbeschränkungen müssen gelockert werden, das oftmals engstirnige Denken bis zum eigenen Kopfschmerz muß aufhören.

KLAUS GÖNTZSCHE

SPORT-NACHRICHTEN

Weltrekord verpaßt

London (sid) - Der englische Weltmeister über 1500 m, Steve Cram, verfehlte in London den Weltrekord über zwei Meilen. Cram lief 8:14,93 Minuten, der Rekord seines Landsmannes Steve Ovett steht bei 8:13,51 Minuten.

Knappe neuer Weltmeister

Nottingham (sid) - Eckehard Knappe (Bergisch Gladbach) gewann die Motorboot-Weltmeisterschaft der 750er Klasse in Nottingham. Dritter wurde der Berliner Hans-Georg Krage.

Segeln: Zweiter Platz

Puck (sid) - Andreas Plettner (Starnberg) und Andreas Rosenschon (Wörthsee) belegte im zweiten Wertungslauf der Segel-Europameisterschaft vor Puck (Polen) den zweiten Platz. Sie starteten in der 470er Klasse.

Absagen erteilt

Berlin (sid) - Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin wird Bernd Schmi-

der (zuvor Mönchengladbach) und Zoltan Ebedli (Ferencváros Budapest) nicht verpflichtet. Die Gründe: Zu hohe finanzielle Forderungen und spielerische Defizite.

Rücktritt erklärt

München (sid) - Dr. Dieter Berkmann steht dem Bund Deutscher Radfahrer (BDR) ab sofort nicht mehr als Honorar-Bundesratler zur Verfügung. Der praktizierende Arzt gab als Gründe berufliche Überlastung an.

Schockemöble gehrt

Düsseldorf (sid) - Europameister Paul Schockemöble (Mülheim) wurde in Hickstead (England) als erfolgreichster Teilnehmer aller diesjährigen Turniere in Hickstead mit der Goldmedaille geehrt. Er hatte zuvor mit Deister den großen Preis gewonnen.

Motorrad: Elfter Todessturz

Posen (sid) - Klaus Schulz (41) verunglückte bei einem Geländerennen in Polen (Polen) tödlich. Es war der elfte Todessturz in diesem Jahr.

Donnernder Applaus

Makellose Konzertwiedergabe ist nun in Reichweite.

Der DA-800 ist hier. Ein Compact Disc Digital-Audio-Spieler von einem der Spitzenreiter auf diesem Gebiet, Hitachi. Der DA-800 arbeitet mit einem ultradünnen Laserstrahl, der die Compact Disc (CD)-Platten "abliest" - und dadurch Leistungswerte erzielt, die auch die allerbesten herkömmlichen analogen Plattenspieler weit übertreffen.

Das Ergebnis ist nichts weniger als sensationell.

Mit dem DA-800 können Sie Ihrer Phantasie freien Lauf lassen. Lehnen Sie sich einfach in Ihrem Lieblingssessel zurück, und schließen Sie die Augen. Sie erleben das Originalkonzert, völlig umgeben von völlig reinem, kristallklarem Klang mit allen Nuancen. Der einzige Unterschied zwischen einem echten Konzertelebnis und dem DA-800 ist praktisch der donnernde

Applaus. Aber den werden Sie sicher selber beisteuern.

Sie werden lieben, was wir entfernt haben.

Im Wiedergabeklang ist nichts verborgen, was Ihr Hörerlebnis beeinträchtigen kann. Störungen analoger Schallplatten wie Rückkopplung, Krackern, Knistern, Rumpeln und Kratzer sind völlig eliminiert worden. Der Klirrfaktor beträgt weniger als 1/1000 des Wertes, der sich mit herkömmlichen analogen Systemen erreichen läßt. "Ozeanrauschen" ist absoluter Stille gewichen. Und "Gleichlaufschwankungen" sind durch begeisterte "Ah..." und "Oh..." Ausrufe ersetzt worden.

Zugabe! Zugabe!

Da eine Compact Disc durch Verschleiß, Kratzer und Staub praktisch nicht beeinträchtigt wird, bleibt die Klangqualität immer gleich. Beim ersten Abspielen ebenso wie beim tausendsten.

Für Spitzenleistung geboren. Der DA-800 überzeugt nicht nur bei der makellosen Klangwiedergabe. Er bietet auch eine ganz neue Dimension der Wiedergabeflexibilität durch eine breite Palette von Programmiermöglichkeiten. Programmieren Sie bis zu 15 Wahltitel in jeder Reihenfolge. Wiederholen Sie Ihre Lieblingstitel. Lassen Sie diejenigen weg, die Sie nicht hören möchten. Weitere Programmiermöglichkeiten sind: 4fach-Wiederholfunktion, Auto DAPS, SPSS und Manual Search.

Und er sieht so gut aus, wie er klingt.

Die schwarze Lackierung des DA-800 bietet einen professionellen Look, und das kompakte Format erlaubt Einpassung in Ihre vorhandene Anlage. Das horizontale Frontlader-System öffnet und schließt sich auf einfachen Tastendruck.

Gebaut von einem der Spitzenreiter der Technologie.

Die Technologie, die die revolutionären Leistungen des DA-800 ermöglicht, beruht auf den intensiven Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen bei Hitachi. Die Hitachi-Erfahrung auf dem Gebiet der Optoelektronik und mechanischen Elektronik ebenso wie bei hochentwickelten Halbleitern hat sich in über 140 Patenten und zum Patent angemeldeten Entwicklungen niedergeschlagen, die alle Gebiete des CD-Wiedergabeprozesses betreffen. Hitachi hat schon bei Audio-Messen im Jahr 1977 Prototypen dieses Systems vorgestellt und schließlich den weltweit ersten käuflich erhältlichen CD-Spieler, den DA-1000, auf den Markt gebracht.

Klingt zu gut, um wahr zu sein.

Mit Worten läßt sich dieses beeindruckende Erlebnis nicht ausreichend beschreiben. Sie müssen selber hören und sich Ihr eigenes Urteil bilden. Tun Sie das schnell. Aber warten Sie mit dem Applaus bis ganz zum Schluß. Sie werden keinen Ton vermissen wollen.

Hitachi
Compact Disc
Digital Audio Spieler
DA-800

HITACHI
Technologie von Weltrang

Anfragen an: HITACHI SALES EUROPA GmbH
Postfach 801080 Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80 Tel: (040) 734 11-0
HITACHI SALES WARENHANDELS GmbH A-1180/Wien, Kreuzgasse 27 Tel: (0222) 439367

Mörder Aquinos angeblich identifiziert

AP/da, Manila
Die philippinische Polizei hat den angeblichen Mörder des Oppositionspolitikers Benigno Aquino identifiziert und ihn als einen „käuferischen Killer“ bezeichnet. Wie der oberste Militärstaatsanwalt Generalmajor Prospero Olivas gestern mitteilte, soll es sich dabei um den 33-jährigen ehemaligen Sträfling Rolando Golman y Dawang handeln, der in der philippinischen Unterwelt als käuflicher Mörder bekannt ist. Golman war nach den Schüssen auf Aquino von Sicherheitsbeamten erschossen worden. Die Version der philippinischen Polizei deckt sich im wesentlichen mit den von Staatschef Ferdinand Marcos unmittelbar nach der Tat geäußerten Vermutungen, bei dem Täter habe es sich möglicherweise um einen bezahlten Attentäter gehandelt.

Inzwischen hat ein ehemaliger Leibwächter von Benigno Aquino die Regierung in Manila beschuldigt, sie habe ihn vor zwei Jahren 300 000 Dollar für die Ermordung des Oppositionspolitikers geboten. Nach einem Bericht der kanadischen Zeitung „Globe and Mail“ hat der 44-jährige Leibwächter Gerónimo Fronda in einem Interview erklärt, der damalige Leiter der philippinischen Polizei, Generalmajor Olivas, habe ihm das Geld für die Ermordung im Juli 1981 geboten.

Der Bischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, hat unterdessen die Einrichtung eines „nationalen Versöhnungsrates“ gefordert, der sich mit Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen befassen soll. Der Kardinal warnte gestern zugleich in Manila vor einer Konfrontation mit dem Marcos-Regime. Die nach dem Mord an Aquino vorherrschende sehr gespannte Lage könne nur durch einen Dialog entschärft werden, sagte er.

Israel verschiebt Teilrückzug

AP, Beirut/Tel Aviv
Die Kämpfe zwischen Einheiten der libanesischen Armee und schiitischen Moslemmilizen in und um Beirut sind gestern früh nach weitgehender nächtlicher Ruhe wieder aufgeflammt. Im Kreuzfeuer wurden ein französischer Soldat der multinationalen Friedenstruppe getötet und zwei weitere verletzt. Erstmals wurden gestern auch Angehörige des britischen Kontingents beschossen.

Der französische Soldat ist der dritte Angehörige der multinationalen Friedenstruppe, der in dieser Woche ums Leben gekommen ist. Am Montag waren zwei amerikanische Marineinfanteristen getötet worden. Gestern wurde der amerikanische Flugzeugträger „Eisenhower“ vor der Küste von Beirut geschossen. Er hat offensichtlich den Auftrag, das US-Kontingente der Friedenstruppe zu unterstützen.

Israel hat sich bereit erklärt, seinen geplanten Teilrückzug aus Libanon „für begrenzte Zeit“ zu verschieben. Die israelische Regierung folgte damit einem Ersuchen von US-Präsident Ronald Reagan. Wann der Rückzug nun beginnen soll, wurde nicht bekannt.

Deutsche Konflikte: Rehbeins Stück „Jürgen“

Menschen, keine Opfer

Als Max H. Rehbein seine New-York-Trilogie erfolgreich über den Bildschirm gebracht hatte, hieß es: „Kunststück! Mit den Amerikanern kann er das machen, die öffnen sich der Kamera mit Freude, aber bei den Deutschen, da wird er sich die Zähne ausbeißen.“ Jetzt hat Rehbein es mit Deutschen versucht. Er hat dasselbe formale Prinzip für sein Fernsehstück verwendet, wie seinerzeit für „Lefty“, „Marathon in New York“ und „Mann in Elite“, das heißt, er hat Menschen gesucht, die bereit waren, ihr eigenes Leben der Kamera und dem Mikro offenzulegen.

Sein Thema war, wie denn anders, der Generationenkonflikt. Rehbein fand in Bergen die Familie, die die Problematik gewissermaßen gebündelt in sich trug. Der Ort Bergen in Niedersachsen, trägt ebenfalls deutsche Probleme in sich: Unter der schönen pastellfarbenen Heidekrautdecke liegen dort Tausende und Abertausende von Toten des Konzentrationslagers Bergen-Belsen.

Wie die Menschen damit leben, wie sie die stets gegenwärtige Vergangenheit akzeptieren oder verdrängen, wie die Jungen darauf reagieren, ist Gegenstand vieler Diskussionen zwischen den Generationen. Vater und Sohn geraten aneinander, dabei kommt es zu der Schlüsselszene der Aufzeichnung: Als der Vater, von dem Jungen aus äußerster Bedrängnis, gewissermaßen vom Rücken zur Wand steht, verzichtet der Sohn auf das letzte, brutal verurteilende Wort, er stößt nicht zu, aber beide, Vater und Sohn, wissen gleichermaßen Bescheid, der Alte über sich selbst, der

Genscher: Verkleinerte Nachrüstung denkbar

Andropow setzt Propaganda-Kampagne fort

RÜDIGER MONIAC/DW, Bonn
Mit einer Reihe von Briefen, die Juri Andropow Anfang der Woche an westeuropäische Regierungschefs, unter anderem an Bundeskanzler Kohl, gerichtet hatte, setzt die Sowjetunion ihre Propagandakampagne für ihre Position bei den Genfer Raketenverhandlungen fort. Bundesaußenminister Genscher richtete gestern an Moskau den Appell, seine gegen Europa gerichtete Mittelstreckenrüstung abzubauen.

Genscher sagte, es liege am Krenl, in welchem Umfang der Westen nachrüste: „Je mehr Raketen die Sowjetunion abbaut von denen, die schon heute auf uns gerichtet sind, um so weniger müssen auf westlicher Seite aufgestellt werden.“

Bei einer möglicherweise verkleinerten Nachrüstung, die der CSU-Vorsitzende Strauß in einem „Stern“-Interview ebenfalls für denkbar gehalten hatte, müssten nach Genscher Worten sowohl die Zahl der Marschflugkörper als auch die der ballistischen Raketen des Typs Pershing 2 verringert werden.

Damit bekräftigte der Außenminister zwar die Bedeutung des „Waffenmix“, verdeutlichte aber gleichzeitig, daß reduzierte westliche Aufstellungspläne das ballistische System nicht unangetastet lassen dürften. Genscher im Zweiten Deutschen Fernsehen: „Ich könnte nicht nicht damit einverstanden erklären, daß nur die Marschflugkörper reduziert werden, die Zahl der Pershings aber unverändert bleibt.“

Andropows Serie von Schreiben, die er unter anderen an Staatspräsident Mitterrand, Premierminister Thatcher und den italienischen Regierungschef Craxi gerichtet hatte,

enthält nach Bonner Informationen gegenüber den Äußerungen, die Moskau erster Mann Samsag in seinem Interview der „Prawda“ machte, keine neuen Elemente. Daraus wurde in Regierungskreisen geschlossen, daß die Sowjetunion immer noch hofft, über die Öffentlichkeit Einfluß auf die Haltung der NATO-Regierungen zu den Genfer INF-Verhandlungen gewinnen zu können.

Andropow wies in dem Schreiben an den Kanzler, das vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergeben worden war, auf seine jüngsten Vorschläge in der „Prawda“ zur Fortsetzung der Mittelstreckenverhandlungen hin und fügte nach Angaben von Regierungssprecher Boenisch hinzu, die am 6. September in Genf beginnende sechste Runde werde die entscheidende sein. Dies deckt sich mit den westlichen Wertungen. Sie fußen auf dem NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979, in dem die Regierungen des atlantischen Bündnisses einmütig festgehalten hatten, mit der Stationierung von 572 US-Mittelstreckenraketen der Typen Marschflugkörper und Pershing-2-Raketen werde im Dezember 1983 begonnen, wenn entsprechende Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion bis dahin keine befriedigenden Ergebnisse“ erbracht haben sollten. Boenisch bekräftigte, der Bundeskanzler werde alles ihm Mögliche tun, damit die Genfer Verhandlungen zu einem Ergebnis gebracht werden könnten. Bevor der amerikanische Unterhändler Nitzke am 5. September wieder nach Genf reist, wird er am Wochenende mit der Bundesregierung die Marschroute für die entscheidende Runde neu abstimmen.

Familienpolitik: Vorwürfe Späths an die Adresse der FDP

dpa, Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Lothar Späth hat der FDP vorgeworfen, sozial gerechte Lösungen bei der geplanten Kürzung des Mutterschaftsgeldes zu verhindern. Nach seinem Eindruck hätte sein Vorschlag für die Einführung von Einkommensgrenzen beim Mutterschaftsgeld „gute Chancen“ bei den Christdemokraten gehabt, wenn nicht die FDP eindeutig Stellung dagegen bezogen hätte, sagte Späth gestern vor Journalisten in Stuttgart.

Er finde es unverständlich, daß die FDP nicht bereit sei, einer sozial ausgewogenen Lösung aus der pauschalen Kürzung des Mutterschaftsgeldes zuzustimmen. Diese „antisoziale und familienunfreundliche Komponente der FDP-Politik“ sei mit ein Grund, warum er eine Koalition mit der FDP nach den baden-württembergischen Landtagswahlen im März 1984 ablehne.

Späth wies darauf hin, daß er bei der CDU-Präsidiumssitzung am vergangenen Donnerstag verschiedene Modellrechnungen vorgelegt habe. Die beste Lösung wäre seiner Auffassung nach die Einführung einer Einkommensgrenze von netto 2100 Mark zuzüglich 300 Mark vom zweiten Kind an.

Wenn diese Voraussetzung erfüllt würde, sagte Späth, könnten rund 175 000 erwerbstätige Mütter in der Bundesrepublik das Mutterschaftsgeld in voller Höhe weiterhin erhalten. 1982 nahmen rund 325 000 Frauen das Mutterschaftsgeld in Anspruch.

Lambsdorff: Vorrang für Arbeitsplatz-Sicherung

Koalition diskutiert über Streitpunkt Mutterschaftsgeld

GISELA REINERS, Bonn

Der Haushalt für das Jahr 1984 war Gegenstand des ersten Koalitionsgeprächs zwischen CDU/CSU und FDP nach der Sommerpause. Unter der Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bereiteten CDU/CSU-Fraktionsführer Dregger, die Fraktionsgeschäftsführer Schäuble (CDU) und Bötsch (CSU), CDU-Landesgruppenchef Waigel sowie für die FDP nur der parlamentarische Geschäftsführer Wolfgang die kommende parlamentarische Woche vor.

Da Finanzminister Stoltenberg (CDU) am kommenden Mittwoch den Haushalt im Bundestag einbringen wird, tagt das Kabinett schon am Dienstag. Am Donnerstag und Freitag wird der Etat 84 in erster Lesung im Bundestag behandelt. Deshalb ist es möglich, daß das normalerweise jede Woche stattfindende Koalitionsgepräch dann ausfällt. Da Vizekanzler Genscher nicht teilnehmen konnte und sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischek gestern wegen des Wahlkampfs in Hessen nicht in Bonn befand, war seitens der FDP darum gebeten worden, keine strittigen Themen zu diskutieren.

Bereits mit dem Datum vom 26. August hatte der Vorsitzende der Unionfraktion, Alfred Dregger, einen fünfstufigen Brief an alle Abgeordneten geschrieben, dessen größter Teil sich mit dem Haushalt befaßt. Darin heißt es: „Änderungen der Regierungsbeschlüsse im einzelnen müssen im Laufe der parlamentarischen Entscheidungen möglich bleiben, aber den beschlossenen Finanzrahmen werden wir einhalten.“

Dabei bedrohten, so Dregger, drei Defizite die Zukunft: das Arbeitsplatz-, Geburten- und Finanzdefizit.

Es geht, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken durch Kostenbegrenzung und Leistungssteigerung; die Unternehmen müßten steuerentlastet werden. Doch: „Unser Politik für Kinder, Mütter und Familien können wir nicht zurückstellen“ bis die Krise gemeistert sei. Das Geburtendefizit bedrohe mittelfristig den Bestand der Nation und die Funktionsfähigkeit der Systeme der sozialen Sicherung. Zwar werde auch die Fraktion den Finanzrahmen einhalten müssen, doch sei die Ausgestaltung ihre Sache. Abweichend von den Regierungsbeschlüssen liegt mir daran, den Zeitrahmen für die Auszahlung des Mutterschaftsgeldes mit vier Monaten beizubehalten.“ Mehraufwendungen müßten durch Kürzung auf 450 Mark oder Einkommensgrenzen aufgefangen werden. Zur Zeit gibt es 750 Mark Mutterschaftsgeld vier Monate lang. Die Regierung will Betrag und Bezugsdauer auf 600 Mark und drei Monate senken.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat sich in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt gestern nochmals entschieden gegen Änderungen beim Mutterschaftsgeld ausgesprochen. Einkommensgrenzen lehnt er ab, weil durch sie „gerade die Leistungsfähiger“ entmündigt würden.

„Die ganze familienpolitische Diskussion hat einen falschen touch“, sagte Lambsdorff. „Man glaube doch nicht, daß der Wunsch nach Kindern von 750 Mark für vier Monate abhängt. Viel wichtiger ist doch, daß der Arbeitsplatz gesichert ist, daß Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen, daß die gesamte ökonomische Perspektive stimmt.“

Libanon: Vorwürfe aus den USA gegen Damaskus und Moskau

Verfassungskontroverse in Washington um die Präsenz der amerikanischen Friedenstruppe in Nahost / Senator Glenn als Wortführer

TH. KIELINGER, Washington
Das Weiße Haus hat am Montag Syrien und die Sowjetunion mit dem Feuergefecht am Beirut Flughafen in Verbindung gebracht, bei dem zwei US-Marinesoldaten getötet worden sind. Ohne direkt die Schuld an dem Überfall auf Damaskus und Moskau zu wälzen, setzten Regierungsbeamte einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und der syrisch-sowjetischen Blockade-Diplomatie in Libanon.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, sagte gestern in Santa Barbara, Kalifornien, gegenüber Journalisten wörtlich: „Es ist schwer, im Augenblick genau zu sagen, woher das Feuer eröffnet wurde. Aber der Friedensprozeß in Libanon hat ganz offensichtlich ein fehlendes Glied, und das ist die syrische Weigerung, sich zurückzuziehen. Uns ist auch klar, welchen Einfluß die Sowjetunion dabei ausübt.“

Inoffiziell wurde dazu in Washington ergänzt, man sei überzeugt, die Syrer ermuntern geradezu Schützen und Drusen, der regulären libanesischen Armee Paroli zu bieten und sie

vor allem an der Kontrolle der Schuf-Berge außerhalb Beiruts zu hindern. Ziel der Syrer sei es, die amerikanische Militärpräsenz in Libanon zu demoralisieren und Washington so mit zum Rückzug zu bewegen.

Diese Kalkulation dürfte nicht aufgehen, auch wenn in den USA erneut die Diskussion um Sinn und Zweck der amerikanischen Friedensrolle entbrannt ist. „Unsere Marines spielen eine entscheidende Rolle in Libanon“, erläuterte der Weiße-Haus-Sprecher auf entsprechende Fragen. „Es ist unsere Absicht, sie in ihrer friedenserhaltenden Funktion dort zu belassen. Damit steuern wir ein wichtiges Glied zur Befähigung der libanesischen und amerikanischen Regierung bei, die nationale Souveränität in Libanon wiederherzustellen.“

Auch mehrere Sprecher außerhalb der Regierung teilen diese Einschätzung der Lage. So meinte der Nahost-Unterhändler Präsident Carter, Botschafter Sol Linowitz, das amerikanische strategische Interesse an der gesamten Region sei so überlegend, daß Washington auf seine Rolle bei

der Friedensfindung gar nicht verzichten könne. Die Opfer, wie auch immer beklagenswert, seien der Preis dafür.

Senator Charles Percy sagte dazu: „Weder unsere Marines noch unser Volk werden sich von Anschlägen auf Amerikaner in Libanon abschrecken lassen. So wenig, wie der Terror-Anschlag auf unsere Botschaft in Beirut im April unsere Unterstützung für das libanesisches Volk unterminieren konnte, so wenig wird diese neue Tragödie unsere Friedensbemühungen in der Region beeinträchtigen.“

Dennoch muß die Reagan-Regierung mit verstärkter Kritik an ihrer Libanon-Politik rechnen, zumal sie in ihren militärischen Entscheidungen – so vor allem der Entsendung von 1200 Soldaten für die internationale Friedenstruppe – ohne Mitsprache des Kongresses vorgegangen ist. Sie hat ihn nur unterrichtet. Schon nehmen die Stimmen auf dem Kapitol zu, die erklären, die Stationierung der US-Marines in Libanon falle unter die Bestimmungen des „War Powers Act“ von 1973 und müsse daher

dem Kongreß zur Entscheidung unterbreitet werden.

Der „War Powers Act“ entstammt als Gesetzgebung den Erfahrungen der Vietnam-Kriegs-Ära. Er besagt, daß der Präsident innerhalb 48 Stunden nach Entsendung amerikanischer Truppen in Kriegszonen den Kongreß formell davon zu unterrichten muß. Danach haben die Gesetzgeber 60 Tage Zeit, zu überlegen, ob sie diese Entscheidung billigen oder ablehnen. Das Gesetz gibt dem Kongreß quasi ein Veto-Recht über die Fähigkeit der Exekutive, Krieg zu führen.

Dies hat zu einer Verfassungskontroverse geführt, weil nach Auffassung von Kritikern der „War Powers Act“ das verbriefte Privileg des Präsidenten, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu agieren, beschneidet. In einer aufsehenerregenden Entscheidung vom Juni dieses Jahres hat der Oberste Bundesgerichtshof entschieden, daß der Kongreß keine Veto-Macht über die Exekutive besitzt. Die Gewaltenteilung im amerikanischen System könne so nicht ausgelegt werden. Seitdem gilt die An-

wendbarkeit des „War Powers Act“ als umstritten.

Um aber nicht in eine neue Kontroverse mit dem Kongreß zu geraten, hat die Reagan-Regierung das Gesetz aus dem Jahre 1973 bisher nicht formell angefochten. Im Falle Libanon hat sie es vielmehr umgangen, und in mehreren Schreiben an den Kongreß argumentiert, die Marines würden nicht in die Schlacht geschickt, sie hätten in Libanon nur Friedensfunktionen. Deshalb sei eine Mitsprache-Rolle des Kongresses auch nicht gegeben.

Sollten sich die Kämpfe in Libanon jedoch zuspitzen und in Zukunft vermehrt amerikanisches Militärpersonal einbezogen, dürfte dieses Argument schwer aufrechtzuerhalten sein. John Glenn, demokratischer Senator aus Ohio und Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei, macht sich schon jetzt zum Vorreiter dieser erweiterten Rolle des Kongresses. Glenn plädiert für eine absehbare Aufenthaltsfrist der Marines.

Seite 2: Fehlschlag einer Armee

Dänemark bekräftigt Doppelbeschluß

DW, Berlin

Bei seinem Besuch in Ost-Berlin bekannte sich der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen zum NATO-Doppelbeschluß. Dieser sei die „Antwort auf den Aufbau einer neuen Generation Mittelstreckenraketen seitens der Sowjetunion“. Der Westen fühle sich dadurch „nicht nur in militärischer, sondern auch in politisch-psychologischer Hinsicht gefährdet“, sagte Ellemann-Jensen bei einem Essen, das ihm „DDR“-Außenminister Oskar Fischer gab.

Jensen fügte hinzu, die Aufrichtigkeit des westlichen Verhandlungsangebots könne nicht in Zweifel gezogen werden. Die Ostberliner Zeitungen schrieben gestern nur, der dänische Minister habe seinen Standpunkt zum NATO-Doppelbeschluß dargelegt.

In seinem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker hatte Jensen, wie er in Ost-Berlin gegenüber Journalisten erklärte, die vom Ostblock westlichen Korrespondenten angefordigten Gegenmaßnahmen für den Fall einer Stationierung von US-Raketen als „neues Drehen an der Rüstungsspirale“ gewertet. Honecker habe ihm mitgeteilt – was Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr bei ihren Besuchen bei Honecker vernahmen –, daß sowjetische Gegenmaßnahmen nicht nur die Aufstellung neuer Raketen in der „DDR“, sondern auch in der CSSR umfassen.

Jensens Hauptthema bei den Unterredungen mit führenden „DDR“-Politikern bildete der erhebliche Rückschlag auf dem Gebiet des Handels mit der „DDR“, den Dänemark in den vergangenen Monaten hinnehmen mußte. Während Ost-Berlin seine Lieferungen weiter steigerte, nahm die „DDR“ im ersten Halbjahr 1983 nur noch die Hälfte weniger an Waren (20 Millionen Mark) ab.

Israel: Erklärung „unverschäm“

dpa, Bonn

Als „unverschäm in Ton und Sache“ hat die israelische Botschaft in Bonn gestern eine gemeinsame Erklärung der arabischen Botschafter zum inzwischen verschobenen Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel bezeichnet. Ein Sprecher sagte, mit dieser Erklärung seien die Araber über die „bekannten Hetzreden gegen die israelische Politik“ hinausgegangen.

Die arabischen Botschafter (ohne Ägypten) hatten die Erwartung geäußert, daß die Kohl-Reise die deutsch-arabischen Beziehungen nicht beeinträchtigen werde und vor finanziellen Hilfen Bonn an Israel gewahrt. Solche Hilfen würden als „Ermutigung und Unterstützung der israelischen Besatzungs-, Aggressions- und Expansionspolitik gegen die Araber“ aufgefaßt, erklärte der Rat der arabischen Botschafter und Missionschefs. Weiter hieß es in der Erklärung, die „Fortsetzung der israelischen Erpressungspolitik unter dem Vorwand des deutschen Schuldkomplexes kann nicht akzeptiert werden, da Israel selbst fortlaufend nazionährliche Methoden“ in den besetzten Gebieten anwende.

KRITIK

Wie in einem Reagenzglas

Das Rezept ist bewährt: Man sperrt die wildfremden Menschen zusammen, so daß sie einander nicht entfliehen können – in einem eingeschlossenen Raum, einem Eisenbehälter oder einem verschlossenen Zimmer –, und man kann etwas erleben. Sie reagieren wie chemische Substanzen in Reagenzglas und geben sich dabei zu erkennen. Bei Agatha Christie gibt es das immer wieder, Sätze kann darauf in „Geschlossene Gesellschaft“ – und in Wien Johannes Mario Simmel 1945, als der 21-jährige diese Vorbilder gar nicht kennen konnte, in „Misch wandert, daß ich so fröhlich bin“ (ZDF).

Simmel sperrt sie in einen verschütteten Luftschutzkeller, ohne sich freilich mit ihrer Entzifferung zu begnügen oder mit dem Schildern ihrer Wandlung von egozentrischen zu sozialen Wesen. Er wollte „eine spannende Geschichte“ erzählen, und er erzählte gleich zwei: die eine bis zur Tötung des sprengwütigen Chemikers, die andere danach, wenn

die Tat zu vertuschen oder aufzuklären ist.

Das macht die Sache verworren, und man soll nicht die vielen Unwahrscheinlichkeiten und „Zufälle“ vorrechnen. Um so weniger, als Michael Kehlmanns Verfilmung des Romans diese Mängel liebevoll vergessen machte. Den Regisseur interessierten vor allem Bilder, und die fast zitierten in der Tat. Und es interessierten ihn die Menschen in einer schier verzweifelter Situation. Dazu konnte er glücklicherweise Schauspieler der ersten Garnitur aufbieten – von Gertraud Jesserer und Klausjürgen Wussow bis Alexander Kerst und Wilma Degischer, nicht zu vergessen die eindringliche Deserteurstudie von Karlheinz Hackl und die erschütternde Kinderdarstellerin Alexandra Heinrich. Sie alle fesselten, fast zwei Stunden lang. Daß sie Simmels Figuren nicht anders als so schmerzschmerzhaft und eindimensional zeichneten, wie der sie entwarf, geht allein zu dessen Lasten.

KATHRIN BERGMANN



Zu viel Fernsehen macht Kinder denkfaul und trägt und fördert eine negative Einstellung zum Leben. Zu diesem Schluß kommt Cedric Cullingford vom Polytechnikum in Oxford, der 5000 Kinder im Alter von sechs und zwölf Jahren beobachtete. Nach seiner Untersuchung benutzen Kinder das Fernsehen als unterhaltendes Spielzeug, das keine Anforderungen stellt. Am meisten benehrt hat Cullingford die große Langeweile in den kindlichen Gedanken, wenn sie vor dem Fernsehapparat saßen. Dem entspreche ein zunehmend passives Verhalten immer dann, wenn es

um reale Anforderungen gehe. Er richtet deshalb den dringenden Appell an die Eltern, das Verhalten ihrer Kinder zu beobachten und sie zu einem kritischen Umgang mit dem Medium anzuleiten.

Mit dem „George Foster Peabody Award“ wurde die SWF-Produktion „Blood and Honor“ („Blut und Ehre“) in den USA ausgezeichnet; die Serie hatte bereits den „Christopher Award“ erhalten. Der „George Foster Peabody Award“ wird alljährlich von der Henry W. Grady School of Journalism und Mass Communication der Universität des Staates Georgia für herausragende Fernsehproduktionen vergeben und gilt als eine der höchsten amerikanischen Fernsehzeichnungen.

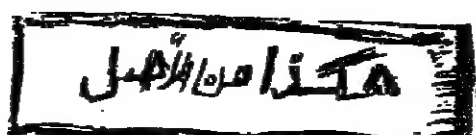


ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

16.00 heute 16.05 Die Montagsschöner 16.55 Alltag in Asien Filmbericht aus den Philippinen	11.20 Unser Komma 12.10 Panorama 12.55 Prosecco 13.00 heute
15.25 Der Mann in den Bergen Gefahr für die Wildnis	15.15 ZDF – Ihr Programm
16.10 Tagesschau Der unheimliche Planet	15.17 heute
16.15 Marlene Opernführer (2) Mit Marjorie Lambrechts und Robert Granzer, Josef Hopferwieser Regie: John Scholz-Conway	15.20 Copstein Futuro Der unheimliche Planet
17.00 Und dann heute ich bin an Ende der Welt (2) Spielplan für Kinder von Peter Solon	15.45 Melodramatik Käthe Blomquist Kinder-Krimi nach Astrid Lindgren Regie: Rolf Hübner
17.25 Der Generaloberstzeremonien- meister Bildergeschichte nach Manfred Kyber	17.10 Feindkinder 17.15 Ecom in Form 17.30 heute/Ans den Ländern 17.45 Tele-illustrierte Zu Gast: Bernd Schütz mit Band Anschl.: heute-Schlagzeilen
17.50 Tagesschau (Anschl. Regionalprogramme)	18.25 Bilder, die die Welt bewegten Brennende Wälder Peter von Zahn berichtet
18.00 heute	18.50 ZDF – Ihr Programm
20.00 Tagesschau	19.07 heute
20.15 Jürgen Vor einem Versuch, das Leben zu ordnen Sprecher: Hans Paetsch Buch und Regie: Max H. Rehbein Schon in seiner New-York-Trilogie beschreibt Max H. Rehbein einen	19.38 Direkt Diesmal ist ein Team vom Jugend- magazin „Direkt“ auf den Run- nelplatz und in den Zirkus gegan- gen, um zu zeigen, wie Jugend- liche leben, die man zum „fahren- den Volk“ zählt. Was für viele Au- ßenstehende auf den ersten Blick verlockend nach Freiheit aussieht, entpuppt sich beim Blick hinter die Kulissen als schwere körperliche Arbeit mit geringer Bezahlung und langer täglicher Arbeit.
21.45 Bilder aus der Wissenschaft Themen: Gezeichnetes Sonnenfau- er / Energie aus dem Sonnenlicht – billigere Solarzellen durch Ausnut- zung der Fluoreszenz / Schmutz die Sonne? Anhand alter Auf- zeichnungen über Sonnenfinsternisse und mittels moderner astro- physikalischer Untersuchungen soll die Streitfrage geschlichtet werden, ob die Sonne schrumpft oder pulsiert, also ihre Größe pe- riodisch verändert.	21.15 Bilanz Themen: Ausgelohnt – aber ohne Arbeit (Arbeitslosigkeit nach der Lehre) / Spontox: der Buhrmann im Luftverkehr / „Arbeitszeitverkür- zungen unverzichtbar“ (Interview mit Baden-Württembergs Mini- sterpräsidenten Lothar Späth) / Rechnungshofkritik an Dienstfah- zeugen Moderation: Wolfgang Schröder
22.30 Tagesschau	21.00 heute-Journal
23.00 ARD-Sport extra Fußball-Bundesliga / Intern. Leichtathletik-Sportfest Koblenz	21.20 mittwochaktuell – 7 aus 38 21.25 Der Denver-Clean 22.10 Leben müssen in unserer Zeit Veränderungen in der weltweiten Christenwelt
24.00 Tagesschau	22.40 Unser Kosmos Die 13. Folge endet mit einem Ap- pell von Carl Sagan an die Zu- schauer. Es ist eine sehr persönli- che Botschaft, und doch spricht er auch für seine Zukunft, die Wissen- schaft. Und man kann annehmen, daß er hofft, daß seine Worte in die Ohren einiger Politiker und Mi- litärs in Ost und West kommen mögen.
	22.25 heute

III.

WEST	18.00 Arche 2000 für Kinder Geschichten und Reportagen von Tieren, Pflanzen und Menschen
19.00 Sendung 19.20 Aktuelle Stunde	
NORD/HESSEN	18.00 Maxi und Mini 18.30 Arche 2000 für Kinder 19.00 Bepickel Terry und die Pirates
WEST/NORD/HESSEN	20.00 Tagesschau 20.05 Mitreise im III. Live aus Münster Als Gäste: Lou and the Hollywood Bonanos
21.05 Auslandsreporter Bilbo Bilder aus einer baskischen Stadt	
22.15 Die Freibauten Amerikan. Spielfilm (1942) Mit Marlene Dietrich, John Wayne, Randolph Scott u. a. Regie: Ray Enright	
23.40 Letzte Nachrichten	
SÜDWEST	Für Baden-Württemberg: 19.00 Die Abendschau Für Rheinland-Pfalz: 19.00 Die Abendschau Für das Saarland: 19.00 Saar 3 regional Für Gesamt 53: 19.25 Nachrichten 19.30 Aerobic (15) 20.00 Wohn mit der Angst? Ulrich Hommes im Gespräch mit Paul Becker
20.15 Schachpat der Geschichte: New York	
21.45 Zwischenrufe Ein Gespräch über New York	
22.45 Tezi Driver Amerikan. Spielfilm (1975) Mit Robert de Niro, Jodie Foster u. a.	
BAYERN	18.48 Rundschau 19.00 Ich bin Bauer und will Bauer bleiben Reihe: „Situation, Arbeitsplatz“ 19.45 Eva Töchter (4) Franzö. Filmkomödie in sechs Teil- en
20.40 Z. E. N. 19.48 Rundschau 21.00 Zeitgespräch Politik am Mittwoch	
21.45 San Francisco Amerikan. Spielfilm (1956)	
23.35 heute	



Warnung vor Optimismus

od. - Gewarnt sei vor zu großem Optimismus in puncto Umschuldungsabkommen zwischen dem IWF und Brasiliens Regierung mögen sich tatsächlich verbessert haben. Aber Geld vom IWF und den Banken fließt erst, wenn das brasilianische Parlament die Bedingungen des IWF nicht ablehnt. Selbst wenn die starke Opposition sich der Vermutung nicht verschließt, die Bedingungen zu akzeptieren und sie zu erfüllen ist zweifelhaft, weiß man aus Erfahrung mit Brasilien: Vor Optimismus ist daher zu warnen.

Japans Sorgen

Hät - Im Vorjahr haben sich die japanischen Werkzeugmaschinenhersteller zwar den ersten Platz unter den hier aktiven Nationen sichern können, aber das nur dank der Tatsache, daß der Produktionswert in dieser Branche insgesamt um rund 20 Prozent gesunken war, in der japanischen Werkzeugmaschinenindustrie jedoch nur um 9 Prozent. Inzwischen hält die Talfrucht auch bei den fernöstlichen Herstellern weiter an. Im 1. Quartal 1983 gingen die japanischen Exporte in die westeuropäischen Industrieländer um 25 Prozent zurück, in die USA sogar um 50 Prozent. Japan zieht bereits die ersten Konsequenzen aus der veränderten Situation und beginnt, Man versucht, preisgünstige Serienmaschinen zu produzieren und sich mehr Exportmärkte zu erobern, was auch weniger zahlungskräftige Entwicklungsländer einschließt. Das aber könnte die Chancen unserer deutschen Hersteller von hochwertigen Spezialmaschinen erhöhen.

Der unterbewertete Franc

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Erfolgchancen des französischen Stabilisierungsplans waren in internationalen Finanz- und Wirtschaftskreisen unterschätzt worden. Überrascht hat jetzt vor allem das Tempo, mit welchem Frankreich sein Leistungsbilanzdefizit abbauen konnte. Daß es von umgerechnet etwa mehr als 10 Milliarden Mark im ersten Quartal dieses Jahres auf etwas weniger als eine Milliarde Mark im zweiten auszumachen schaffte, erwartete wohl selbst Wirtschafts- und Finanzminister Delors nicht. Auch wenn dieses spektakuläre Ergebnis zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß es vor und nach der letzten Franc-Abwertung vom 21. März spekulative Geldverschiebungen gegeben habe, so erhebt sich heute die Frage, ob diese Abwertung nicht zu hoch bemessen war. Jedenfalls ist der Franc seitdem am Devisenmarkt vor allem gegenüber der D-Mark ausgesprochen fest. Gewiß hatte Delors stark übertrieben, als er im letzten Frühjahr behauptete, der Franc sei im Europäischen Währungsunion (EWS) nicht überbewertet und seine (damalige) Schwäche an den Devisenmärkten sei nur eine Folge der zu starken D-Mark. Wahrscheinlich kam es ihm darauf an, die Bundesregierung zu einer möglichst starken Aufwertung zu veranlassen, um so Frankreich bei seinem größten Anlandskunden Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. So gelang es Paris dann auch unter der massiven politischen Drohung, aus dem EWS auszutreten, den von Delors außerdem als arrogant bezeichneten deutschen Unterhändler eine immerhin achtprozentige D-Mark-Aufwertung abzurufen, der am 12. Juli 1982 eine zehnprozentige und am 5. Oktober 1981 eine achtprozentige vorausgegangen war. Die Franzosen selbst brauchen unter diesen Umständen nur um zweieinhalb Prozent abzuwerten, nach fünfprozent und drei Prozent zu den beiden ersten Terminen. Damit kam man innerhalb von einhalb Jahren auf eine Veränderung der deutsch-französischen Währungsparität von beachtlichen 26,5 Prozent. Das ist mehr, als zum bloßen Ausgleich der in dieser Zeit entstandenen Inflationsdifferenz zwischen Frankreich und der Bundesrepublik nötig gewesen wäre. Selbst wenn man davon ausgeht, daß der Franc

vor der ersten dieser drei Abwertungen der sozialistischen Regierung überbewertet war, so fiel die letzte Paritätsvereinbarung wohl doch sehr reichlich aus. Rückwirkend betrachtet stellt sich heute als Vorleistung der Bundesregierung dar. Insbesondere sollte dadurch die Banque de France in die Lage versetzt werden, ihre zuvor stark geschwundenen Währungsreserven durch Devisenkäufe aufzubessern und die gefährlich angewachsenen Auslandsschulden zu stabilisieren. Die Bundesrepublik hat ein essentielles Interesse an der Zahlungsfähigkeit ihres größten Handelspartners. Dafür verspricht Delors, von neuen protektionistischen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Dieses Versprechen hat er bisher gehalten. Gut gegenläufige Behauptungen gibt es jedenfalls keine Beweise. Wenn die deutschen Exporte jetzt in Frankreich auf gewisse Absatzschwierigkeiten stoßen, so ist dies auch vor allem eine Folge des durch Delors' Austeritätspolitik herbeigeführten Konsumrückgangs. Allerdings hatte der deutsche Export von der vorangegangenen sozialistischen Konsumbelebungspolitik stark profitiert. Diese Politik war aber - mit Recht - in der Bundesrepublik scharf kritisiert worden. Denn sie brachte nicht nur die französische Handels- und Leistungsbilanz immer tiefer in die roten Zahlen. Auch gab sie wegen der übermäßigen Nachfrage der Inflation zusätzlichen Auftrieb und führte zu immer schnelleren Drehungen der indexierten Lohn-Preis-Spirale. Wenn Paris dann schließlich das Steuer herumgeworfen hat, so ist das zwar weniger der eigenen Einsicht als dem Druck der ausländischen Partner und Gläubiger zu verdanken gewesen. Im übrigen kann man sich damit "trösten", daß die derzeitige Franc-Stärke nicht von Dauer sein wird. Denn selbst wenn es der französischen Regierung gelingen sollte, die eingezeichneten Ziele ihres Stabilisierungsplans zu erreichen, so sind diese immer noch wesentlich ungünstiger als das, was die Bundesrepublik an Preis- und Kostenanstieg zu erwarten hat. Deshalb dürfte der zur Zeit noch unterbewertete Franc bald in seine neue D-Mark-Parität hineinwachsen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Lambsdorff: Sozialkosten müssen eingedämmt werden

HANS-J. MAHNKE, Bonn Für eine möglichst rasche Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs hat sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff auf der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt ausgesprochen. Er stimmte der Ansicht des Konjunkturexperten des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung HWWA, Hans-Jürgen Schmahl, zu, daß die Ankündigung eines möglichst nahen Termins schon kurzfristig die Erwartungen in der Wirtschaft verbessern könne. Allerdings koste der "große Wurf" einer Lohn- und Einkommensteuerreform ein Mehrfaches dessen, was derzeit finanziert sei. Je größer deshalb die Fortschritte bei der Ausgabenbegrenzung der öffentlichen Haushalte, um so eher könne die Tarifreform gemacht werden. Er werde weiter dafür eintreten, daß sie auf

jeden Fall noch in dieser Legislaturperiode komme. In diesem Zusammenhang wies er auf die Notwendigkeit hin, die Sozialkosten einzudämmen. Die Ansprüche an den Sozialstaat mißten, wie es der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in seinem Papier angeregt hatte, sich wieder an der Leistungskraft der Wirtschaft orientieren. Daher wandte er sich auch gegen die Einführung der 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Der Kampf für eine kürzere Arbeitszeit hätte für die Gewerkschaften, darauf deuteten Äußerungen aus ihren Reihen hin, eine zentrale Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Gewerkschaftsmacht. Nicht die Sorge um den Arbeitsplatz, sondern die die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften spielten eine entscheidende Rolle.

LANDWIRTSCHAFT / Anstieg der Nahrungsmittelpreise etwa drei Prozent

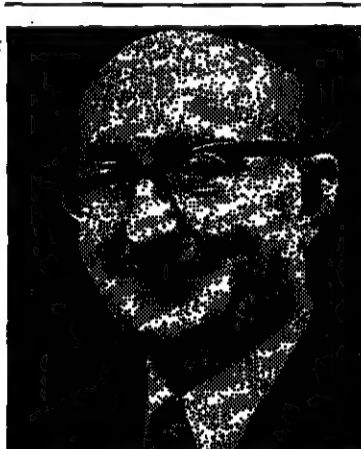
Trotz Trockenheit wird die Ernte 1983 besser sein, als befürchtet

Die diesjährige Ernte wird besser ausfallen, als angesichts der anhaltenden Trockenheit in den letzten Wochen vielfach befürchtet worden war. Die Versorgung bei allen Produkten ist gesichert. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise bleibt hinter der Zunahme der allgemeinen Lebenshaltungskosten auch in den nächsten Monaten zurück. Die Einkommen der Landwirte werden nach der Vorausschätzung des Bonner Landwirtschaftsministeriums leicht sinken, nachdem sie im am 30. Juni abgelaufenen Wirtschaftsjahr um rund zwölf Prozent gestiegen waren. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, der die vorläufigen Ergebnisse der Ernteterminalung 1983 seines Hauses, die sich mit denen des Bauernverbandes weitgehend decken, erläuterte, wies auf die starken regionalen Unterschiede hin. So konnte in Bayern noch eine höhere Getreidernte als im vergangenen Jahr eingefahren werden, während in Norddeutschland die Ergebnisse zum Teil beträchtlich darunter lagen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Getreide: Mit 22,8 Millionen Tonnen dürfte die Getreidernte unter dem Ergebnis des Vorjahres von 24,6 Millionen Tonnen liegen. Sie entspricht damit aber dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der Rückgang lag sowohl an einer Verringerung der Anbaufläche als auch an geringeren Hektarerträgen aufgrund der Trockenheit. In der EG wird der Rückgang auf rund zehn Millionen Tonnen veranschlagt. Mit einer Ernte von 120 Millionen Tonnen liegt der Selbstversorgungsgrad aber weiterhin über hundert Prozent.

HANS-J. MAHNKE, Bonn Die diesjährige Ernte wird besser ausfallen, als angesichts der anhaltenden Trockenheit in den letzten Wochen vielfach befürchtet worden war. Die Versorgung bei allen Produkten ist gesichert. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise bleibt hinter der Zunahme der allgemeinen Lebenshaltungskosten auch in den nächsten Monaten zurück. Die Einkommen der Landwirte werden nach der Vorausschätzung des Bonner Landwirtschaftsministeriums leicht sinken, nachdem sie im am 30. Juni abgelaufenen Wirtschaftsjahr um rund zwölf Prozent gestiegen waren. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, der die vorläufigen Ergebnisse der Ernteterminalung 1983 seines Hauses, die sich mit denen des Bauernverbandes weitgehend decken, erläuterte, wies auf die starken regionalen Unterschiede hin. So konnte in Bayern noch eine höhere Getreidernte als im vergangenen Jahr eingefahren werden, während in Norddeutschland die Ergebnisse zum Teil beträchtlich darunter lagen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Getreide: Mit 22,8 Millionen Tonnen dürfte die Getreidernte unter dem Ergebnis des Vorjahres von 24,6 Millionen Tonnen liegen. Sie entspricht damit aber dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der Rückgang lag sowohl an einer Verringerung der Anbaufläche als auch an geringeren Hektarerträgen aufgrund der Trockenheit. In der EG wird der Rückgang auf rund zehn Millionen Tonnen veranschlagt. Mit einer Ernte von 120 Millionen Tonnen liegt der Selbstversorgungsgrad aber weiterhin über hundert Prozent.

Obst: Nach der überdurchschnittlichen Ernte des Vorjahres war mit einem Rückgang gerechnet worden, der jedoch erheblich geringer ausfiel. Wein: Bisher sind hier alle Voraussetzungen für eine gute, auch qualitativ hochwertige Ernte gegeben. Dies gilt auch für die EG insgesamt. Versorgung: Trotz der etwas kleineren Ernte ist sie mit pflanzlichen Erzeugnissen nicht gefährdet. In den meisten Fällen dürfte die Ernte dem Durchschnitt der letzten Jahre entsprechen. Bei Obst und Gemüse, wo die Bundesrepublik auf Einfuhren angewiesen ist, dürfte mehr aus dem Ausland hereinkommen. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln im Winter nicht so reichlich sein. Aufgrund der aufgestockten Viehbestände wird mit einem Zukaufbedarf an Kraftfutter gerechnet. Preise: Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte lagen im Wirtschaftsjahr 1982/83 0,8 Prozent unter dem Vorjahr. Der Grund waren Preisrückgänge bei Sonderkulturen. Ohne diese Erzeugnisse erzielten die Landwirte für pflanzliche Produkte 3,4 Prozent mehr, bei tierischen Erzeugnissen waren es 1,3 Prozent. Der Auszahlungssatz für Milch lag nach Abzug der Minderungsvergütung um 7,6 Prozent an. Für die zweite Jahreshälfte 1983 wird mit einem reichlichen Fleischangebot gerechnet. Dafür dürften weniger Obst, Gemüse und Kartoffeln auf den Markt kommen, und sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf rund drei Prozent gegenüber 1982 beschleunigen.

AUF EIN WORT



Man kann ziemlich sicher sein, daß in Ländern wie den USA, Westdeutschland, Großbritannien und Japan die Geldpolitik weiterhin einen Stabilitätskurs verfolgen wird. So treiben wir ein neues Ballspiel, neu vor allem für den Dollar- und Sterlingraum, nach deren langen Erfahrungen mit hoher Inflation.

Dr. Ottmar Emminger, früherer Präsident der Deutschen Bundesbank
FOTO: PETER MITCHELL

Zinsbelastung nimmt noch zu

dpa/WVD, Bonn Die Zinsbelastung des Staates wird voraussichtlich weiter zunehmen. Das geht aus einer Untersuchung des der Wirtschaft nahestehenden Instituts "Finanzen und Steuern" hervor. Die Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, die von 1980 bis 1982 von 1,6 Milliarden auf 4,6 Milliarden Mark gestiegen seien, hätten auch dann eine sinkende Tendenz gezeigt, als die Nettokreditaufnahme gesunken würde. Das Institut fordert, die jährlich anfallenden Zinsausgaben nur durch die Kürzung anderer Ausgaben zu finanzieren. Eine Finanzierung durch die Nettokreditaufnahme ergebe, "ein sich selbst antreibendes System des Schuldenswachstums".

AGRARPOLITIK

Der Bauernverband hält die EG-Vorschläge für abwegig

HANS-J. MAHNKE, Bonn Die Vorschläge der EG-Kommission zur Reform der Agrarpolitik, mit deren Beratung gestern die Außen-, Finanz- und Agrarminister der Gemeinschaft begonnen haben, hält der Deutsche Bauernverband für abwegig und unzumutbar. Bauern-Präsident Freiherr Heereman betonte nach einer Sitzung des Präsidiums seiner Organisation, die Landwirte dürften nicht für die Fehler der Politiker zur Kasse gebeten werden. Damit spielte er auf den Vorschlag der Kommission an, die Bauern an den Kosten der Beseitigung der Überschüsse zu beteiligen. Die Strategie der EG-Kommission, durch eine "vorsichtige Preispolitik", verknüpft mit mengenbeschränkenden Maßnahmen bei Getreide, Milch, Rindfleisch und einigen anderen Produkten, das Marktgleichgewicht herzustellen, lehnte Heereman entschieden ab. Produktionsquoten seien dann tragbar, wenn die Preise für die Grundnahrungsmittel kostenorientiert festgelegt werden. Die Vorschläge zur Außenhandelspolitik mit der Einführung einer globalen Fettaufgabe und der Begrenzung der Einfuhren von Getreidesubstituten seien zwar ein Schritt in die richtige Richtung, der jedoch nur sehr vage formuliert sei. Heereman wandte sich auch gegen den automatischen Abbau des Grenzausgleichs. Ob die Änderung im Berechnungsverfahren, letztendlich die Übernahme des D-Mark-Kurses als Leitkurs für die grünen Zertifikate, ein Ausweg sein könne, müsse überprüft werden. Heereman forderte, daß unverzüglich ein Stichtag festgelegt werde, von dem an die Ausdehnung der Produktion bei Überschussprodukten, vor allem bei Milch, nicht mehr mit staatlichen Mitteln gefördert werde.

FINANZPOLITIK

Stoltenberg für Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer

PETER WEERTZ, Berlin Eine "Öffnung der Diskussion" in der Wachstums- und Beschäftigungspolitik hält Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg für nützlich. Er begrüßt, wie Stoltenberg in Berlin sagte, in diesem Sinne auch die wirtschaftspolitischen Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Vorrang habe allerdings für ihn als Finanzminister die Konsolidierung der Haushalte der öffentlichen Hände und die Begrenzung des Staatsanteils. Zuversichtlich äußerte sich Stoltenberg darüber, daß es in den nächsten Jahren gelingen werde, die Zunahme der Staatsverschuldung zu verringern. Hier sei sein Ziel, die jährliche Kreditaufnahme des Bundes auf unter 40 Mrd. DM zu senken. Ob es freilich gelinge, die jährliche Zunahme der staatlichen Ausgaben

auf höchstens drei Prozent zu begrenzen, sei besonders in den Ländern und Gemeinden schwierig vorzusagen. Das gelte vor allem in Wahljahren und infolge struktureller Anpassungsvorgänge. In Zukunft rechnet Stoltenberg infolge der Haushaltskonsolidierung mit einem größeren Spielraum in der Steuerpolitik. Im Gegensatz zu den Thesen von Albrecht befürwortet der Finanzminister jedoch eher eine Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer als eine Ermäßigung der Steuerlast der Unternehmen. Auf mittlere Sicht sind nach seiner Ansicht in dieser Richtung im nächsten Jahr Entscheidungen notwendig. Bei der Veräußerung der Beteiligungen des Bundes an Unternehmen sieht Stoltenberg, keinen Grund zum überleitenden Aktionismus. Wichtig sei aber, die Verluste dieser Unternehmen deutlich zu reduzieren.

KERNENERGIE / Bonner Forschungsprojekt in Niedersachsen

Kobalt-60-Versuche in der „Asse“

E. NITSCHKE, Hannover Rund eine Million Fässer mit schwach- oder mittelradioaktiven Abfällen könnten noch in das ehemalige Salzbergwerk der Schachtanlage „Asse“ im Landkreis Wolfenbüttel eingelagert werden - wenn das als Vorbedingung dafür notwendige „Planungs-Feststellungsverfahren“ wirklich eingeleitet wird. Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH in München mit ihrem Institut für Tiefenlagerung (ITL) in Braunschweig erwartet in den nächsten Wochen die Lieferung von Kobalt-60-Strahlenquellen für die „Asse“ zur Simulation einer Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in Stein-salzformationen. Nachdem bis zum Auslaufen der Einlagerungsgenehmigungen Ende 1978 in dem alten, seit 1906 entstandenen Bergwerk 124 500 Fässer schwach- und 1300 Fässer mittelradioaktiver Fässer zur Forschungszwecken eingelagert wurden, müs-

sen die bundeseigenen Forschungseinrichtungen nun den rechnerischen Nachweis für die Standfestigkeit der Grube erbringen. Es handelt sich um über 100 Abbaubauern im Alter von 10 bis 100 Jahren im Bereich von 15 Sohlen zwischen 490 und 800 Meter Tiefe. Diese Kammern repräsentieren ein Hohlräumvolumen von rund 3,5 Mill. Kubikmetern. An vielen Stellen und in jeder Tiefe finden zur Test Messungen verschiedener Art statt. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie finanziert alle Unternehmen hundertprozentig. Die staatlichen Ausgaben für die nukleare Entsorgung und damit zusammenhängende Projektförderung betragen jährlich rund 300 Millionen Mark. Seit die Programme 1960 an liefen, wurden vom Staat etwa 2,5 Milliarden Mark dafür ausgegeben. Die leitenden Männer der „Asse“ sind sich sicher: „Den geforderten Nachweis werden wir führen können.“ Zahlen und Fakten dafür müs-

ten, wenn alles nach Plan laufen soll, bis Ende 1983 vorliegen. Die gleichzeitige Einwirkung von Wärme und Radioaktivität auf Salzgestein konnte bisher innerhalb der Forschungsbereichen noch nicht durchgeführt werden, weil es einfach in Deutschland noch nicht genug hochradioaktives Material, als zylinderförmige Glaskörper eingeschweißt in Edelstahlbehälter, gibt. Nachdrücklich wird für die „Asse“, ein Salzstock von sieben Kilometer Länge und 600 Meter Breite, Erdbereichsicherheit betont. Der „Größte anzunehmende Unfall“ (GaU) sei ein rein theoretischer möglicher Wassereintritt, bei dem Radioaktivität in einer mit Steinsalz gesättigten Lösung in rund 10 000 Jahren „eine Distanz von einigen hundert Metern“ zurücklegte. Das Ersinken des wesentlichen größeren Salzstocks von Gorleben könne als „noch viel unwahrscheinlicher“ angesehen werden.

US-AUSSENHANDEL

Die Leistungsbilanz rutscht immer tiefer ins Minus

H.A. SIEBERT, Washington Auch außenwirtschaftlich rutschen die USA immer tiefer in die roten Zahlen. Nach der europäischen Cif-Rechnung überstieg das Defizit in der Handelsbilanz in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 33,6 Milliarden Dollar, verglichen mit 19 Milliarden Dollar in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres. Wie Handelsminister Malcolm Baldrige in Washington erklärte, ist ein neuer Rekordpassivsaldo von etwa 70 (1982: 42,7) Milliarden Dollar für 1983 kaum noch abzuwenden. Laut Baldrige fällt das amerikanische Warendefizit 1984 noch viel höher - vermutlich 100 Milliarden Dollar - aus, „wenn sich die Bedingungen nicht ändern“. Ähnlich düster ist seine Prognose für die Leistungsbilanz. Er veranschlagt dieses Minus für 1983 auf 30 Mrd. Dollar, mit steigender Tendenz im kommenden Jahr. Auf der Einfuhrseite macht den USA der stark überbewertete Dollar zu schaffen, der ausländische Erzeugnisse für amerikanische Käufer erheblich verbilligt. Im Juli nahmen die Importe gegenüber dem Vormonat wertmäßig um 4,7 Prozent auf rund 23 Milliarden Dollar zu. Seit Januar erhöhten sie sich um 1,1 Prozent auf 149,3 Milliarden Dollar. Klammert man jedoch die ausländischen Öllieferungen aus, dann kam es zu einer regelrechten Einfuhrexplosion: Die Zunahme betrug 3,6 beziehungsweise 18,3 Prozent, verglichen mit dem schwachen vierten Quartal 1982.

Der kräftige Importschub zeigt das flote konjunkturelle Wachstumstempo in Amerika, das bisher von einer wachsenden Verbrauchernachfrage und steigenden Realeinkommen getragen wurde. Außerdem sind die Lagerbestände in den USA auf ein Rekordtief gesunken, während die Industrieproduktion seit November um 10,2 Prozent zugenommen hat. Das heißt, die preiswerten ausländischen Waren sind notwendige Lückenfüller, die zudem die Inflationsrate niedrig halten. Anders sieht es auf der Exportseite aus. Im Juli sanken die US-Ausfuhren um 2,2 Prozent auf 16,6 und seit Januar um zehn Prozent auf 115,7 Milliarden Dollar, und zwar in der Hauptsache wegen des geringen Wirtschaftswachstums in den anderen Industriestaaten und in den Entwicklungsländern. Wie ein Sprecher des Ministeriums betonte, stellt der Dollar in dieser Phase keine entscheidende Bremse dar, wobei auch die geringe Preiselastizität amerikanischer Exportprodukte mitspielt. Die US-Ausfuhren in die acht am höchsten verschuldeten lateinamerikanischen Länder sind im ersten Halbjahr 1983 von 14,4 auf 9,1 Milliarden Dollar geschrumpft. Ein amerikanischer Überschuss von 377 Millionen veränderte sich in ein Defizit von 6,3 Milliarden Dollar. Folgt man Baldrige, dann ist der gefährdete Handel mit der Dritten Welt „der eigentliche Preis, den Amerika für die hohen Zinsen und den starken Dollar zahlen muß“.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Großanlagenbau rechnet mit Auftragseinbruch

Frankfurt (dpa/WVD) - Mit einem besorgniserregenden Einbruch haben die in den letzten Jahren eher an größere Aufträge gewohnten Industrieanlagenbauer für 1983 zu rechnen. In diesem Sinne äußerte sich der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt. Der Orderertrag der Branche betrug im ersten Halbjahr 1983 nur 6,7 Milliarden Mark. Für die letzten zwölf Monate ergibt sich damit ein Gesamtauftragseingang von 14,7 Milliarden Mark, 41 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die desolatte Verfassung der Weltmärkte führte, wie der Verband betont, zu einem überproportionalen Rückgang des Auslandsgeschäfts. Sein Anteil ging in der Berichtszeit von 73 auf 54 Prozent zurück. Großaufträge über 200 Millionen Mark seien 1983 noch nicht an deutsche Firmen vergeben worden. Die deutschen Anbieter leiden - dem VDMA zufolge - wegen des hohen inländischen Kostenniveaus besonders stark unter der internationalen Konkurrenz.

zwar dadurch der Pflanzenschutzumsatz von Schering verdoppelt, der Wettbewerb werde jedoch trotz der starken Marktposition nicht gefährdet, weil noch größere Konkurrenten wie Bayer, Ciba-Geigy und andere Konzerne auf dem Weltmarkt vertreten seien. Im vergangenen Jahr hatte Schering einen Pflanzenschutz-Jahresumsatz von 634 Mill. DM.

Enrofer: Noch keine Einigung

Brüssel (dpa/WVD) - Auf ihrer ersten Sitzung nach der Stahlquoten-Entscheidung der EG-Kommission vom 25. Juli haben sich die Mitgliedsunternehmen des EG-Stahldachverbandes Enrofer in Brüssel nicht über die Umsetzung der neuen Modalitäten in ihr verbandinternes Abkommen einigen können. Nach Angaben eines Enrofer-Sprechers wollen die Spitzenvertreter der 15 größten europäischen Stahlwerke am 30. September erneut zusammenkommen.

Neuer Ladenschluss?

Bonn (Rel.) - Die Einkaufsmöglichkeiten rund um die Uhr durch die Einführung von Bildschirmtext (Btx) veranlassen die FDP, die Diskussion über die Ladenschließzeiten neu zu beleben. Die verbraucherpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Ursula Seiler-Albring, weist darauf hin, daß besonders die Klein- und Mittelbetriebe des Handels jetzt vor der Entscheidung stünden, ob sie in das neue System einsteigen oder ihre Läden länger geöffnet halten könnten. Diese Frage müsse ganz schnell geklärt werden.

Kartellamt: Keine Einwände

Berlin (Wz.) - Das Bundeskartellamt wird den Erwerb der britischen FBC Ltd. Hauxton/Cambridge, durch die Schering AG nicht beanstanden. Mitte Juli hatte Schering von den beiden Muttergesellschaften Fisons PLC und The Boots PLC die Pflanzenschutz-Tochtergesellschaft übernommen. Wie das Amt mitteilt, habe sich

Frankfurt (AFP) - Die Commerzbank hat eine 100-Millionen-Mark-Anleihe für Indonesien arrangiert, die bereits fest platziert ist. Marktteilnehmer vermuten, daß die Anleihe an die „Arab Banking Corp.“ gegangen ist, die in der letzten Woche über die Commerzbank 100 Millionen Mark auf fünf Jahre zu acht Prozent Zins und 100 Prozent Ausgabekurs aufgenommen hatte.

VERTRIEBS-KOOPERATION

UNSER KLIENT IST EIN SEHR ANGESEHENES MARKENARTIKELUNTERNEHMEN, DAS IN DER HYGIENE- UND KÖRPERPFLEGE-BRANCHE MIT FÜHRENDEN MARKEN ERFOLGREICH OPERIERT. ZUR BESSEREN AUSLASTUNG DER MARKETING- UND VERTRIEBS-KAPAZITÄTEN WIRD EIN GUT EINGEFÜHRTES PRODUKT ODER PRODUKT-PROGRAMM ZUM VERTRIEB GESUCHT.

DER HEUTIGE VERTRIEB ARBEITET MIT APOTHEKEN, DROGERIEN, PARFÜMERIEN, KAUFHÄUSERN UND DROGERIEMÄRKTEN ZUSAMMEN, ABER AUCH DIE GROSSFORMEN DES LEBENSMITTELHANDELS WERDEN DIREKT BESUCHT.

DIE SERIOSITÄT SOWIE DER ERFOLG DES UNTERNEHMENS STEHEN AUSSER FRAGE, DIE MÖGLICHKEITEN DER ZUSAMMENARBEIT KÖNNEN VIELGESTALTIG SEIN. FÜR DIE ABSOLUT VERTRAULICHE BEHANDLUNG ALLER ANFRAGEN VERBÜRGE ICH MICH. BITTE SPRECHEN SIE MICH DIREKT AN.

LEONARD DIEPENBROCK
MARKETING CONSULTANTS
GRÜNDGENSSTRASSE 20 2000 HAMBURG 60
TELEFON 040/630 90 81 TELEX 2174557

SIEMENS

Neuer programmierbarer Herzschrittmacher von Siemens

Stockholm, Oktober '83.

Der größte Hersteller der Welt von elektromedizinischen Geräten stellt mit dem Dialog-Schrittmacher-System eines der modernsten therapeutischen Hilfsmittel vor – jetzt auch mit diagnostischen Möglichkeiten.

Das neue Dialogsystem – 25 Jahre nach dem weltweit ersten implantierten Herzschrittmacher von Siemens – besteht aus dem Herzschrittmacher selbst und einem Programmiergerät. Ohne chirurgischen Eingriff kann der Arzt mit dem implantierten Herzschrittmacher in Dialog treten. Mit Hilfe des Programmiergerätes kann einerseits der Schrittmacher auf die Bedürfnisse des Patienten programmiert werden, andererseits können wichtige Daten abgefragt werden, die der Schrittmacher während seiner Funktionszeit gemessen und gespeichert hat. Dieses Dialog-System eröffnet dem Arzt jetzt ganz neue Möglichkeiten, Diagnose und Therapie optimal aufeinander abzustimmen.

Ausführliche klinische Studien haben erwiesen, daß der Siemens-Herzschrittmacher in den meisten Fällen eine Senkung der Ausgangsspannung zuläßt. Dies verlängert die Betriebszeit, die Abstände zwischen den unvermeidbaren Eingriffen zum Wechsel des Schrittmachers vergrößern sich erheblich.

Der im Dialog programmierbare Herzschrittmacher ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran.
Siemens.

AUSSENHANDEL / Die negativen Folgen der Dollar-Hausse überwiegen

Boom für Pariser Mode in den USA

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Champagner, Cognac und teure Bordeaux-Weine finden neuerdings reißenden Absatz in den Vereinigten Staaten. Jetzt jubelt auch die Pariser Haute Couture. Mehr als die Hälfte aller Modellkleider der letzten Kollektion kauften die Amerikaner. Schon im ersten Halbjahr war deshalb der Umsatz der 20 Modehäuser um 40 Prozent auf 1,5 Milliarden Franc beziehungsweise 0,5 Milliarden Mark gestiegen. Einschließlich Parfüm, modischem Zubehör und dem internationalen Lizenzgeschäft werden sie dieses Jahr mehr als 10 Milliarden Franc umsetzen (1982 waren es bereits 9,3 Mrd. Franc).

Bei Moët, Martell, Rothschild, Dior und anderen Größen des Luxusgeschäfts reißt man sich die Hände. Denn die Dollar-Hausse bringt nicht nur spektakuläre Umsätze, sondern ebenso Gewinn. Die Kaufkraft der reichen Amerikaner und Amerikanerinnen hat sich, in Franc ausge-

drückt, binnen Jahresfrist verdoppelt, heißt es in Paris.

Insgesamt profitiert die französische Exportwirtschaft von dem Dollar-Segen allerdings in geringerem Maße als etwa die deutsche. Der Vorsprung Frankreichs im Luxus- und Modebereich wird durch das sehr viel breitere gestreute Angebot der durchweg sehr gut eingeführten Industrieerzeugnisse aus der Bundesrepublik mehr als ausgeglichen. Zwar hat sich die Mark gegenüber dem Dollar nicht so stark entwertet wie der Franc. Dafür aber sind die französischen Preise und Kosten erheblich stärker gestiegen als die deutschen.

Ein grundsätzliches Handicap gegenüber der deutschen wie japanischen Konkurrenz auf dem amerikanischen Markt besteht für die französische Industrie darin, daß sie in den Jahren des billigen Dollars nicht genügend in den USA investiert hat – ausgenommen Renault, Michelin, Lafarge und Bic. Auch ist Frankreich dem amerikanischen Protektionismus verhältnismäßig stark ausge-

setzt. Der einfuhrbeschränkte Stahl ist der zweitgrößte Aktivposten im Warenverkehr mit den USA.

Für 1982 konnte Frankreich die Dollar-Hausse nicht voll nutzen. Obwohl sie im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Franc 21 Prozent erreicht hatte, nahm die französische Gesamtausfuhr in die USA nur um 13 Prozent zu. Immerhin aber verbesserte sich die Deckung der französischen Einfuhren aus den USA durch Ausfuhren von 56 Prozent 1981 und 57 Prozent 1982 auf 75 Prozent im zweiten Quartal 1983.

Andererseits hat Frankreich bei der Einfuhr stärker als die Bundesrepublik unter der Dollar-Hausse zu leiden. Denn gut zwei Drittel seiner Importe müssen in Dollar bezahlt werden. Nicht zuletzt aber sind die in den letzten Jahren stark gestiegenen französischen Auslandsschulden fast ausschließlich in Dollar zu verzinsen und zu tilgen. Damit bringt die Dollar-Hausse für Frankreich per saldo mehr Nachteile als Vorteile.

Zahlungsaufschub für Brasilien

DW/APF/VWD, Basel
Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, gewährt Brasilien einen neuen Zahlungsaufschub für heute fällige 406 Millionen Dollar. Wie die BIZ mitteilt, besteht man nicht auf Einhaltung des Termins. Die fälligen 406 Millionen Dollar sind Teil eines Überbrückungskredits über 1,45 Milliarden Dollar an Brasilien.

Die Entscheidung der BIZ, einen weiteren Zahlungsaufschub zu gewähren, ist auf Fortschritte in den Verhandlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Brasilien zurückzuführen. Diese könnten nach Angaben aus New Yorker Bankkreisen noch in dieser Woche mit der Unterzeichnung einer festen Zusage des Landes über neue wirtschafts- und währungspolitische Sanierungsmaßnahmen zu Ende gehen. Damit wäre der Weg für die Freigabe gesperrter Kredit-Aussahlungen geebnet.

Ende August beliefen sich die von Brasilien nicht bezahlten Importrechnungen auf 1,9 Milliarden Dollar. Sie lagen damit um rund 500 Millionen höher als Ende Juli. Dies wurde aus brasilianischen Finanzkreisen in Rio de Janeiro bekannt. Seit dem 29. Juli werden Devisenzahlungen für die Importe ausschließlich von der Staatsbank genehmigt.

Gaspreis-Senkung weitergegeben

Bm. Essen
Mit einer erneuten Reduzierung der Bezugspreise für Ferngas rechnet die Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz. Vorlieferant ist die Ruhrgas AG, die bereits zum 1. April den Preis um 0,6 Prozent zurückgenommen hat. Die Verwaltung des Unternehmens erläutert in ihrem Geschäftsbericht, daß sie den Preisnachlaß voll an die Bezieher des Gases weitergeben wird. Die Energieversorgung Mittelrhein hat im Geschäftsjahr 1982 die Zahl ihrer Kunden um 3200 erhöhen können. Dennoch sank der Gasabsatz von 3,82 auf 3,43 Mrd. Kilowattstunden. Begründet wird der Rückgang mit der Konjunkturlaute bei den Gewerbe- und Industriekunden.

Die Finanzierung der Investitionen auch im Bereich von Strom- und Wasserversorgung machte eine Kapitalerhöhung um 10 auf 40 Mrd. DM erforderlich. Nach Einstellung von 3,6 Mrd. DM in die Rücklage wurden 4,33 (3,0) Mrd. DM auf das erhöhte Stammkapital ausgeschüttet. Der Umsatz der EVM erhöhte sich im Berichtsjahr auf 240 (207) Mrd. Mark. Aus dem Gasgeschäft allein stammten 89 Prozent des Umsatzes. Investiert wurden im Berichtsjahr 28 Mrd. Mark, die zu 68 Prozent aus Abschreibungen und Abgängen aus Sachanlagen finanziert wurden.

Für die nächsten Monate erwartet die Regierung eine Abschwächung

GROSSBRITANNIEN / Gewerkschaften tagen

Für kürzere Arbeitszeit

WILHELM FURLER, London
Die britischen Gewerkschaften werden sich in der nach der Sommerpause beginnenden neuen Tarifrunde in erster Linie auf die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit konzentrieren. Auf dem in der nächsten Woche beginnenden Jahreskongress des Gewerkschafts-Dachverbandes TUC in Blackpool wird diesem Punkt besondere Priorität eingeräumt.

Als erste Gewerkschaft wird sich die der Maschinenbauer in den anstehenden Kollektivverhandlungen für eine Reduzierung der Arbeitszeit von gegenwärtig 39 Stunden pro Woche einsetzen. Terry Duffy, Präsident der britischen Maschinenbauer-Gewerkschaft, ist einer der führenden Verfechter der Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit vor allem durch eine Arbeitszeit-Reduzierung effektiv bekämpft werden könnte.

Als Vorbild weniger für die Aufstellung der These selbst, als vielmehr für die Art und Weise, sie durchzusetzen, dient der Führung der britischen Gewerkschaftsorganisation ganz offensichtlich der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB. So traf sich erst im Juli eine hochkarätige britische Gewerkschaftsdelegation in Deutschland mit der DGB-Führung, um die von der deutschen Schwester-

organisation koordiniert betriebenen Tarif-Verhandlungs-Strategie zu studieren. Sie ist in Großbritannien bisher nicht üblich, weil alle 120 Einzel-Gewerkschaften ihre eigenen Kollektivverhandlungen führen.

Die Arbeitgeber-Organisation CBI hat sich auf die Forderungen nach einer weiteren Arbeitszeit-Verkürzung eingerichtet. Sie wies auf die Gefahr hin, die eine kürzere Arbeitswoche angesichts der unveränderten schwachen Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft im Vergleich zu den führenden Konkurrenzländern für viele Unternehmen bedeuten würde.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Mitgliederzahl der in der Dachorganisation TUC zusammengefaßten Gewerkschaften bis Ende dieses Jahres auf zehn Millionen und damit auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gefallen sein wird. Nach vier Jahren lautete die Rekord-Mitgliederzahl 12,2 Millionen. Der größte Teil des Mitgliederchwunds geht auf die hohe Arbeitslosigkeit zurück. Aber auch der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist zwischen 1979 und heute von 53 auf 50,8 Prozent gefallen, die niedrigste Quote seit 1975.

FRANKREICH / Preisauftrieb beschleunigt

Stabilitätsziel in Gefahr

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französischen Lebenshaltungskosten sind im Juli stärker als erwartet gestiegen. Nach 0,6 und 0,7 Prozent in den beiden Vormonaten erhöhten sie sich um 0,9 Prozent gegenüber einer vorläufigen amtlichen Schätzung von 0,8 – 0,9 Prozent. Damit dürfte die Regierung ihr Ziel, die Inflationsrate in diesem Jahr auf 8 Prozent zu begrenzen, kaum noch erreichen können.

Bereits für die ersten sieben Monate kumuliert sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 6,2 Prozent. Gegenüber Juli 1982 erreichte die Teuerungsrate 9,4 Prozent nach 8,8 Prozent im Jahresvergleich des Vormonats. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Regierung zum 1. Juli 1982 die Preise für vier Monate blockiert hatte.

Andererseits waren im letzten Monat die reglementierten Mieten und die Tabaksteuern erhöht worden, wodurch der Index mit 0,1 belastet wurde. Tendenziell war damit die Entwicklung weniger ungünstig als sie erscheint. Für die letzten drei Monate ergibt sich auf das Jahr gerechnet eine Teuerungsrate von 8,8 Prozent.

Für die nächsten Monate erwartet die Regierung eine Abschwächung

des Preisauftriebs infolge ihrer Restriktions-Politik. Auch sollen bis zum Jahresende die öffentlichen Tarife (mit Ausnahme der Strompreise) nicht mehr erhöht werden, teilt das Wirtschaftsministerium mit. Damit soll die monatliche Teuerungsrate auf 0,4–0,5 Prozent gedrikt werden.

Die nationalen wie internationalen Konjunkturinstitute sagen Frankreich eine Verlangsamung des Inflationsstrends voraus. Allerdings wird der Preisanstieg weiterhin erheblich stärker sein als in den meisten anderen westlichen Industriestaaten. Im Jahresvergleich Juli betrug die Inflationsrate in Japan 1,3 Prozent, in den USA 2,4 Prozent und in der Bundesrepublik 3 Prozent.

In ihrer jüngsten Prognose hatte die OECD Frankreich eine Verminderung der Inflationsrate von 10,9 Prozent 1982 auf 9 Prozent 1983 und 7½ Prozent 1984 vorausgesagt. Damit würde eine gewisse Annäherung an die von 7,5 auf 5½ und 6 Prozent bezifferte OECD-durchschnittliche Teuerungsrate erzielt werden. Der Bundesrepublik wird für dieses und das nächste Jahr eine Teuerung von nur je 3 Prozent nach 5,3 Prozent 1982 in Aussicht gestellt.

ITALIEN / Iri, Eni und Efim haben hohe Verluste und beträchtliche Schulden

Staatskonzerne werden reorganisiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienischen Staatsholdings werden in Zukunft ihre Führungsfunktionen wieder verstärkt selbst ausüben, die in den letzten Jahren an die Bereichsholding delegiert wurden. Erzwungen wird die neue Konzernpolitik durch die Notwendigkeit umfassender Rationalisierungsmaßnahmen und von Kooperationen mit in- und ausländischen Unternehmen. Vorgesehen ist auch eine direkte Kontrolle der ausländischen Finanzgesellschaften.

Im einzelnen wird unter anderem der staatliche Energiekonzern Eni die Planung der Erdgas- und Erdölversorgung künftig in eigener Regie betreiben und nicht mehr wie bisher über seine Mineralöltochter Agip.

Diese wird nur noch mit der Durchführung der Versorgungspolitik betraut bleiben. Um ihren Einfluß auf die Geschäftsführung der einzelnen Betriebsführungsgesellschaften zu sichern, wird die Staatsholding Iri in den kommenden Monaten ihre direkte Beteiligung an diesen Unternehmen erheblich ausbauen. In Betracht kommen dabei vor allem die sogenannten „strategischen“ Bereiche

wie das Nachrichtenwesen und die Elektronik, auf die Iri in den nächsten Jahren zwei Drittel ihrer Industrieinvestitionen konzentrieren will.

Ausgangspunkt der Neuordnung, die im September mit der Verabschiedung der ersten Reorganisationspläne ihren konkreten Anfang nehmen wird, sind die anhaltend hohen Verluste und die starke Verschuldung der meisten Staatsbetriebe. Mit einer gestrafften Führung, verschärfter Rationalisierung und dem Verkauf bzw. der Stilllegung nicht mehr rentabler Betriebe sollen diese Handicaps beseitigt oder gemildert werden.

Im Jahre 1982 verloren die von den drei Staatsholdings Iri, Eni und Efim kontrollierten Unternehmen insgesamt 4688 Milliarden Lire (8,2 Milliarden Mark) bei einem Gesamtumsatz von 83 500 Milliarden Lire. Davon entfielen 287 Milliarden Lire (Umsatz 37 800 Milliarden Lire) auf die Iri-Gruppe, 1626 Milliarden Lire (Umsatz 42 000 Milliarden Lire) auf den Staatskonzern Eni und 390 Milliarden Lire (Umsatz 3700 Milliarden Lire) auf Efim.

Eine besonders dramatische Verschlechterung erfuhr die Finanzsituation von Eni. In diesem Fall stieg der Nettoverlust gegenüber 1981 um 1361 Milliarden Lire, während sich die Verschuldung auf rund 20 000 Milliarden Lire fast verdoppelte. Ursache dafür war vor allem die Übernahme von Verlustbetrieben in der Chemie und Petrochemie, zu der Eni auf Grund von Regierungsbeschlüssen gezwungen wurde. Insgesamt erreichten die Verbindlichkeiten der drei Staatsholdings Ende 1982 mehr als 58 000 Milliarden Lire.

Die von den Staatsholdings kontrollierten Unternehmen beschäftigen derzeit zusammen etwa 710 000 Personen. Davon entfallen 535 000 auf die Iri-Gruppe, 122 000 auf den Energiekonzern Eni und 42 000 auf Efim. Unter der Staatsholding Iri sind sowohl Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (Banken), im Verkehrswesen (Luftfahrtverkehrsgesellschaft Alitalia) und Reederei (Finmare) als auch das Nachrichten- und Kommunikationswesen (die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI und die Telefongesellschaft Sip) zusammengefaßt.

[illegible]

Lustlose Ultimo-Börse

Abgabeneigung ließ nach - aber Druck auf deutsche Bankaktien
 DW. - Auf dem Aktienmarkt blieb die Gaskraftlosigkeit auch am Dienstag schleppend. Wenn sich die Kurse insgesamt besser behaupten konnten als am Wochenende, dann lag dies einmal an der abfließenden Realisationsneigung, zum anderen aber auch an vorsichtiger Meinungsäußerung, durch die das herauskommende Material in der Nähe der bisherigen Börsenkreise schreibt man einen Teil der herrschenden Lustlosigkeit dem Monatsultimo zu. Nach sehr schlechtem Verlauf, so hofft man, mit dem neuen Anlageklima wird man zu rechnen. Besseres Klima wäre vor allem für die BASF-Kapitalerhöhung wichtig. Der Bezugserhalt beginnt am kommenden Montag. Seit Bekanntgabe der Konditionen der BASF-Kurs um rund 13 DM auf 146,30 DM gefallen. Autowerte konnten den gestiegenen Teil der am Freitag erlittenen Einbußen wieder aufholen. Nur knapp behauptet lagen VW-Aktien wegen der als enttäuschend empfundenen Halbjahresbilanz des Volkswagenwerk Unternehmens. Größte Zurechnung weiterhin gegenüber Maschinenbauaktien.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas erhöht sich um 2 DM auf 119 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war am Dienstag auf einigen Marktbörsen leicht erholter. Andererseits mußten aber weitere kleine Verluste hingenommen werden. Krauss-Maffei erlitten sich um 50 DM auf 2450 DM, dagegen konnte sich Kupferberg um 10 DM auf 660 DM erholen. Audi-NSU gaben um 10 DM auf 255 DM und Parkbaurer Pirmasens um 10 DM auf 430 DM nach.

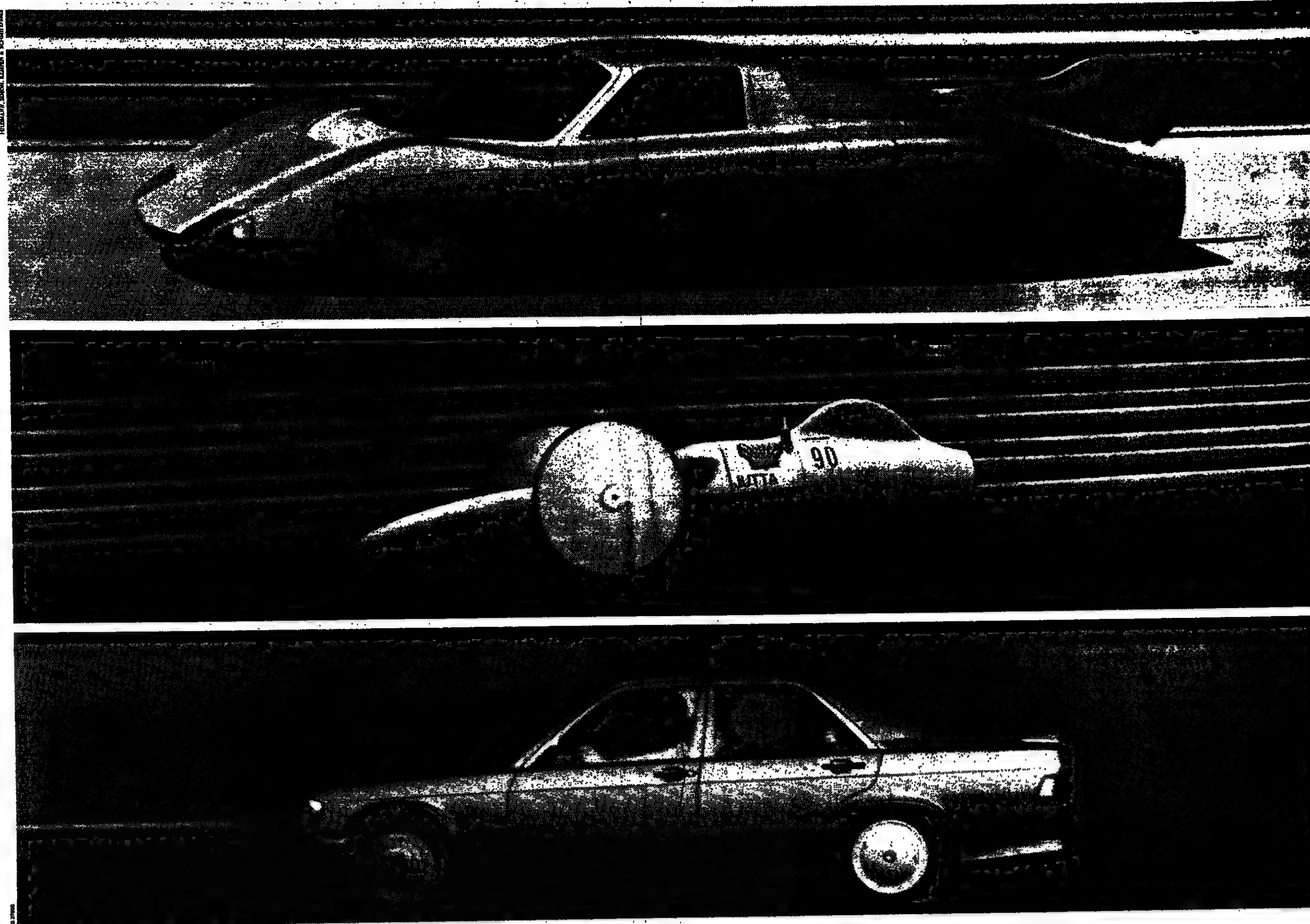
Hamburg: Die Versorgungsunternehmen lagen fast unverändert. HEW mit 96,50 DM minus 0,50 DM und NWK mit 163 DM auf Vortagebasis. Conti Gummi behaupteten sich ebenfalls. Phoenix gaben um 0,50 DM auf 308 DM minus 1 DM auf 307 DM. Rhenus gab um 5 DM auf 250 DM auf 88,50 DM. Rhenus gab um 5 DM auf 250 DM auf 88,50 DM. Rhenus gab um 5 DM auf 250 DM auf 88,50 DM.

Berlin: Berliner Kindl erlitten sich um 5,50 DM und Spandau um 4,50 DM. Herlitz Vorräte gaben um 2 DM und Herlitz Vorräte um 1 DM nach. Oresten bröckelten um 0,50 DM ab.

Nachbörse: lustlos

Kursnotiz am 30. August 1983

AGC 146,7-147,7-148,7-149,7-150,7-151,7-152,7-153,7-154,7-155,7-156,7-157,7-158,7-159,7-160,7-161,7-162,7-163,7-164,7-165,7-166,7-167,7-168,7-169,7-170,7-171,7-172,7-173,7-174,7-175,7-176,7-177,7-178,7-179,7-180,7-181,7-182,7-183,7-184,7-185,7-186,7-187,7-188,7-189,7-190,7-191,7-192,7-193,7-194,7-195,7-196,7-197,7-198,7-199,7-200,7-201,7-202,7-203,7-204,7-205,7-206,7-207,7-208,7-209,7-210,7-211,7-212,7-213,7-214,7-215,7-216,7-217,7-218,7-219,7-220,7-221,7-222,7-223,7-224,7-225,7-226,7-227,7-228,7-229,7-230,7-231,7-232,7-233,7-234,7-235,7-236,7-237,7-238,7-239,7-240,7-241,7-242,7-243,7-244,7-245,7-246,7-247,7-248,7-249,7-250,7-251,7-252,7-253,7-254,7-255,7-256,7-257,7-258,7-259,7-260,7-261,7-262,7-263,7-264,7-265,7-266,7-267,7-268,7-269,7-270,7-271,7-272,7-273,7-274,7-275,7-276,7-277,7-278,7-279,7-280,7-281,7-282,7-283,7-284,7-285,7-286,7-287,7-288,7-289,7-290,7-291,7-292,7-293,7-294,7-295,7-296,7-297,7-298,7-299,7-300,7-301,7-302,7-303,7-304,7-305,7-306,7-307,7-308,7-309,7-310,7-311,7-312,7-313,7-314,7-315,7-316,7-317,7-318,7-319,7-320,7-321,7-322,7-323,7-324,7-325,7-326,7-327,7-328,7-329,7-330,7-331,7-332,7-333,7-334,7-335,7-336,7-337,7-338,7-339,7-340,7-341,7-342,7-343,7-344,7-345,7-346,7-347,7-348,7-349,7-350,7-351,7-352,7-353,7-354,7-355,7-356,7-357,7-358,7-359,7-360,7-361,7-362,7-363,7-364,7-365,7-366,7-367,7-368,7-369,7-370,7-371,7-372,7-373,7-374,7-375,7-376,7-377,7-378,7-379,7-380,7-381,7-382,7-383,7-384,7-385,7-386,7-387,7-388,7-389,7-390,7-391,7-392,7-393,7-394,7-395,7-396,7-397,7-398,7-399,7-400,7-401,7-402,7-403,7-404,7-405,7-406,7-407,7-408,7-409,7-410,7-411,7-412,7-413,7-414,7-415,7-416,7-417,7-418,7-419,7-420,7-421,7-422,7-423,7-424,7-425,7-426,7-427,7-428,7-429,7-430,7-431,7-432,7-433,7-434,7-435,7-436,7-437,7-438,7-439,7-440,7-441,7-442,7-443,7-444,7-445,7-446,7-447,7-448,7-449,7-450,7-451,7-452,7-453,7-454,7-455,7-456,7-457,7-458,7-459,7-460,7-461,7-462,7-463,7-464,7-465,7-466,7-467,7-468,7-469,7-470,7-471,7-472,7-473,7-474,7-475,7-476,7-477,7-478,7-479,7-480,7-481,7-482,7-483,7-484,7-485,7-486,7-487,7-488,7-489,7-490,7-491,7-492,7-493,7-494,7-495,7-496,7-497,7-498,7-499,7-500,7-501,7-502,7-503,7-504,7-505,7-506,7-507,7-508,7-509,7-510,7-511,7-512,7-513,7-514,7-515,7-516,7-517,7-518,7-519,7-520,7-521,7-522,7-523,7-524,7-525,7-526,7-527,7-528,7-529,7-530,7-531,7-532,7-533,7-534,7-535,7-536,7-537,7-538,7-539,7-540,7-541,7-542,7-543,7-544,7-545,7-546,7-547,7-548,7-549,7-550,7-551,7-552,7-553,7-554,7-555,7-556,7-557,7-558,7-559,7-560,7-561,7-562,7-563,7-564,7-565,7-566,7-567,7-568,7-569,7-570,7-571,7-572,7-573,7-574,7-575,7-576,7-577,7-578,7-579,7-580,7-581,7-582,7-583,7-584,7-585,7-586,7-587,7-588,7-589,7-590,7-591,7-592,7-593,7-594,7-595,7-596,7-597,7-598,7-599,7-600,7-601,7-602,7-603,7-604,7-605,7-606,7-607,7-608,7-609,7-610,7-611,7-612,7-613,7-614,7-615,7-616,7-617,7-618,7-619,7-620,7-621,7-622,7-623,7-624,7-625,7-626,7-627,7-628,7-629,7-630,7-631,7-632,7-633,7-634,7-635,7-636,7-637,7-638,7-639,7-640,7-641,7-642,7-643,7-644,7-645,7-646,7-647,7-648,7-649,7-650,7-651,7-652,7-653,7-654,7-655,7-656,7-657,7-658,7-659,7-660,7-661,7-662,7-663,7-664,7-665,7-666,7-667,7-668,7-669,7-670,7-671,7-672,7-673,7-674,7-675,7-676,7-677,7-678,7-679,7-680,7-681,7-682,7-683,7-684,7-685,7-686,7-687,7-688,7-689,7-690,7-691,7-692,7-693,7-694,7-695,7-696,7-697,7-698,7-699,7-700,7-701,7-702,7-703,7-704,7-705,7-706,7-707,7-708,7-709,7-710,7-711,7-712,7-713,7-714,7-715,7-716,7-717,7-718,7-719,7-720,7-721,7-722,7-723,7-724,7-725,7-726,7-727,7-728,7-729,7-730,7-731,7-732,7-733,7-734,7-735,7-736,7-737,7-738,7-739,7-740,7-741,7-742,7-743,7-744,7-745,7-746,7-747,7-748,7-749,7-750,7-751,7-752,7-753,7-754,7-755,7-756,7-757,7-758,7-759,7-760,7-761,7-762,7-763,7-764,7-765,7-766,7-767,7-768,7-769,7-770,7-771,7-772,7-773,7-774,7-775,7-776,7-777,7-778,7-779,7-780,7-781,7-782,7-783,7-784,7-785,7-786,7-787,7-788,7-789,7-790,7-791,7-792,7-793,7-794,7-795,7-796,7-797,7-798,7-799,7-800,7-801,7-802,7-803,7-804,7-805,7-806,7-807,7-808,7-809,7-810,7-811,7-812,7-813,7-814,7-815,7-816,7-817,7-818,7-819,7-820,7-821,7-822,7-823,7-824,7-825,7-826,7-827,7-828,7-829,7-830,7-831,7-832,7-833,7-834,7-835,7-836,7-837,7-838,7-839,7-840,7-841,7-842,7-843,7-844,7-845,7-846,7-847,7-848,7-849,7-850,7-851,7-852,7-853,7-854,7-855,7-856,7-857,7-858,7-859,7-860,7-861,7-862,7-863,7-864,7-865,7-866,7-867,7-868,7-869,7-870,7-871,7-872,7-873,7-874,7-875,7-876,7-877,7-878,7-879,7-880,7-881,7-882,7-883,7-884,7-885,7-886,7-887,7-888,7-889,7-890,7-891,7-892,7-893,7-894,7-895,7-896,7-897,7-898,7-899,7-900,7-901,7-902,7-903,7-904,7-905,7-906,7-907,7-908,7-909,7-910,7-911,7-912,7-913,7-914,7-915,7-916,7-917,7-918,7-919,7-920,7-921,7-922,7-923,7-924,7-925,7-926,7-927,7-928,7-929,7-930,7-931,7-932,7-933,7-934,7-935,7-936,7-937,7-938,7-939,7-940,7-941,7-942,7-943,7-944,7-945,7-946,7-947,7-948,7-949,7-950,7-951,7-952,7-953,7-954,7-955,7-956,7-957,7-958,7-959,7-960,7-961,7-962,7-963,7-964,7-965,7-966,7-967,7-968,7-969,7-970,7-971,7-972,7-973,7-974,7-975,7-976,7-977,7-978,7-979,7-980,7-981,7-982,7-983,7-984,7-985,7-986,7-987,7-988,7-989,7-990,7-991,7-992,7-993,7-994,7-995,7-996,7-997,7-998,7-999,7-1000,7-1001,7-1002,7-1003,7-1004,7-1005,7-1006,7-1007,7-1008,7-1009,7-1010,7-1011,7-1012,7-1013,7-1014,7-1015,7-1016,7-1017,7-1018,7-1019,7-1020,7-1021,7-1022,7-1023,7-1024,7-1025,7-1026,7-1027,7-1028,7-1029,7-1030,7-1031,7-1032,7-1033,7-1034,7-1035,7-1036,7-1037,7-1038,7-1039,7-1040,7-1041,7-1042,7-1043,7-1044,7-1045,7-1046,7-1047,7-1048,7-1049,7-1050,7-1051,7-1052,7-1053,7-1054,7-1055,7-1056,7-1057,7-1058,7-1059,7-1060,7-1061,7-1062,7-1063,7-1064,7-1065,7-1066,7-1067,7-1068,7-1069,7-1070,7-1071,7-1072,7-1073,7-1074,7-1075,7-1076,7-1077,7-1078,7-1079,7-1080,7-1081,7-1082,7-1083,7-1084,7-1085,7-1086,7-1087,7-1088,7-1089,7-1090,7-1091,7-1092,7-1093,7-1094,7-1095,7-1096,7-1097,7-1098,7-1099,7-1100,7-1101,7-1102,7-1103,7-1104,7-1105,7-1106,7-1107,7-1108,7-1109,7-1110,7-1111,7-1112,7-1113,7-1114,7-1115,7-1116,7-1117,7-1118,7-1119,7-1120,7-1121,7-1122,7-1123,7-1124,7-1125,7-1126,7-1127,7-1128,7-1129,7-1130,7-1131,7-1132,7-1133,7-1134,7-1135,7-1136,7-1137,7-1138,7-1139,7-1140,7-1141,7-1142,7-1143,7-1144,7-1145,7-1146,7-1147,7-1148,7-1149,7-1150,7-1151,7-1152,7-1153,7-1154,7-1155,7-1156,7-1157,7-1158,7-1159,7-1160,7-1161,7-1162,7-1163,7-1164,7-1165,7-1166,7-1167,7-1168,7-1169,7-1170,7-1171,7-1172,7-1173,7-1174,7-1175,7-1176,7-1177,7-1178,7-1179,7-1180,7-1181,7-1182,7-1183,7-1184,7-1185,7-1186,7-1187,7-1188,7-1189,7-1190,7-1191,7-1192,7-1193,7-1194,7-1195,7-1196,7-1197,7-1198,7-1199,7-1200,7-1201,7-1202,7-1203,7-1204,7-1205,7-1206,7-1207,7-1208,7-1209,7-1210,7-1211,7-1212,7-1213,7-1214,7-1215,7-1216,7-1217,7-1218,7-1219,7-1220,7-1221,7-1222,7-1223,7-1224,7-1225,7-1226,7-1227,7-1228,7-1229,7-1230,7-1231,7-1232,7-1233,7-1234,7-1235,7-1236,7-1237,7-1238,7-1239,7-1240,7-1241,7-1242,7-1243,7-1244,7-1245,7-1246,7-1247,7-1248,7-1249,7-1250,7-1251,7-1252,7-1253,7-1254,7-1255,7-1256,7-1257,7-1258,7-1259,7-1260,7-1261,7-1262,7-1263,7-1264,7-1265,7-1266,7-1267,7-1268,7-1269,7-1270,7-1271,7-1272,7-1273,7-1274,7-1275,7-1276,7-1277,7-1278,7-1279,7-1280,7-1281,7-1282,7-1283,7-1284,7-1285,7-1286,7-1287,7-1288,7-1289,7-1290,7-1291,7-1292,7-1293,7-1294,7-1295,7-1296,7-1297,7-1298,7-1299,7-1300,7-1301,7-1302,7-1303,7-1304,7-1305,7-1306,7-1307,7-1308,7-1309,7-1310,7-1311,7-1312,7-1313,7-1314,7-1315,7-1316,7-1317,7-1318,7-1319,7-1320,7-1321,7-1322,7-1323,7-1324,7-1325,7-1326,7-1327,7-1328,7-1329,7-1330,7-1331,7-1332,7-1333,7-1334,7-1335,7-1336,7-1337,7-1338,7-1339,7-1340,7-1341,7-1342,7-1343,7-1344,7-1345,7-1346,7-1347,7-1348,7-1349,7-1350,7-1351,7-1352,7-1353,7-1354,7-1355,7-1356,7-1357,7-1358,7-1359,7-1360,7-1361,7-1362,7-1363,7-1364,7-1365,7-1366,7-1367,7-1368,7-1369,7-1370,7-1371,7-1372,7-1373,7-1374,7-1375,7-1376,7-1377,7-1378,7-1379,7-1380,7-1381,7-1382,7-1383,7-1384,7-1385,7-1386,7-1387,7-1388,7-1389,7-1390,7-1391,7-1392,7-1393,7-1394,7-1395,7-1396,7-1397,7-1398,7-1399,7-1400,7-1401,7-1402,7-1403,7-1404,7-1405,7-1406,7-1407,7-1408,7-1409,7-1410,7-1411,7-1412,7-1413,7-1414,7-1415,7-1416,7-1417,7-1418,7-1419,7-1420,7-1421,7-1422,7-1423,7-1424,7-1425,7-1426,7-1427,7-1428,7-1429,7-1430,7-1431,7-1432,7-1433,7-1434,7-1435,7-1436,7-1437,7-1438,7-1439,7-1440,7-1441,7-1442,7-1443,7-1444,7-1445,7-1446,7-1447,7-1448,7-1449,7-1450,7-1451,7-1452,7-1453,7-1454,7-1455,7-1456,7-1457,7-1458,7-1459,7-1460,7-1461,7-1462,7-1463,7-1464,7-1465,7-1466,7-1467,7-1468,7-1469,7-1470,7-1471,7-1472,7-1473,7-1474,7-1475,7-1476,7-1477,7-1478,7-1479,7-1480,7-1481,7-1482,7-1483,7-1484,7-1485,7-1486,7-1487,7-1488,7-1489,7-1490,7-1491,7-1492,7-1493,7-1494,7-1495,7-1496,7-1497,7-1498,7-1499,7-1500,7-1501,7-1502,7-1503,7-1504,7-1505,7-1506,7-1507,7-1508,7-1509,7-1510,7-1511,7-1512,7-1513,7-1514,7-1515,7-1516,7-1517,7-1518,7-1519,7-1520,7-1521,7-1522,7-1523,7-1524,7-1525,7-1526,7-1527,7-1528,7-1529,7-1530,7-1531,7-1532,7-1533,7-1534,7-1535,7-1536,7-1537,7-1538,7-1539,7-1540,7-1541,7-1542,7-1543,7-1544,7-1545,7-1546,7-1547,7-1548,7-1549,7-1550,7-1551,7-1552,7-1553,7-1554,7-1555,7-1556,7-1557,7-1558,7-1559,7-1560,7-1561,7-1562,7-1563,7-1564,7-1565,7-1566,7-1567,7-1568,7-1569,7-1570,7-1571,7-1572,7-1573,7-1574,7-1575,7-1576,7-1577,7-1578,7-1579,7-1580,7-1581,7-1582,7-1583,7-1584,7-1585,7-1586,7-1587,7-1588,7-1589,7-1590,7-1591,7-1592,7-1593,7-1594,7-1595,7-1596,7-1597,7-1598,7-1599,7-1600,7-1601,7-1602,7-1603,7-1604,7-1605,7-1606,7-1607,7-1608,7-1609,7-1610,7-1611,7-1612,7-1613,7-1614,7-1615,7-1616,7-1617,7-1618,7-1619,7-1620,7-1621,7-1622,7-1623,7-1624,7-1625,7-1626,7-1627,7-1628,7-1629,7-1630,7-1631,7-1632,7-1633,7-1634,7-1635,7-1636,7-1637,7-1638,7-1639,7-1640,7-1641,7-1642,7-1643,7-1644,7-1645,7-1646,7-1647,7-1648,7-1649,7-1650,7-1651,7-1652,7-1653,7-1654,7-1655,7-1656,7-1657,7-1658,7-1659,7-1660,7-1661,7-1662,7-1663,7-1664,7-1665,7-1666,7-1667,7-1668,7-1669,7-1670,7-1671,7-1672,7-1673,7-1674,7-1675,7-1676,7-1677,7-1678,7-1679,7-1680,7-1681,7-1682,7-1683,7-1684,7-1685,7-1686,7-1687,7-1688,7-1689,7-1690,7-1691,7-1692,7-1693,7-1694,7-1695,7-1696,7-1697,7-1698,7-1699,7-1700,7-1701,7-1702,7-1703,7-1704,7-1705,7-1706,7-1707,7-1708,7-1709,7-1710,7-1711,7-1712,7-1713,7-1714,7-1715,7-1716,7-1717,7-1718,7-1719,7-1720,7-1721,7-1722,7-1723,7-1724,7-1725,7-1726,7-1727,7-1728,7-1729,7-1730,7-1731,7-1732,7-1733,7-1734,7-1735,7-1736,7-1737,7-1738,7-1739,7-1740,7-1741,7-1742,7-1743,7-1744,7-1745,7-1746,7-1747,7-1748,7-1749,7-1750,7-1751,7-1752,7-1753,7-1754,7-1755,7-1756,7-1757,7-1758,7-1759,7-1760,7-1761,7-1762,7-1763,7-1764,7-1765,7-1766,7-1767,7-1768,7-1769,7-1770,7-1771,7-1772,7-1773,7-1774,7-1775,7-1776,7-1777,7-1778,7-1779,7-1780,7-1781,7-1782,7-1783,7-1784,7-1785,7-1786,7-1787,7-1788,7-1789,7-1790,7-1791,7-1792,7-1793,7-1794,7-1795,7-1796,7-1797,7-1798,7-1799,7-1800,7-1801,7-1802,7-1803,7-1804,7-1805,7-1806,7-1807,7-1808,7-1809,7-1810,7-1811,7-1812,7-1813,7-1814,7-1815,7-1816,7-1817,7-1818,7-1819,7-1820,7-1821,7-1822,7-1823,7-1824,7-1825,7-1826,7-1827,7-1828,7-1829,7-1830,7-1831,7-1832,7-1833,7-1834,7-1835,7-1836,7-1837,7-1838,7-1839,7-1840,7-1841,7-1842,7-1843,7-1844,7-1845,7-1846,7-1847,7-1848,7-1849,7-1850,7-1851,7-1852,7-1853,7-1854,7-1855,7-1856,7-1857,7-1858,7-1859,7-1860,7-1861,7-1862,7-1863,7-1864,7-1865,7-1866,7-1867,7-1868,7-1869,7-1870,7-1871,7-1872,7-1873,7-1874,7-1875,7-1876,7-1877,7-1878,7-1879,7-1880,7-1881,7-1882,7-1883,7-18



Jeder Weltrekord hat seine besonderen Qualitäten.

Wenn ein Mercedes einen Weltrekord aufstellt, dann hat das seinen besonderen Grund: Wir wollen testen, wie weit uns neue Ideen und Entwicklungen zu verbesserten Lösungen führen, die dann, wenn sie sinnvoll sind, in die Serie übernommen werden können.

Nehmen wir zum Beispiel den Mercedes C 111, der vor einigen Jahren nicht weniger als neun Geschwindigkeitsweltrekorde gebrochen hat, mit einem Motor, der im Prinzip heute in jedem unserer Turbo-Diesel-Modelle läuft.

Und warum?

Weil wir wissen wollten, wo die sprichwörtlichen Dieselqualitäten ihre Grenze haben – und wie weit man sie noch weiter verbessern kann, zum Beispiel durch Turbo-Abgasaufladung oder eine günstigere Aerodynamik.

* Vorbehaltlich der Anerkennung durch die F.I.A.

Ein anderer Weltrekord, bei dem es nicht um Geschwindigkeiten, sondern um Sparsamkeit ging, wurde von unseren jüngsten Mitarbeitern aufgestellt, die bei uns noch mitten in ihrer Ausbildung stehen.

Das von ihnen gebaute Gefährt verbrauchte nicht mehr als 0,0778 Liter Dieselmotorkraftstoff auf 100 km. Das hatte vorher noch niemand geschafft.

Ein Rekord, der sicher auch dazu beiträgt, die Automobilbauer unserer jungen Generation für ihre späteren Aufgaben zu begeistern und ihre Fähigkeiten herauszufordern.

Den jüngsten Weltrekord* stellte vor wenigen Wochen der neueste und sportlichste Mercedes auf: Der 190 E 2.3-16 fuhr auf einer 50.000 km-Marathon-Strecke in Nardo (Südtalien) eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 247.939 km/h.

Und warum das?

Um die Zuverlässigkeit dieses Modells, das im nächsten Jahr in Serie gehen soll, auf eine besonders harte Probe zu stellen. Um zu beweisen, daß Sportlichkeit auch erreicht werden kann, ohne dabei auf andere wichtige Tugenden eines Serienfahrzeuges zu verzichten.

Eine solche Leistung ist nur möglich, wenn alle Funktionen in sich technisch perfekt und zuverlässig sind und untereinander in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Wie bei jedem Mercedes.

Darum muß diesen Test in ähnlicher Form bei uns jeder neue Mercedes bestehen, bevor er in Serie gebaut werden darf.

Wenn wir solche Rekordfahrten machen, dann geht es uns nicht darum, Trophäen zu gewinnen, sondern Erkenntnisse.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

Bundesanleihen			
4 1/2 % 87	454	100,00	100,00
5 % 88	184	100,00	100,00
5 1/2 % 89	184	100,00	100,00
6 % 90	184	100,00	100,00
6 1/2 % 91	184	100,00	100,00
7 % 92	184	100,00	100,00
7 1/2 % 93	184	100,00	100,00
8 % 94	184	100,00	100,00
8 1/2 % 95	184	100,00	100,00
9 % 96	184	100,00	100,00
9 1/2 % 97	184	100,00	100,00
10 % 98	184	100,00	100,00
10 1/2 % 99	184	100,00	100,00
11 % 00	184	100,00	100,00
11 1/2 % 01	184	100,00	100,00
12 % 02	184	100,00	100,00
12 1/2 % 03	184	100,00	100,00
13 % 04	184	100,00	100,00
13 1/2 % 05	184	100,00	100,00
14 % 06	184	100,00	100,00
14 1/2 % 07	184	100,00	100,00
15 % 08	184	100,00	100,00
15 1/2 % 09	184	100,00	100,00
16 % 10	184	100,00	100,00
16 1/2 % 11	184	100,00	100,00
17 % 12	184	100,00	100,00
17 1/2 % 13	184	100,00	100,00
18 % 14	184	100,00	100,00
18 1/2 % 15	184	100,00	100,00
19 % 16	184	100,00	100,00
19 1/2 % 17	184	100,00	100,00
20 % 18	184	100,00	100,00
20 1/2 % 19	184	100,00	100,00
21 % 20	184	100,00	100,00
21 1/2 % 21	184	100,00	100,00
22 % 22	184	100,00	100,00
22 1/2 % 23	184	100,00	100,00
23 % 24	184	100,00	100,00
23 1/2 % 25	184	100,00	100,00
24 % 26	184	100,00	100,00
24 1/2 % 27	184	100,00	100,00
25 % 28	184	100,00	100,00
25 1/2 % 29	184	100,00	100,00
26 % 30	184	100,00	100,00
26 1/2 % 31	184	100,00	100,00
27 % 32	184	100,00	100,00
27 1/2 % 33	184	100,00	100,00
28 % 34	184	100,00	100,00
28 1/2 % 35	184	100,00	100,00
29 % 36	184	100,00	100,00
29 1/2 % 37	184	100,00	100,00
30 % 38	184	100,00	100,00
30 1/2 % 39	184	100,00	100,00
31 % 40	184	100,00	100,00
31 1/2 % 41	184	100,00	100,00
32 % 42	184	100,00	100,00
32 1/2 % 43	184	100,00	100,00
33 % 44	184	100,00	100,00
33 1/2 % 45	184	100,00	100,00
34 % 46	184	100,00	100,00
34 1/2 % 47	184	100,00	100,00
35 % 48	184	100,00	100,00
35 1/2 % 49	184	100,00	100,00
36 % 50	184	100,00	100,00
36 1/2 % 51	184	100,00	100,00
37 % 52	184	100,00	100,00
37 1/2 % 53	184	100,00	100,00
38 % 54	184	100,00	100,00
38 1/2 % 55	184	100,00	100,00
39 % 56	184	100,00	100,00
39 1/2 % 57	184	100,00	100,00
40 % 58	184	100,00	100,00
40 1/2 % 59	184	100,00	100,00
41 % 60	184	100,00	100,00
41 1/2 % 61	184	100,00	100,00
42 % 62	184	100,00	100,00
42 1/2 % 63	184	100,00	100,00
43 % 64	184	100,00	100,00
43 1/2 % 65	184	100,00	100,00
44 % 66	184	100,00	100,00
44 1/2 % 67	184	100,00	100,00
45 % 68	184	100,00	100,00
45 1/2 % 69	184	100,00	100,00
46 % 70	184	100,00	100,00
46 1/2 % 71	184	100,00	100,00
47 % 72	184	100,00	100,00
47 1/2 % 73	184	100,00	100,00
48 % 74	184	100,00	100,00
48 1/2 % 75	184	100,00	100,00
49 % 76	184	100,00	100,00
49 1/2 % 77	184	100,00	100,00
50 % 78	184	100,00	100,00
50 1/2 % 79	184	100,00	100,00
51 % 80	184	100,00	100,00
51 1/2 % 81	184	100,00	100,00
52 % 82	184	100,00	100,00
52 1/2 % 83	184	100,00	100,00
53 % 84	184	100,00	100,00
53 1/2 % 85	184	100,00	100,00
54 % 86	184	100,00	100,00
54 1/2 % 87	184	100,00	100,00
55 % 88	184	100,00	100,00
55 1/2 % 89	184	100,00	100,00
56 % 90	184	100,00	100,00
56 1/2 % 91	184	100,00	100,00
57 % 92	184	100,00	100,00
57 1/2 % 93	184	100,00	100,00
58 % 94	184	100,00	100,00
58 1/2 % 95	184	100,00	100,00
59 % 96	184	100,00	100,00
59 1/2 % 97	184	100,00	100,00
60 % 98	184	100,00	100,00
60 1/2 % 99	184	100,00	100,00
61 % 00	184	100,00	100,00
61 1/2 % 01	184	100,00	100,00
62 % 02	184	100,00	100,00
62 1/2 % 03	184	100,00	100,00
63 % 04	184	100,00	100,00
63 1/2 % 05	184	100,00	100,00
64 % 06	184	100,00	100,00
64 1/2 % 07	184	100,00	100,00
65 % 08	184	100,00	100,00
65 1/2 % 09	184	100,00	100,00
66 % 10	184	100,00	100,00
66 1/2 % 11	184	100,00	100,00
67 % 12	184	100,00	100,00
67 1/2 % 13	184	100,00	100,00
68 % 14	184	100,00	100,00
68 1/2 % 15	184	100,00	100,00
69 % 16	184	100,00	100,00
69 1/2 % 17	184	100,00	100,00
70 % 18	184	100,00	100,00
70 1/2 % 19	184	100,00	100,00
71 % 20	184	100,00	100,00
71 1/2 % 21	184	100,00	100,00
72 % 22	184	100,00	100,00
72 1/2 % 23	184	100,00	100,00
73 % 24	184	100,00	100,00
73 1/2 % 25	184	100,00	100,00
74 % 26	184	100,00	100,00
74 1/2 % 27	184	100,00	100,00
75 % 28	184	100,00	100,00
75 1/2 % 29	184	100,00	100,00
76 % 30	184	100,00	100,00
76 1/2 % 31	184	100,00	100,00
77 % 32	184	100,00	100,00
77 1/2 % 33	184	100,00	100,00
78 % 34	184	100,00	100,00
78 1/2 % 35	184	100,00	100,00
79 % 36	184	100,00	100,00
79 1/2 % 37	184	100,00	100,00
80 % 38	184	100,00	100,00
80 1/2 % 39	184	100,00	100,00
81 % 40	184	100,00	100,00
81 1/2 % 41	184	100,00	100,00
82 % 42	184	100,00	100,00
82 1/2 % 43	184	100,00	100,00
83 % 44	184	100,00	100,00
83 1/2 % 45	184	100,00	100,00
84 % 46	184	100,00	100,00
84 1/2 % 47	184	100,00	100,00
85 % 48	184	100,00	100,00
85 1/2 % 49	184	100,00	100,00
86 % 50	184	100,00	100,00
86 1/2 % 51	184	100,00	100,00
87 % 52	184	100,00	100,00
87 1/2 % 53	184	100,00	100,00
88 % 54	184	100,00	100,00
88 1/2 % 55	184	100,00	100,00
89 % 56	184	100,00	100,00
89 1/2 % 57	184	100,00	100,00
90 % 58	184	100,00	100,00
90 1/2 % 59	184	100,00	100,00
91 % 60	184	100,00	100,00
91 1/2 % 61	184	100,00	100,00
92 % 62	184	100,00	100,00
92 1/2 % 63	184	100,00	100,00
93 % 64	184	100,00	100,00
93 1/2 % 65	184	100,00	100,00
94 % 66	184	100,00	100,00
94 1/2 % 67	184	100,00	100,00
95 % 68	184	100,00	100,00
95 1/2 % 69	184	100,00	100,00
96 % 70	184	100,00	100,00
96 1/2 % 71	184	100,00	100,00
97 % 72	184	100,00	100,00
97 1/2 % 73	184	100,00	100,00
98 % 74	184	100,00	100,00
98 1/2 % 75	184	100,00	100,00
99 % 76	184	100,00	100,00
99 1/2 % 77	184	100,00	100,00
100 % 78	184	100,00	100,00
100 1/2 % 79	184	100,00	100,00
101 % 80	184	100,00	100,00
101 1/2 % 81	184	100,00	100,00
102 % 82	184	100,00	100,00
102 1/2 % 83	184	100,00	100,00
103 % 84	184	100,00	100,00
103 1/2 % 85	184	100,00	100,00
104 % 86	184	100,00	100,00
104 1/2 % 87	184	100,00	100,00
105 % 88	184	100,00	100,00
105 1/2 % 89	184	100,00	100,00
106 % 90	184	100,00	100,00
106 1/2 % 91	184	100,00	100,00
107 % 92	184	100,00	100,00
107 1/2 % 93	184	100,00	100,00
108 % 94	184	100,00	100,00
108 1/2 % 95	184	100,00	100,00
109 % 96	184	100,00	100,00
109 1/2 % 97	184	100,00	100,00
110 % 98	184	100,00	100,00
110 1/2 % 99	184	100,00	100,00
111 % 00	184	100,00	100,00
111 1/2 % 01	184	100,00	100,00
112 % 02	184	100,00	100,00
112 1/2 % 03	184	100,00	100,00
113 % 04	184	100,00	100,00
113 1/2 % 05	184	100,00	100,00
114 % 06	184	100,00	100,00
114 1/2 % 07	184	100,00	100,00
115 % 08	184	100,00	100,00
115 1/2 % 09	184	100,00	100,00
116 % 10	184	100,00	100,00
116 1/2 % 11	184	100,00	100,00
117 % 12	184	100,00	100,00
117 1/2 % 13	184	100,00	100,00
118 % 14	184	100,00	100,00
118 1/2 % 15	184	100,00	100,00
119 % 16	184	100,00	100,00
119 1/2 % 17	184	100,00	100,00
120 % 18	184	100,00	100,00
120 1/2 % 19	184	100,00	100,00
121 % 20	184	100,00	100,00
121 1/2 % 21	184	100,00	100,00
122 % 22	184	100,00	100,00
122 1/2 % 23	184	100,00	100,00
123 % 24	184	100,00	100,00
123 1/2 % 25	184	100,00	100,00
124 % 26	184	100,00	100,00
124 1/2 % 27	184	100,00	100,00
125 % 28	184	100,00	100,00
125 1/2 % 29	184	100,00	100,00
126 % 30	184	100,00	100,00
126 1/2 % 31	184	100,00	100,00
127 % 32	184	100,00	100,00
127 1/2 % 33	184	100,00	100,00
128 % 34	1		

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Umweltschutz, Lufttechnik, Wärmerückgewinnung sowie chem. Apparate-, Behälter- u. Pumpenbau

Unsere Produkte sind in Industriebetrieben praktisch jeder Art und Größe eingesetzt. Neben chemischen und galvanotechnischen Unternehmen sind Firmen von der Automobil- bis zur Computerindustrie ebenso unsere Kunden wie Ingenieurbüros o. ä.

Wir suchen jeweils einen

selbständigen Handelsvertreter

(Ingenieur oder technisch versierter Kaufmann) für die Gebiete

1. Kassel/Göttingen (PLZ 34 und 35)
2. Berlin (West)
3. Großraum Hamburg - Kiel - Bremen (PLZ 2000)

Wir gehen davon aus, daß Sie unser Angebot zusätzlich zu Ihrem bisherigen Programm übernehmen, das grundsätzlich dazu passen sollte.

Unsere überdurchschnittlich interessanten Konditionen: Provision (für direkte und indirekte Aufträge) ist fällig bei Rechnungslegung; Gebietschutz; technische Unterstützung durch das Stammhaus. Bitte senden Sie unserer Geschäftsführung zur ersten Kontaktaufnahme aussagefähige Unterlagen, die auch über Ihr bisheriges Programm Auskunft geben.

Kunststofftechnik KG

Postfach 11 48, 5210 Trolsdorf

IHR VERLÄNGERTER ARM IN DEN USA

Amerikanische Vertriebsgesellschaft (Inc.) bietet Unternehmen aus der Industrie Elektrik-Elektronik sowie Maschinen-Anlagenbau eine Beteiligung an.

Es werden 1 bis 3 Unternehmen gesucht, welche insgesamt ein Kapital bis 3 350 000,- einbringen können. Neben einer sehr lukrativen Rendite kann der Vertrieb eigener Erzeugnisse erwartet werden.

Zur Zeit werden einige namhafte Unternehmen vertrieben. Interessierte senden bitte ihre Zuschriften unter R 8257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HONGKONG Gut eingeführtes, von erfahrenen Deutschen geführtes IMPORT/EXPORT Marketing Büro in Hongkong kann neben bisherigen Kunden noch 1 bis 2 neue Kunden für Aufträge im Personalwesen gewinnen. Geboten werden sachgerechte Abwicklung von Ein- und Verkauf, Promotions, Transportdokumentation, Warenkontrollen, Terminüberwachungen, ggfs. Kontenführungen, etc. Gerne erwarten wir Ihre Anfrage an: EMAG Trade Services (HK) Ltd. G. P. O. Box 4782, Hongkong

Kleines, gut eingeführtes
Touristik-Reisebüro (TUI-Agentur)
in oberbayerischen Alpen-Luftkurort zu verkaufen.

Zuschriften unter U 9172 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tischlerei
auch Werkverträge für auslandischen Raum. Montage können übernommen werden. Wir sind auch an anderen Raumverträgen interessiert. Zuschriften unter K 9130 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutscher Ingenieur in Johannesburg
mit Kenntnisse von Land- und Luftbau, auch Vertiefungen in Schichtbau. 20-jährige Erfahrung im Feld. Zuschriften unter U 9130 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

betrifft: bauherrn, bauherrn, architekten und unternehmer
bau-Ing. grad., selbständig, 44 Jahre, verheiratet, übernehmend leitend, Aufgaben eines bau- oder projektleiters schlüsselfertiger Projekte aus dem wohnungs-, industrie-, u. allg. ingenieurwesen sowie der altbaurenovation. klimatechnik, bautechnik u. erfolge. kostenreduzierung werden zugesichert. sehrjährige berufserfahrung im schlüsselfertigen bau nachweisbar. fundierte Kenntnisse in akquisition, kalkulation u. abrechnung sind selbstverständlich u. durch Zeugnisse belegt. bevorzugter arbeitssinn: B, D, W, K, BW, AG, DIL. sollten sie an einer kontaktaufnahme interessiert sein, schreiben sie bitte unter W 9001 an WELT-Verlag, postfach 10 08 64, 4300 essen, oder rufen sie an: 02 11 / 57 97 72.

STELLENANGEBOTE

Wir sind eine überregionale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und zählen eine Baugruppe, die mit einer Reihe von selbständigen Unternehmungen im gesamten Bundesgebiet und im Ausland tätig ist, zu unserem Mandantenkreis. Ihre Schwerpunkte liegen im Straßen-, Hoch- und Ing.-Bau.

Für eine der Gesellschaften mit Sitz im Großraum Stuttgart suchen wir zum nächstmöglichen Termin - spätestens zum 1. 4. 1984 -

Abteilungsleiter/Oberbauleiter und Bauleiter

für den „Hoch- und Ing.-Bau“ sowie für die Sparte „Schlüsselfertiges Bauen“.

Das Unternehmen ist seit vielen Jahren regional im Hochbau und im Tief- und Straßenbau erfolgreich tätig. Ein erfahrener Mitarbeiterstamm bildet die Basis für eine Ausweitung der Aktivitäten.

Für die ausgeschriebene Position denken wir an Ingenieure, die über entsprechende Erfahrungen und Kontakte verfügen. Sie sollten entweder eine ähnliche Tätigkeit bereits ausgeübt haben oder sich diesen Aufgaben aufgrund ihres bisherigen beruflichen Werdeganges gewachsen fühlen.

Die Dotierung sowie alle übrigen für solche Positionen üblichen Vertragsregelungen werden Sie zufriedenstellen.

Bitte senden Sie Ihre - zunächst nur kurzgefasste - Bewerbung unter Angabe evtl. Sperrvermerke unter C 9114 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationsdienst WIC-GmbH. Wismarstr. 18/1 - 3000 Mülheim 22. Tel. (089) 229133 - Telex 5216 534 info d

Wütigen Teilhaber
Erforderliches Kapital: DM 800 000,-. Hohe nachweisbare Gewinnerwartung! Interessenten wollen sich bitte u. T. 9898 melden an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in Bremen
Gut organisiertes Büro übernimmt Terminabsprachen, Auftragsabwicklung, etc. Tel. 04 21 / 32 00 39

1989 - DM erforderlich
Repräsentanten für langfristige international bewährte amerikanische Bauelemente (Kunststoff) in den Gebieten Düsseldorf, Köln, Bonn, Krefeld, Aachen u. andere zu vergeben. Überdurchschnittl. Einkünfte für solvente Handelsvertreter. Interessenten: Schriftl. Typo-Care Verlag, Postfach 126, 5282 Wülfrath

Übersetzungen
span./deutsch/engl., geschäftl. u. priv. Übersetzungen. Übers. Rüdiger Mönning u. Gloria v. Puchner-Schick, Wilschestr. 87, 31 Celle. Tel. 0 51 41 / 5 45 98

Handelsvertreter gesucht
Handels- und Gewerbebetriebe, insbesondere für den Bereich: Maschinenbau, Elektrotechnik, etc. Programm: Fotoarbeiten mit vielen Kunden. M. H. Göttsche, 5214 Mülheim, Tel. 0 21 22 / 75 35

Ihr Büro in Hannover
komplett eingerichtet, Schichtdienst mit Führerschein, Pkw vorhanden. Angeb. erb. unter M 9122 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technische Vertiefung
mit Auszubildenden. Techn. Kundendienst. Kann eventuell übernommen werden. Habe moderne Lagerhalle öffentl. Büro u. Fahrzeugpark sowie entz. Personal. Ringe Weidag, P.O. Box 27, 30550 Hannover, Tel. 0 51 31 / 7 25 20 o. 5 09 95

Handelsvertreter
Raum Göttingen, sucht Zweitvertrieb, keine Versicherung, eingebl. bei Stimmabstimmungen. Zuschriften unter B 9157 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wohnungsbau
für stanz-, spez. und halboffene Wohngebäude. Zuschriften mit Preisangeboten unter G 9119 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ACHTUNG, INTERNISTEN
(nach Cheffakt)
Haben Sie Schwierigkeiten mit der Privatpraxis nach der neuen GOÄ? Ich verbinde Ihnen ein leicht zu handhabendes Programm für einen Personalcomputer. Auf dem Computer können beruht werden, auch für andere Fachrichtungen. Angeb. u. M 9187 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Aktive Beteiligung
sucht Dipl.-Kfm., Mitte 30, langj. Exp. als Geschäftsführer mittelständischer Unternehmen im In- und Ausland, mehrsprachig, Kapital DM 200 000,-, bevorzugter Standort Hamburg. Zuschriften u. V 9172 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Genieur. Glimm INGENIEURBAU
Wir suchen qualifizierten dynamischen Architekten

Architekten
Dipl.-Ing. (grad.) der über gute Planungs- u. Bautechnikkenntnisse verfügt. Wir planen und bauen bis zur schlüsselfertigen Übergabe im Wohnung- und Industriebau. Selbständiges Arbeiten wird vorausgesetzt. Bei Eignung ist eine Führungsposition zu erwarten.

Wir bieten: gute Bezahlung, einen freundlichen Arbeitsplatz sowie ein angenehmes Betriebsklima.

Nur schriftliche Bewerbungen an: Ingenieurgesellschaft für Planung, Bauleistungs- und Bauüberwachung mbH, 5302 Kriemhildsgraben, D-51129 Köln, Tel. 0222 33 33 33

Die Große Kombination
Stellenanzeigen
DIE WELT
WIRTSCHAFTSZEITUNG

VERTRIEBSLEITER
Mitte 40, led., langj. Auslands- u. inl. Funktionen a. d. Verkaufs- u. Marketingsektor b. intern. Industrie-Konzernen, zuletzt Spezialvertrieb b. Chemie-Unternehmen in der BRD, pers. span., port., u. engl. Sprachk., sucht neuen Wirkungskreis, a. im Ausland. Angeb. erb. unter Z 9111 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer, leitender Bankkaufmann
Prokurist, weibl., 41 J., sucht herausfordernde Führungsposition in Bank, Handel, Industrie. Langjährige Erfahrung im gesamten Außenhandelsbereich, Auslandsreisen, Akquisition, Auslandsberufung. Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch. Angebote unter P 9189 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ausbilder und Spracherzieher
mit Erfahrung im Bereich der Auszubildenden. Kann eventuell übernommen werden. Habe moderne Lagerhalle öffentl. Büro u. Fahrzeugpark sowie entz. Personal. Ringe Weidag, P.O. Box 27, 30550 Hannover, Tel. 0 51 31 / 7 25 20 o. 5 09 95

Gründungs- und Vertriebsstelle
und Geschäftsführer für moderne Jeans- und Sportswear-bundesweit gesucht. Zuschriften unter H 9119 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Beitragende Kaufmann
sucht in einem der BRD oder in einem anderen Land, 44 J., unabh. sucht Vertretung von deutschen Produkten in der BRD u. Export. Perfekt Französisch und Englisch in Wort und Schrift. Korrespondenz kann selbstverständlich in Deutsch geführt werden. Büro, Telefon und Telex vorhanden. Angeb. erb. u. S 9097 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsstelle sucht Kaufmann
od. Partner i. hauseigenen Spitzensortiment im Raum Rheinischer Land. RAB, 1990 Seefeld, Tel. 0 22 30 / 77 30 30

Immobilienarchitekt BDIA
30. selbständig, sucht neue Aufträge, auch in der BRD. Zuschriften u. V 9109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Realisationsbüro
40 J., led., engl./französisch, Fremdsprachenkenntnisse, engl. Französisch und Übersetzung, auch Techn. Zeichnungen, sucht Tätigkeit als Übersetzer bzw. Fremdsprachenkorrespondent. Raum Norddeutschland bevorzugt, aber nicht Bedingung. Zuschriften u. F 9181 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fahrer
Mitte 40, FS II, sucht Dauerstellung als Chauffeur. Angebote unter Z 9109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Art-Director (Werbe-Design)
selbst. 35 J., seit 10 Jahren in den USA tätig, sucht nach Deutschland zurück und sucht neuen Bereich. Zusammenarbeit mit bestehender New Yorker Agentur u. Ausarbeitung vielfältiger USA-Konzepte möglich. Angeb. unter F 9189 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mechanisch-Techniker
29 J., AE u. Schweiß-Schweißschlichter, sucht Vertiefung in Übersee, sucht sicheren Arbeitsplatz. Zuschriften u. T 9080 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stuhl. entz.
21 J., Examen August 1983, sucht adäquate Tätigkeit bei Behörde, Kommune oder Familie mit Kindern. Angebote erb. unter Y 9110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Privat-Chauffeur
verheiratet, 40 Jahre, u. Gartenarbeit, sucht neuen Wirkungskreis mit Unternehm. Zuschriften unter V 9022 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langj. kfm. Führungskraft
(Prokurist, Personal, 65 J., möchte eine interessante Aufgabe in Hamburg übernehmen. Angeb. erb. u. W 9128 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann
35 J., Auslandsberufung, Französisch u. Vertrieb, sucht Vertiefung in Management- u. Verkaufsfunktionen. Kenntnisse in Einkauf u. Materialwirtschaft. Angeb. u. FS 40828 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 35

Vertriebsleiter
42 J., Betriebswirt, prakt. Erfahrungen in Industrie u. Handel, sucht neuen Wirkungskreis im Raum HHL. Schwerpunkte: Verkaufsmanagement, Durchsetzungsvorgänge u. Führungseigenschaften. Teilnahme an Management- u. Verkaufsschulungen. Kenntnisse in Einkauf u. Materialwirtschaft. Angeb. u. FS 40828 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 35

Wir sind bundesweit einer der führenden Hersteller von Aluminium-Rolläden und Kunststoffen für den nachträglichen Einbau. Arbeitsvorbereitung, Montage und Kundendienst für den norddeutschen Raum sind in einem Zweigwerk in Rotenburg/Wümme zusammengefasst.

Für die Leitung dieser Niederlassung suchen wir einen überdurchschnittlich qualifizierten

Techn. Kaufmann

mit dem wir die begonnene Aufbauarbeiten festigen und fortsetzen können. Deshalb sollte sich der neue Mitarbeiter vor allem durch unternehmerisches Denken und ein besonderes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Initiative auszeichnen. Eine dem Anforderungsprofil entsprechende berufliche Praxis und Erfahrungen in der Führung von Mitarbeitern

sind unerlässlich. Wenn Sie diese sehr ausbaufähige und gut dotierte Aufgabe reizt, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen einschl. Lichtbild, Gehaltsanforderung und Angabe von Referenzen an: Ing. Blaurock, Bau- und Raumtechnik, Geschäftsleitung, Postfach 17 05, 8740 Bad Neustadt/VS.

Unsere Vertriebsmänner sind auf Kundendienst und Verkauf tätig. Sie suchen qualifizierten Mitarbeiter mit guten Kontakten zu Kammern, Banken, Kaufhäusern, etc. Das Vertriebsprogramm umfasst Kasse, Chem. und Zubehör. HIG GmbH, Seidenstr. 21, 2000 Hamburg 25, Telefon 0 40 / 2 30 25 00

Wir schaffen es nicht mehr, daher suchen wir **Mitarbeiter** die es sich zutrauen, in einem Versicherungsmaklerbüro die Kontakte zwischen Vermittler und zu unseren inländischen und ausländischen Kooperationspartnern herzustellen. Die Dotierung ist leistungsbezogen. Tel. 02 41 / 2 15 05, Versicherungsleiter R. Sieben KG, Holzgraben 5, 5100 Aachen

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stelle für

Führungskraft-Lagerwirtschaft
54, Industriekaufmann, umfassende Kenntnisse der Materialfließ- und Ablaufgestaltung in einem Hochregal-, Paletten- und Langgüterlager, langjährige Erfahrung im gesamten Lagerbereich unter Anwendung der EDV (Wareneingang, Einlagerung, Kommissionierung, Lagerverwaltung einschl. Führung der Mitarbeiter); sucht verantwortliche Aufgabe. Auskünfte erteilt: Frau Rudolph, Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, Tel. 041 31/20249, FS 245 910

Schiffbau
34 J., in ungek. Position, langj. Berufserf. im Schiffbau, sucht neuen Wirkungskreis an Land. Angeb. erb. u. T 9171 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsförderer Bauelemente
Top-Verkäufer und -Organisator im Innen- und Außenmarkt sucht fundierte Position in leistungsstarken Unternehmen. Angeb. u. S 9170 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Assistentin
abgeschl. kfm. Lehre, Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, mehrj. Auslandsaufenthalte, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg. Angeb. u. N 9123 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hauswirtschaftliche
für große Familie mit 4 kl. Kindern mit Familienanschluss gesucht u. 21 mit Bad vor. Stankensbrück, Tel. 0 52 57 / 23 83

Secretary/Assistant
3 years commercial appointment German/English/French/Spanish (German/English/Shortland), several years abroad is looking for an interesting job. Angeb. u. S 9115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Mechaniker
34 J., Lkw- und Staplerfahrer, sucht entsprechende Tätigkeit im Ausland. Tel. 0 52 52 / 87 41

Groß- und Industriekaufmann
43 J., sucht Tätigkeit als Geschäftsführer oder Marktleiter im Raum Süd, Erfahrung im Einkauf und Verkauf sowie in der Werbung vorhanden. Angeb. u. D 9115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ital. Betriebswirt
fließend Deutsch in Wort und Schrift, EDV, sucht Stellung im Raum Köln/Bonn. Tel. 0 22 55 / 45 24

Controller
Dipl.-Vollwirtsch. 37 J., langj. Exp. in Betriebswirtschaft, Unternehmensplanung, Rechnungswesen, Organisation und Führung von Abteilungen. Aufgabengebiet im Großraum Hbg. Angeb. u. E 9189 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Potentinhaber AGW
beinhaltet, Alter 37 J., sucht Anstellung als technischer Leiter in der Großen Fahrt: Z. Z. Kleine Fahrt. Angeb. erb. u. PP 46 900 WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Allroundkaufmann
Mitte 30, Dipl.-Kfm., langj. Exp. als Geschäftsführer mittelständischer Unternehmen im In- und Ausland, mehrsprachig, adäquate Stellung zum 1. 1. 94 nach Möglichkeit im Großraum Hamburg. Angeb. unter X 9175 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Angestellter
44 Jahre, ledig, sucht allgemeine Büroarbeiten im Lebensmittel-Großhandel. Zuschriften erb. unter L 9185 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter
42 J., Betriebswirt, prakt. Erfahrungen in Industrie u. Handel, sucht neuen Wirkungskreis im Raum HHL. Schwerpunkte: Verkaufsmanagement, Durchsetzungsvorgänge u. Führungseigenschaften. Teilnahme an Management- u. Verkaufsschulungen. Kenntnisse in Einkauf u. Materialwirtschaft. Angeb. u. FS 40828 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 35

Schweden
Unternehmensberater - Maschinenbautechniker - 53 Jahre, deutscher Geburt, mit schwedischem Abitur und schwedischer Dipl.-Ing. (Civ.-Ing.), wohnhaft in Stockholm, seit 28 Jahren in der schwedischen Industrie in leitenden Stellungen tätig, sucht neue Aufgaben in Skandinavien, gerne auf freiberuflicher Basis. Englisch und Deutsch perfekt in Wort und Schrift, gute Kenntnisse auch in Französisch und Italienisch. Zuschriften erb. unter V 9000 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter des Finanz- u. Rechnungswesens (Accountant)
u. Zt. in einem amerikanischen Konzern (OI) tätig, 19 Jahre Berufserfahrung im nationalen u. internationalen Unternehmen: Getränkeindustrie u. Handel, Kaufhäuser, etc. u. Export von Fleisch/Ol. Schwerpunkte: Finanzen, Buchhaltung (G. u. V./Bilanzen, Steuern), Verwaltung, Organisation. Kenntnisse: EDV; Kienzle 8000, Philips P 354, IBM 34; Buchhaltung allein verantwortlich, mit Erfolg auf ein Philips-Computer-System umgestellt u. Personal eingebracht. Gute Englischkenntnisse; div. Geschäftsfahrten ins Ausland, sucht zum 1. 10. 83 neue Führungsposition. Angebote unter PR 48801 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 35

3 Kripo-Oberkommissare
Angehörige des MBE/SEK, suchen adäq. Wirkungskreis oder übernehmen Aufträge. Geben werden umfangreiche Erfahrungen in den Bereichen: Observation, Technik, Personen- und Begleitschutz, Waffengebrauch und Schießausbildung, Sicherheits- und Gefahrentraining (Kfz). Zuschr. u. P 9256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

2 Männer, 40 und 26 Jahre
seit längerem nachweislich unversichert beschäftigungslos, wollen nicht weiter in den Arbeitslosenstand fallen und suchen - nach Möglichkeit im Großraum Frankfurt - Beschäftigung jeder Art, ganz gleich, ob kurz- oder langfristige. Gute Kenntnisse in Dienstleistungsarbeiten bei absoluter Zuverlässigkeit - beispielsweise Gartenpflege, Wartungsarbeiten, fachgerechte Renovierung, Putzdienst, Ein- und Auslieferung, Schreibrbeiten, hilfsweise Alter- oder Krankspflege. Frdl. Zuschriften erb. unter PR 46 883 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 35

VERKAUF
40, 15 J. Auslandsberufung, unabh. Vert. bis 31. 12. 83, Umsatzführer i. Unternehm. VZ-Erfahrung i. Propaganda, Dienstleistung, Investition, sucht VK o. Orga-Aufgabe i. techn. o. elektron. Bereich, PLZ 5 als Angestellter o. EV. Zuschr. unter Z 9287 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechte Hand eines Unternehmers
Unternehmenschef, Techniker, 33 Jahre, verheiratet, mobil, flexibel, 8 Jahre leitend im öffentlichen Betrieb (Baubranche 40 MA/30 Mio.) mit den Schwerpunkten: Bauwesen, Projektierung, BWL, etc. Fließend Englisch (Auslandsberufung), sucht neue interessante Aufgabe mit viel Selbstständigkeit und Engagement, u. U. mit finanzieller Beteiligung. Kontaktaufnahme bitte über Herrn Eberhard Pfeiffer, EGOR Deutschland GmbH, Kronprinzenstraße 62, 4000 Düsseldorf 1 - Tel. 02 11 / 37 46 91

Betreuung - Pflege - Gesellschaft
Mehrjährige Pflegeerfahrung, Referenzen aus angesehenem Hause vorhanden. Bevorzugt Raum H., HH, nördl. Niedersachsen, gern auch ländliche Umgebung. Angeb. u. P 9117 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter
Bin 45 Jahre, suche neue Aufgabe im Bereich Eisenwarengroß- und -einzelhandel sowie Baumarkt. Über 20jährige Berufserfahrung in leitender Position. Beste Kontakte zu allen wichtigen Handelspartnern, Verbänden im ganzen BGR u. angrenzenden Ausland. Angebote unter S 9258 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

13% Bankbuch in Dänemark

Ohne Kündigung 9% p.a.
 1-mon. Kündigung 10% p.a.
 2-mon. Kündigung 12% p.a.
 3-mon. Kündigung 12 1/2% p.a.
 12-mon. Kündigung 13% p.a.
 1-2-jähr. vertragl. Einl. 12% p.a.
 2-5-jähr. vertragl. Einl. 12 1/2% p.a.

Warum sollte man sich mit weniger begnügen, wenn man bis 13% p.a. erreichen kann.
 So einfach ist es
 Wenden Sie sich bitte telefonisch oder schriftlich an uns, und wir werden Ihnen sofort ausführliches Informationsmaterial zuschicken.

Sie sind immer bei uns willkommen in der Stadt von H.C. Andersen.

Max. Einlage (laut den Währungsvorschriften)
 D. kr. 300.000,-
 etwa DM 83.500,-



Bendix & Co.
 Bank-Aktieskabb
 Filialen 15
 DK-5000 Odense C
 Tel. +45 9 14 41 42
 Telex: 59 741 bendix dk

Undichte Hallendächer?

Dauerhafte Dachabdichtung durch Qualitätsbeschichtung, Langzeit-Garantie!
 Ing.-Vertr. Klaus Tschewitz, Rottkumpstr. 33, 4724 Wadersloh 3

2 absolutebesten jungen Männer
 suchen Job im In- oder Ausland.
 Tel. 06 41 / 5 49 02

Samoy und Japanese
 Spitz, Puppies for sale.
 Nancy Haakonson, N-3718 Siliu, Norwegen

Nostalgie-Druckmaschine
 Stoppschilderdruck, ca. 80 Jahre, druckbereit, für Schnell- und Langzeitdruck.
 Telefon 06 41 / 2 78 94



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.
 - Präsidium -
 Altfriedstraße 73
 4300 Essen 1

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

PRIVATES CAPITAL

zur einer soliden, stillen Beteiligung in der Wachstumsbranche - Computer-Dienstleistungen - gesucht. Auch kleine Tranchen ab DM 10.000,- bringen interessante Renditen. Die Firma ist gut eingeführt. Technische Ausstattung und Auftragslage sind optimal. Die Mitarbeiter sind fachlich hochqualifiziert. Dies bietet eine sichere Grundlage und Garantie für eine Rendite von 9-11% p.a. je nach vereinbarter Laufzeit. Provisionsfrei für den privaten Kapitalgeber.

Andrea Silke Mann

Immobilien GmbH
 Werderstraße 26, 7570 Baden-Baden
 Telefon (07221) 33061

ZENTRALSCHWEIZ

(Sarnsee) FERIENWOHNUNGEN

zu verkaufen, an ruhiger und sonniger Lage in Seenähe, mit herrlicher Bergsicht.
 Solide Bauqualität, rustikale Ausführung, praktische Grundrissteilung. Genehmigung für Ausländerverkauf vorhanden.
 Preise: von Fr. 250.000,- bis Fr. 420.000,-

Anfragen unter Chiffre 25-VP 43, Publicitas, Postfach, CH-6002 Luzern

VERKAUF (auch in Raten) oder VERMIETUNG
BESTE WOHLNAGE FRANKFURT-NW

Ende Lillenthalallee, wenige Minuten zum Grüneburgpark, zur Stadtmitte, zur Universität, zur Autobahn (Anschluss Miquelallee, ohne Lärmschutzwand).

Wohnhaus mit Einlieger-Wohnung
Wohnhaus mit bis ca. 120 m² Praxis
Gemeinschaftshaus (10-12 Personen)
Wohnhaus für 3 Familien (nach Dachumbau)

- 1) Keller: Holzraum + absolut trockene 100 m² party-, Arbeits-, Abstell-Räume
- 2) Erdgeschoss (derzeit): 35 m² möbl. Apartment + b) 75 m² Einlieger-Wohnung mit Sonnen-Stiege + c) 20 m² Waschküche + Abstellraum + d) 25 m² Garage oder: Zusammenfassung a) + b) + c) zu 45-Zimmer-Erdgeschoss-Wohnung oder: zu 6-Zimmer-Freizeit mit gesondertem Außen-Bereich + Kellerzugang oder: zu einzelnen Schlaf-Studier-Zimmern mit Duschbädern (4-6 Personen)
- 3) Hauptgeschoss (= 1. Stock von vorn = Erdgeschoss vom höheren hinteren Garten): 170 m² (Tag-)Räume einschl. Schwimmhalle (50 m², 8 m Beckenl.), Kachelofen/offener Kamin. Ein (2) Raum auf Wunsch Besucher-Zugang direkt von Erdgeschoss-Freizeit. Zugang Garten über 30 m² teildrucke Sonnen-/Schatten-Terrasse. Bad-Einbau vorbereitet.
- 4) Obergeschoss: 85 m² Schlaf-Räume mit 2 Bädern (teilw. schräg). Anschlüsse für weiteres Bad oder Küche. Eltern-Schlafraum mit Balkon auf 30 m² ohne Schräge vergrößerbar.
- 5) Dachgeschoss (Ausbau): 25 m² Schlafraum + Bad für 2 Pers. (2 senkr. Wände).

Aufgrund Schätzung durch vereidigten Sachverständigen: Verhandlungs-Basis Kaufpreis 1,3 Mio. DM einm. 878 m² Grundstück, Mietpreis entsprechend. Auf Wunsch Vermietung (Teil-/Miet für Erdgeschoss + Schwimmhalle. Teilen Sie Ihren Raumbedarf schriftlich mit: AGENTUR HELFSGOTT, Rheinstraße 64, 60457 Mainz 2.

HORIZONS 2000

sucht Agenten, um eine einmalige Anlagegelegenheit in erstklassigem Agrarland anzubieten, mit außergewöhnlich hohem mittel- und langfristigen Einkommen. Projektierendes jährliches Einkommen über 50 % während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinzahlung 5.125.000,-. Material steht in Englisch, Französisch, Deutsch oder Arabisch zur Verfügung. Für weitere Auskünfte:

GLOBE PLAN SA,
 24, Av. des Alpes,
 1000 Lausanne, Schweiz
 Tel. (021) 22 55 12, Telex 25 185

100% Profit und mehr mit Aktien!

AWA GmbH - Adenauerallee 11 - 5300 Bonn 1

Suche 60.000,- DM

für Warenverkauf. Biete entsprechende Zinsen p.l. Gewinnbeteiligung. Zuschüssen unter D 9159 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Greetsiel

Das schönste Haus am Hafen gegen Höchstgebot zu verkaufen. Telefon: Reichenbach 0 49 28/3 48

Ich habe Idee und das Konzept.

Sie haben
DM 70.000,-
 Biete kreative stille Partnerschaft o. A. und/oder auch in kl. Tranchen, und/oder auf Wechselbasis o. A.
 Zuschriften erbeten unter V 9217 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie geben die Idee, wir das Kapital und das organisatorische Know-how - im Rahmen einer fairen Partnerschaft.
 Wir suchen Partner mit

innovativen Ideen

die wir gemeinsam mit Ihnen zur Marktreife weiterentwickeln und im Markt etablieren wollen.

Bitte, senden Sie detaillierte Unterlagen und Ihren konkreten Kapitalbedarf unter G 9228 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BREMEN - Zentrum

(gegenüber CSA)

Geschäftshaus - Baujahr 1960 - zu verkaufen, gewerblich: Keller - Erdgeschoss - 1. Obergeschoss, je ca. 100 m²; außerdem: 4 Wohngeschosse, Fahrradst. Ecklage, ca. 20 m Schaufenster. Forderung: DM 2,8 Mio. (VB); sehr gut geeignet für Banken, Versicherungen o. A.

Immobilien Neteler, Telefon 0 44 71 / 44 44

Von Privat an Privat

Hamburg
 Sofort bezugsfähiges, gediegenes, behagl. Wohnhaus, bester Lage auf der Insel, vollerschlossen mit Wasser, Strom, Telefon, Kachelherd, Kamin, etc.
 Gute Kapitalanlage oder Eigenheim. Aus Krankheitsgründen zu verkaufen. Preis: US-Dollar 30.000,-
 PKW u. Fernschreiber kann in Zahlung genommen werden.
 Angebote unter P 9212 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einmalige Gelegenheit!

Grundstück auf Grand Bahama
 ca. 1800 m², 30 m beständige Wasserfront, beste Lage auf der Insel, vollerschlossen mit Wasser, Strom, Telefon, Kachelherd, Kamin, etc.
 Gute Kapitalanlage oder Eigenheim. Aus Krankheitsgründen zu verkaufen. Preis: US-Dollar 30.000,-
 PKW u. Fernschreiber kann in Zahlung genommen werden.
 Angebote unter P 9212 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einfamilienhaus

in erstklassiger Wohnlage (Günther-St. Mairhof, Baujahr 74, mit vielen Sonderausstattungen, ca. 240 m² Wohnfläche und Vollunterkellerung mit Souterrain, wegen Sterbefall sofort von Privat gegen Gebot nicht unter 800.000,- DM zu verkaufen.
 Näheres unter A 9222 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsgesellschaft

für steuerbegünstigte Immobilien von Objekten im Münchner und Frankfurter Raum v. seriösen Initiatoren gesucht. Z. B. BAUVERLEIHUNG GMBH, Roemerstr. 22, 80990 München 68
 Tel. 0 89 / 34 98 21

Ingrid Vahle - Vermö.-Berat.

ab 15 % Zinsen p.a.
 Zuschriften unter S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Borkum

Sehr schöne Ferienwohnung
 Wohnraum, Schlafraum, Küche, Diele, Bad, Loggia, Gesamtfläche ca. 44 m², Kaufpreis inkl. Möblierung DM 157.500,-
 Weltweit: Ferienwohnungen ab DM 125.000,-
 Beratung auf der Insel am 31. 8. und 2. 9. 1988 ab 14 Uhr im Geschäft Upstapelboom.
 W. H. JANSSEN
 Immobilien
 Friedr.-Ebert-Str. 69-71
 2570 Emden
 Telefon (04921) 25101

W. H. JANSSEN
 Ihr Partner seit 1967

Der große, überregionale und internationale Markt für Grundstücke, Häuser, Geschäfte, Betriebe, Kapitalien:

Die Große Kombination
 Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
 WELTSONYTRAG

Bendzko BERLIN
Immobilien RDM

Kurfürstendamm 61, 1000 Berlin 15, Telefon 0 30 / 88 99-1

STUDENTEN-ELTERN!

Das ist die wichtigste Studienhilfe, die Sie Ihren Kindern ermöglichen können - Grundlage für ein erfolgreiches Studium: Sofort bezugsfähige Eigentumswohnungen. Bei uns jetzt vorteilhafter als mieten.

1. Der Wert von Wohnungseigentum ist bisher jedes Jahr gestiegen. Alles spricht dafür, daß diese Entwicklung anhält.
2. Steuern sparen durch 7½-Abschreibung, soweit noch nicht ausgenutzt
3. Jederzeit Wiederverkauflichkeit
4. Keine Maklerprovision, da Eigentümerversammlung
5. Erwerb auch ohne Eigengeld möglich

Bezirk	Zimmeranzahl	Wohnfläche m²	Kaufpreis DM	Eigengeld DM, wenn vorhanden
Berlin-Neu-Westend	1	ca. 34	75.000,-	7.200,-
Berlin-Charlottenburg	1	ca. 35	55.000,-	5.800,-
Berlin-Friedrichshagen	1	ca. 36	45.000,-	4.800,-
Berlin-Schöneberg	1	ca. 35	50.000,-	5.400,-
Berlin-Spandau	1	ca. 33	52.000,-	5.700,-
Berlin-Lichtenfelde West	1	ca. 37	55.000,-	5.500,-
Berlin-Tempelhof	1	ca. 33	55.000,-	5.800,-
Berlin-Tiergarten	1	ca. 35	55.000,-	5.800,-
Berlin-Volkspark Rehberge	1	ca. 38	75.000,-	7.200,-
Berlin-Wilmersdorf	1	ca. 34	71.000,-	7.600,-
Berlin-Tegel	1 1/2	ca. 47	80.000,-	8.100,-
Berlin-Neu-Westend	2	ca. 68	140.000,-	14.700,-
Berlin-Tegel	2	ca. 60	109.000,-	10.850,-
Berlin-Wittenau	2	ca. 52	99.000,-	9.900,-
Berlin-Spandau	2	ca. 54	99.000,-	10.000,-
Berlin-Lichtenfelde West	2	ca. 72	129.000,-	12.900,-

Selbstverständlich haben wir auch größere Wohnungen im Angebot. Rufen Sie uns unverbindlich an!

Der Partner, dem Sie vertrauen können!

Graubünden / Schweiz

Wir verkaufen in

BRIENZ

bei Lenzsee in ruhiger, sonniger Lage

2 1/2-Zimmer-Wohnungen

5½- bis 6-Zimmer-Chalet (Heute)

Baujahr Herbst 1985

Interessante Finanzierungsgelegenheiten.

Ankünfte durch

ACCORD AG

Wiesentalstraße 83

CH-7000 Chur/Schweiz

Telefon 00 41 / 81 27 15 16

UNVERGLEICHICHE KULTURANLAGE

im Süden von Ostland/Schweden am Meer

Gem. Kultur- und Wohnanlage mit großer Arbeitsfläche, Ateliers und Wohnflächen für das ganze Jahr hindurch. In den Jahren 1988-89 von einem namhaften Künstler/Designer planvoll restauriert. Die Fußbodenfläche des Hauptgebäudes beträgt etwa 300 m², die des Nebengebäudes etwa 125 m². Hoher Standard. Naturbelassene, etwa 20.000 m², angrenzende Wiesen, Heide und Meer. Komplette Beschreibung mit Bildmaterial auf Wunsch. Preis: DM 280.000,-

Grundstückskäufer besagt Verfall, Tel.: Int. + 46 8 24 29 68

Direktkauf in den USA

Der Nordwesten des Staates Arkansas gehört zu den reizvollsten, naturbelassenen Landschaften der USA. Eine gesunde Umwelt (Bäume, Flüsse, Wälder und Parken) mit landschaftlichen Klima lädt ein zum Leben, Arbeiten, Ferien zu machen oder in Pension zu geben. Hier können Sie preiswerte Grundstücke aller Größen und Lagen erwerben. Die Firma McChing Realty Inc. (soweit zugelassen) bietet Ihnen vom 10. bis 15. September in Hamburg Gelegenheit zur Information, Beratung und einem persönlichen Gespräch. Mr. Joe McChing erwartet Ihre Antwort unter N 9211 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, mit Terminwunsch, die umgehend telefonisch beantwortet wird.

Bendzko Vermietete Eigentumswohnungen

Zahlen Sie mit sofortiger Wirkung weniger Steuern!

Durch den Erwerb von vermieteten Eigentumswohnungen - mit wenig Eigengeld - kommen mehrere Steuervorteile zum Tragen.

Fragen Sie uns nach detaillierten Unterlagen, und lassen Sie sich Ihre monatlichen Vorteile errechnen.

Zum Beispiel:

Berlin-Lankwitz, Komponistenviertel
 1 Zimmer, Balkon, ca. 36 m², Kaufpreis DM 49.200,-, Eigengeld nur DM 4900,-

Berlin-Tempelhof
 2 Zimmer, Balkon, ca. 57 m², Kaufpreis DM 66.500,-, Eigengeld nur 8900,-

Berlin, Englisches Viertel, Wedding
 3 1/2 Zimmer, Balkon, ca. 82 m², Kaufpreis DM 118.300,-, Eigengeld nur DM 12.000,-

Rufen Sie uns an unter Telefon 0 30 / 88 99 215-218

Unsere Erfahrung - Ihr Eigentum

Bendzko Immobilien
 Kurfürstendamm 61
 1000 Berlin 15
 Tel. 88 99-1

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Ländliche Anwesen i. Berg. Land

Traumhafte u. unverbaubare Lage, 50 km Fernblick, 45 Automin. von Köln u. Düsseldorf. Aufstehendes Landhaus mit sehr guter Ausstattung, gesamte Wfl. ca. 350 m², ca. 80 m² Nebengebäude, moderne Stallung für 39 Pferdeboxen (25 vorhanden), große Pferdekoppel mit Ranchzaun in Massiv-Eiche eingezäunt, Grundstück ca. 44.500 m² zzgl. ca. 24.500 m² Grün- u. Weideland u. ca. 22.000 m² Waldgelände mit zum Teil altem Baumbestand, Gesamtkaufpreis 1.900.000,- DM VB.

Zuschriften unter Y 9286 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Büro/Praxis/Gewerberaum

Hannover, 2. OG., zentrale Citylage, ca. 670 m², voll klimatisiert, Aufzug, Thermoverglasung, DM 13,-/m² + Hz- u. Nbkst., MS.

Zuschriften unter R 9213 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Café-Restaurant

In einer der schönsten Lage der Mittelmeerküste mit 28 Gäste-Betten, Mosellerrassen, großer Privatzimmer, aus Gesundheitsgründen sofort zu verkaufen. Preis VB.

Näheres: Tel. 0 65 42 / 41 12 - 42 28

Investieren Sie in ein Paradies

Investieren in ein Paradies

Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen, Einkaufszentrum und Sportanlagen. (*) Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung. Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern

Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von: Robex Ferien-Immobilien International GmbH, Golzheimer Platz 3, 4000 Düsseldorf 30, Telefon 0211-433366.

(*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée.

CAP MONASTIR

Coupon

Bitte senden Sie sofort kostenlos und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:

Name _____ Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ / Stadt _____

منازل في تونس

Humor mit Krokodil

he - Briten inklusive Schotten und Walliser rügen am „typischen Deutschen“ gerne seine angebliche Humorlosigkeit. Nun aber war es ausgerechnet ein Hamburger Exportkaufmann, der kürzlich den Briten und Schotten auf den komischen Zahn fühlte. Axel Voss wollte wissen, wie die Flughafenverwaltung von Heathrow auf den Brief eines Mannes reagiert, der allen Ernstes behauptet, ihm sei dort bei der Durchreise sein Verstand abhandeln gekommen. Es entspann sich eine wirklich sehr humorvolle Korrespondenz, mit der Bitte der Engländer an den Deutschen, doch sachdienliche Hinweise zur Ortung des Verlegten beizusteuern.

Halb Schottland freute sich dann etwas später über denselben Hamburger, der sich im Edinburgher „King James Hotel“ samt Frau und Haustier ansagte, einem sieben Meter langen Krokodil aus Afrika, das ihn auf allen seinen Reisen begleite. Kommt er oder kommt er nicht, fragten sich tagelang Hotelpersonal, Zeitungsläser und Rundfunkhörer.

Wer wird denn Spielverderber sein, wenn es um Humor geht? Die Schotten nahmen es dem Deutschen gar nicht übel, als herauskam, daß er überhaupt kein Krokodil besitzt und nicht einmal mit Kanarienvogel nach Schottland reisen wolle. Sie freuten sich über den gelungenen Scherz, auch wenn dieser Mr. Voss mit seinem Krokodil drauf und dran war, ihrer Niesse das Wasser abzugraben.

Dieser Scherzbold aus Hamburg hat mehr für die Aufrechterhaltung des deutschen Images in Albion getan als Kulturdiplomaten in Botschaften und Goethe-Instituten in jahrelanger Kämmerarbeit. Jetzt will Voss aber über seine Abenteuer auf der Insel ein Buch schreiben, und das ist leider nicht scherzhaft gemeint.

Der Zweifel ist ihr hartnäckigster Nachbar - WELT-Gespräch mit der Münchner Schauspielerin Christine Ostermayer

Ein Kristall, in dem die Rollen tausendfältig blitzen



„Ich kann nicht mehr zu einem Ja sagen“, Christine Ostermayer

FOTO: SÜDDUTSCHER VERLAG

Als schwarzgekleidete Dame im Kostüm der Jahrhundertwende mit Hut und Schleier trat sie in dieser Spielzeit im Münchner Residenztheater in Strindbergs „Nach Damaskus“ auf. Respektvoll beklatscht vom Stamm- und Abonnementspublikum, bejubelt von ihren Verehrern - Christine Ostermayer (Jahrgang 1936).

Diese Christine Ostermayer ist eine Identifikationschauspielerin mit einer Handbreite, die verblüfft. Sie kann jede Rolle spielen - was heißt spielen, sie kann sie sprechen, singen und tanzen, vom Gretchen über die Maria Stuart bis zur Kissa; eine Kraft und Talent hat, Stereotype zu widerlegen. Sie zieht auf sich die Rollen wie ein Kristall und läßt sie in unzähligen Facetten aufblitzen.

Wer nun das Geheimnis aufzuspüren trachtet, das Kraft und Wirkung von Christine Ostermayer ausmacht, landet rasch beim Beschreiben der Figuren, die nie nur auf eine Haltung, eine Stimmungsanlage setzen. Zum Beispiel die „Johanna“. Die Ostermayer führt mit Shaws Hilfe vor, daß Leidenschaft nicht denkbar ist ohne Empfindsamkeit. Der Kritiker Curt Hoffoß pries sie in dieser Aufführung, der in dem Satz gipelte: „Sie spielt die Männer an die Wand.“

Jetzt lacht die Ostermayer, fragt jedoch zweifelt: „Wo gibt es denn heute noch diese Kritiker, die Vermittler, die Diener, die Lehrer der Kunst sind?“ Logische Konsequenz solchen Bewusstseins - sie hat es längst aufgegeben, Kritiken zu lesen. Diese Christine Ostermayer, die so souverän die Bühne beherrscht, weiß genau, was sie nicht will: nämlich Interviews.

„Was kann man schon von einem Menschen in so kurzer Zeit erfahren?“, hatte sie am Telefon gemeint. Wichtig ist doch nur, was auf der Bühne geschieht, das, was hinter der Bühne ist, geht niemanden etwas an.“ Sie versucht immer wieder, ja bis zur Verletzung Wohlwollender

mit ihr, sich als „öffentliche Person“ aus dem Verkehr zu ziehen, auf Distanz zu gehen.

Wir trafen uns dennoch schließlich in ihrer Schwabinger Wohnung. Wenn man ihr vom Theater erzählt, sieht man, daß Christine Ostermayer eine glückliche Schauspielerin ist. Wie Reflexe von Begeisterung ihr Gesicht aufleuchten lassen, wie selig sie wirkt, wenn sie erklärt, wie ihr einst eine hervorragende Lehrerin das richtige „Atmen“ beigebracht hat, wie spontan sie es dann augenblicklich auf dem Fußboden demonstriert.

Doch die private Christine Ostermayer ist dünnhäutig gegenüber ihrer Umwelt geworden, steckt in einer Lebenskrise, ist verletzt worden durch Ignoranten. „Man wird heute belächelt, nicht mehr gefördert“, meint

sie resignierend. „Theaterspielen ist heute scheinbar nur noch ein Beruf für junge, robuste Menschen.“ So schleppt sie die privaten Strindbergelenen mit heim, in ihre vier Wände. Das Stück, das Damaskus übrigens nie erreicht, scheint derzeit in ihr weiter zu heimen. Dieses Spiel voller Skepsis wird bei ihr zur Wirklichkeit.

Kein Zweifel, sie steht im Umbruch. Christine Ostermayer hat das Gefühl, nicht mehr voranzukommen, zu erstarren. Sie sucht nach einer neuen „Linie“. Will aufstöhnen, und zwar gründlich. Sie, die eher sanfte Heldin, mischt denn das laufende Theaterbetrieb, macht derzeit Inventur, und zwar rigoros: „Ich kann nicht mehr zu einem Ja sagen. Da ist auch die Angst vor der Routine. Ich brauche „Blutspur“, Sauerstoff.“

Der Zweifel ist ein hartnäckiger Nachbar. Mit Unerbittlichkeit sagt sie: „Nach 20 Jahren München muß ich mich lösen. Neues beginnen.“ Konkretes dazu sagt sie nicht.

Natürlich wird sie auch wieder ab und an in München spielen. Man erfährt nur peu à peu, was sie machen wird, so z.B. mehr Lesungen geben in Salzburg, Wien oder wie derzeit in Bologna. Noch mehr Synchronarbeiten annehmen. Auch wird man sie häufiger als bisher auf dem Fernsehschirm antreffen. Und natürlich auch auf anderen Bühnen spielen.

Der Einwand, daß sie zur Schauspiel-Elite gehört, ist ihr kein Trost: „Wissen Sie, das Stigma „Staatschauspielerin“ gleich „Establishment-Schauspielerin“ ist ja heute fast ein Schimpfwort.“ Natürlich weiß

auch sie, daß sie gut ist. Sie weiß aber ebenso, daß sie nicht allein Theater spielen kann. „Alle müssen mithelfen, vom Förtör bis zum Beleuchter. Und dazu kommen die Erwartungen der Zuschauer und vor allem das Wollen der Regisseure.“ An diesem letzten Punkt fühlt sie sich im Stich gelassen. Größe wächst in diesem Metier nur sachte und behutsam heran, ist entscheidend abhängig von Regisseuren und angebotenen Rollen, mit deren Hilfe, deren Herausforderung sich Schauspieler weiterentwickeln.

Christine Ostermayer hat zu Beginn ihrer Laufbahn viel Glück gehabt. Sie wurde Schauspielerin, weil dem kleinen Mädchen das Wien der Nachkriegszeit zu grau erschien. So „lebte sie frühzeitig tanzen im Kinotheater. Wurde später vorzeitig im Max-Reinhardt-Seminar entdeckt und wurde dann in Essen und Wuppertal „Jes, was man sich wünscht: von Hans-Joachim O'Neill bis Willy. Glücklich schließend nach München und sieben Jahre am Residenz-Theater.“ Hier lernte sie Hans Lietzau kennen, der sie für drei Spielzeiten zwischen Hamburg und München pendeln ließ. Wurde dann geholt mit dem Titel „Staatschauspielerin“ und dem Förtör der Stadt München, wo sie nun - abgesehen von Gastspielen - Wien und Salzburg - lebt und spielt.

Sie wartet auf Regisseure, die ihre neue empfindsame Dimension, die Menschendarstellung befehlen könnten. Gibt es diese denn überhaupt für Christine Ostermayer? „Ja“, meint sie, „aber Namen nennt ich nicht, das bringt nur unnötigen Ärger. Ich will wieder etwas bewirken in meinem Beruf. Es ist zum Beispiel der schönste und doch schwierigste zugleich. Alles, was ich noch brauche, ist Glück“, setzt sie energisch hinzu. „Sie wird es schaffen, das Leben ist schließlich nicht anders als die Summe gespielter Rollen.“

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Pflanzliche Gifte gegen Krebszellen

dpa, Hannover Bestimmte pflanzliche Gifte, wie sie zum Beispiel im Rizinus-Samen vorkommen, sind besonders geeignet, Krebszellen anzugreifen. Das ergaben langjährige Untersuchungen von Sjur Olsson vom norwegischen Krebsforschungsinstitut in Oslo, über deren Ergebnis der Wissenschaftler auf dem 5. Symposium über tierische, pflanzliche und mikrobielle Toxine (Gifte) der Europäischen Gesellschaft für Toxikoforschung berichtete. Die Tagung findet zur Zeit an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover statt. Der Präsident der 1964 gegründeten Gesellschaft, Professor Gerhard Habermehl (Hannover), wies darauf hin, daß in Zukunft den von Lebewesen stammenden Giften eine zunehmende Bedeutung auf den Gebieten der Infektionsabwehr und der Krebsbekämpfung zukommen werde. Die gewonnenen Erkenntnisse über die auf der Tagung in Hannover berichtet wird, zeigen, daß Toxine aus Tieren, Pflanzen und Mikroben zwar zu den giftigsten bekannten Stoffen zählen, daß sie aber auch zu einem sehr wertvollen Werkzeug in der Hand des Forschers geworden seien.

Turgenjew-Landhaus wird zum Museum

AFP, Versailles Die „Datscha“, die sich Iwan Turgenjew (1818-1883) in Bougival bei Paris baute, wird zum Museum. Zur Eröffnung am kommenden Samstag wird die Ausstellung „Turgenjew und seine Zeit“ präsentiert, die vor allem durch sowjetische Leihgaben aus dem Turgenjew-Archiv in Moskau ergänzt wird. Der Schriftsteller bezog sein „Datscha“ im Jahre 1875. Er starb im Alter von 65 Jahren.

Prähistorische Funde beim Brüssel U-Bahn-Bau

Das Schulplatt eines Mammuts, ein Elchschädel und der Knochen eines Bisons sind in zwölf Meter Tiefe bei den Arbeiten an der Brüsseler U-Bahn gefunden worden. Die Funde wurden von 10 000 Jahren vor heute datiert. Die Knochenreste sind in der Gegend von Brüssel, wo die U-Bahn gebaut wird, in der Nähe der U-Bahnstationen gefunden worden. Die Funde sind in der Gegend von Brüssel, wo die U-Bahn gebaut wird, in der Nähe der U-Bahnstationen gefunden worden.

Neue Zeitschrift für Arbeiter in China

Unter dem Titel „Studien über ideologische und politische Arbeit“ erscheint in Peking eine neue politische Zeitschrift, die für den Arbeiter bestimmt ist. In der ersten Nummer wurden zahlreiche Beiträge führender Politiker der Volksrepublik veröffentlicht. Die Zeitschrift wird vom „Chinesischen Institut für das Studium der ideologischen und politischen Arbeit unter den Angestellten und Arbeitern“ herausgegeben.

Chinesisch-japanische Koproduktion ausgezeichnet

Die 1982 gedrehte chinesisch-japanische Koproduktion „The Gods Must Be Crazy“ wurde auf dem Internationalen Filmfestival von Montreal mit dem Grand Prix ausgezeichnet. Der Sonderpreis für den besten französischen Streifen „Beverly Hills Cop“ wurde ebenfalls vergeben. Die Preise für die besten männlichen Hauptrollen gingen an Gérard Depardieu und Wojciech Pszoniak für ihre Darstellung in Andrzej Walas „Danton“. Zum populärsten Film des Festivals wurden Sauras „Carmen“ und die in Botswana produzierte Komödie „The Gods Must Be Crazy“ von Jamie Uys gewählt.

Herbstliche Musiktage mit Kontrabaß

Zum achten Mal veranstaltet die Stadt Isenlohn in diesem Herbst internationale Musiktage mit dem Schwerpunkt auf instrumentalen Meisterkursen. Gastdozent ist diesmal (7. bis 16. Oktober) der Kontrabaßist Ludwig Streicher, einen Orchesterkursus leitet Franz Weinhammer.

José Bergamin

Der spanische Schriftsteller José Bergamin Gutierrez, neben Federico Garcia Lorca, Rafael Alberti und Vicente Aleixandre eines der herausragenden Mitglieder der Literatur-„Generación de 27“, ist im Alter von 87 Jahren in San Sebastian gestorben. Bergamin, der lange Jahre wegen seiner Antipathie gegen das Franco-Regime im Exil in Uruguay gelebt hat, hinterläßt ein umfangreiches Werk an Gedichten, Essays und Theaterstücken und gründete die in der spanischen Literaturwelt einflussreiche Zeitschrift „Cruzy Raya“.

New York: „Ein Käfig voller Narren“ als Musical

Zazas zornige Lieder

Nach einem Theaterstück und zwei Filmen ist „La cage aux folles“ nun in seiner vierten Inkarnation als Musical von nicht weniger als elf Produzenten am Broadway herausgebracht worden. Es war bei den Vorausführungen in Boston mit Vorschauflorbeeren versehen worden, wie es in dieser sehr kritischen Stadt selten ist, und entsprechend waren bis zum Premiereabend bereits Eintrittskarten für vier Millionen Dollar im Vorverkauf abgesetzt worden.

„La cage aux folles“, mit fünf Millionen Dollar Produktionskosten das teuerste Musical, hat ausgezeichnete Musik von Jerry Herman, in George Hearn und Gene Barry ein paar hervorragende Hauptdarsteller, ein entzückend schwaches Libretto von Harvey Fierstein, eine vor allem im zweiten Akt äußerst imaginative Spielleitung von Arthur Laurents - aber auch viele Längen.

Erstmalig ist das Thema der Homosexualität Gegenstand eines Broadway-Musicals, aber solche Gewaltigkeit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Musical mit herkömmlichen Mitteln arbeitet und nicht etwa einen Durchbruch zu einer neuen Form darstellt, wie vielfach erhofft worden war. Was bisher von der Bühne herab kaum gefestigt werden konnte, wird hier fast zur Familienunterhaltung.

Die Fabel ist bekannt: In dem Georges Nachbarn, der die „cage aux folles“ („Käfig“) stellt im französischen nicht nur für „verrückt“, sondern in der Umgangssprache auch für „schwul“, ist Albin als Zaza die Hauptattraktion eines Männerballets in Frauenkostümen. Les Cagettes, genannt. Tatsächlich lieben Georges und Albin schon seit 20 Jahren in voller Eintracht zusammen. Ihr Verhältnis erhält einen Riß, als Georges Sohn Jean-Michel, vor langer Zeit in einer heterosexuellen Phase des Nachkriegsbesitzers gezeugt, ankündigt, daß er die Tochter eines beachtlichen Politikers zu heiraten gedenkt. Georges verlangt von Albin-Zaza, daß dieser sich während des

Besuchs der künftigen Schwiegerväter nicht sehen läßt, obwohl er an der Erziehung des Jungen lebhaften Anteil genommen hatte.

Der 1. Akt endet mit einer musikalisch und dramatisch herausragenden Nummer: Ein Lied des Zorns, der Selbstbehauptung nach enttäuschter Entschöpfung. Georges Hearn läßt aus diesem Lied „I am what I am“ seine ganze Leidenschaft, seine verwundete Seele sprechen. Es wird eine glühende Verteidigung seines Lebensstils, seiner Homosexualität. Hier ist der Höhepunkt des Musicals erreicht, das trotz zahlreicher Inszenierungstricks im 2. Akt nicht mehr diese unwiderstehliche Ausdruckskraft erlangt.

Barry hat zwei gute musikalische Nummern, „Look over there“ und „Song on the sand“, in denen er unverhohlen seine Verehrung und Liebe für Albin ausdrückt. Man wünschte sich, daß auch die gesprochenen Dialoge der beiden weniger steif wären, als sie wirklich sind. Die Nebenfiguren sind durchweg zu wenig charakterisiert, um den Darstellern größere Möglichkeiten zu geben.

So steht und fällt dieses Musical mit George Hearn und Gene Barry, die die vielleicht besten Leistungen ihrer Laufbahn vollbringen, und der Musik sowie den Liedtexten von Jerry Herman. Für sein „Hello, Dolly!“ hat er sich mit „La cage aux folles“ keine Konkurrenz geschaffen, aber an „Mame“ dürfte sein neuestes Musical an Erfindungsreichtum und Musikalität herankommen.

Auch die Helfer am Werke, die die keineswegs so seltenen Schwächen und Längen des Musicals im Palace Theatre überbrücken, müssen hier genannt werden: David Mitchell, der die stimmungsvollen Bühnenbilder schuf und Theoni v. Aldridge, deren zuckerwatzenfarbige Kostüme des Transvestitenballetts von einmalig schmalziger Schönheit sind. Enttäuschend war der nur selten über die übliche Routine hinausgehende Choreographie von Scott Salmon.

HENRY MARX

Die 35. Deutsche Therapie-Woche in Karlsruhe

Wer ist wirklich krank?

Professor Hans Erhart Bock, Nestor der deutschen Internisten und Präsident der Deutschen Therapiewoche in Karlsruhe, diagnostizierte in seinem Lagebericht zur Eröffnung des vielbesuchten Medizinerkongresses so manches Seltsame, ja sogar Ungehörliche. So hat er keinerlei Verständnis für die leichtfertige Auswertung des Illusionären Krankheitsbegriffs, wie er von der Weltgesundheitsorganisation postuliert wurde. Danach ist man nicht mehr gesund, wenn es an körperlichem, psychischem und sozialem Wohlbefinden gebricht. Daß bei solchen eigenartigen Vorgaben Krankheitszustände bemaßstablos verteilt werden, ist zwar verständlich, oftmals aber nicht gerechtfertigt. Bock verwies auch auf einen anderen Grund nicht, der die berühmten „gelben Scheine“ leichter erreichbar macht: die mangelnde Courage der Ärzte, nein zu sagen, „wenn man weiß, daß um die Ecke herum ein Ja-Sager praktiziert“. Folgen also der sich anbahnenden Ärzteschwemme.

Strengere berufliche Selbstkontrolle, aber auch bessere Auswahl der Studienbewerber sind Bocks therapeutischer Vorschlag für diese ungeliebte Entwicklung. Wie ungesund sie ist, macht folgendes Beispiel deutlich, das Bock seinem Freiburger Kollegen Professor Wolfgang Gerok verdankt: „1979 legten 20 Prozent der Studenten eines Semesters ein ärztliches Attest vor, das ihnen bescheinigte, wegen psychosomatischen Leidens das Internatjahr nur am Universitätsort selbst und nicht an einem auswärtigen Lehrkrankenhaus ableisten zu können.“ Der Mißstand - zwar Bock zufolge im Abklingen - ist sowohl berufsethisch als auch zwischenmenschlich gefährlich und dürfte nicht verschwiegen werden, auch

nicht „aus christlicher Nächstenliebe und beruflicher Scham“.

Bock griff auch den Vorwurf auf, die Medizin leide an seinem naturwissenschaftlich-reduktionistischen Grundkonzept, eine Systemkritik, wie sie zuletzt von dem amerikanischen Physiker Capra beängstigend schlagend formuliert wurde. Die Ärzte müssen sich, so Bock, bewußt sein, daß naturwissenschaftliche Daten das Leben nur auschnittsweise kennzeichnen können - „aber doch treffend und erfolgversprechend“. Bock sieht eine neue Gefahr im Anmarsch: den psychologischen und soziologischen Reduktionismus, der scheinbar alles mit psychologischem Verständnis und gesellschaftlicher Relevanz erklärbar machen möchte. Diese neuen Paradigmen seien zwar therapeutisch nicht so ergiebig wie das naturwissenschaftliche, aber mindestens ebenso kritikbedürftig. Eine primitive, aber modische Spielart sieht Bock im magischen Reduktionismus. Selbst große Geister fühlen sich davon angezogen. Archaische Objektbeziehung und primitiv-medizinische Praktiken würden dem Arzt heute allerdings kaum nützen können.

In diesem Zusammenhang teilte Bock noch einen Seitenhieb auf den therapeutischen Reduktionismus aus, insbesondere auf die modische Beschränkung auf pflanzliche Heilmittel (Phytotherapie). Man sollte sich von dem Etikett „unverfälscht natürlich“ nicht täuschen lassen, weder durch mysteriöse oder phantastische Ausdeutung imaginärer Wirkpotenzen. Daß „natürlich“ nicht gleichbedeutend sei mit „harmlos“ und Phytotherapeutika gravierende Nebenwirkungen haben können, gehörte inzwischen zum fundierten Erkenntnisstand. JOCHEN AUMILLER

Vorschau auf die Filmfestspiele in Venedig

Woody außer Konkurrenz

Die Erwartungen werden hoch gespannt sein, wenn sich heute abend am Lido der Vorhang hebt zu den 40. Internationalen Filmfestspielen von Venedig. Ein „Festival der Regisseure“ für die Regisseure hat der neue Biennale-Direktor Gian Luigi Rondi angekündigt und nicht zuletzt wird er damit unter Beweis stellen wollen, wie groß das Renommee dieses Festivals bei den Filmemachern in aller Welt inzwischen ist. Der Glanz Venedigs wird - so viel steht fest - in diesem Jahr den von Cannes überstrahlen.

Federico Fellini und der festival-scheue Ingmar Bergman, Woody Allen, Louis Malle und Georges Rouquier, der Altmeister der französischen Dokumentaristen, haben ihre neuen Arbeiten nach Venedig gegeben, wenn auch außer Konkurrenz. Im Wettbewerb um den Goldenen Löwen fallen Namen auf wie der Amerikaner Robert Altman, der „Streamers“ zeigt. Costa Gavras geht für Frankreich an den Start mit „Hanna K“, der Vita einer jüdischen Rechtsanwältin, die als Pflichtverteidigerin einen Palästina-Verbrecher vertritt. Ebenfalls im Zeichen der Trikolore streitet Jean-Luc Godard, der - nach Carlos Saura - nun auch eine „Carmen“ auf die Leinwand gebracht hat. Alain Resnais schließlich erzählt - wie schon in „Hiroshima mon amour“ und „Letztes Jahr in Marienbad“ - eine Geschichte, die auf dem schmalen Grat zwischen Traum und Wirklichkeit spielt: „Das Leben ist ein Roman“.

Drei Beiträge hat auch die Bundesrepublik im offiziellen Wettbewerb. Hans W. Geissendörfers Highsmith-Verfilmung „Ediths Tagbuch“, die das Filmfest eröffnet wird, ist in den Vorberichten der italienischen Kritik schon in die

vorderste Reihe der Favoriten gestellt worden. Alexander Kluge's Film „Die Macht der Gefühle“ findet ebenfalls Aufmerksamkeit, hat Kluge doch schon einmal, 1968, für „Die Artisten in der Zirkuskuppel“ - ratlos! - in Venedig Gold eingekassiert. Schließlich tritt der Pole Andrzej Wajda, ein aussichtsreicher Kandidat, für die Bundesrepublik an. Er verfilmte Rolf Hochhuts Roman „Eine Liebe in Deutschland“. Sollte auch in diesem Jahr ein deutscher Film am Lido siegen, so wäre das schon der Beginn einer Tradition. 1981 hat Margarete von Trotta für ihre „Bleierne Zeit“ Venedigs begehrte Trophäe erhalten, und 1982 war Wim Wenders' „Stand der Dinge“ auf dem ersten Platz.

Das Gastgeberland Italien präsentiert erstaunlicherweise nur zwei Arbeiten von zumal noch wenig bekannten Regisseuren: Pupi Avati und Giuliana Berlinguer. Mit von der Partie ist auch Ken Loach aus Japan. Die „DDR“ bewirbt sich mit Frank Beyers „Der Aufenthalt“ (nach Hermann Kants gleichnamigem Roman), der im Februar als offizieller Berlinale-Beitrag angemeldet, im letzten Moment aber wieder zurückgezogen worden war, wohl wegen der politischen Situation in Polen.

Wie sieht die Jury aus auf diesem „Festival der Regisseure“? Bernard Bertolucci als Vorsitzender hat eine Reihe namhafter Filmemacher der mittleren Generation um sich geschart. Da sind Jack Clayton und Nagis Oshima, Bob Rafelson und Leon Hishman, Maria Menzies und Agnes Varda, Miral Sen, Alain Tanner, Gied Panfilov und der Senegalese Ousmane Sembene. Die Bundesrepublik vertritt Peter Handke, der einzige Schriftsteller im Cineasten-Kreis.

DORIS BLUM

Coburg: Flugblätter aus der Zeit der Glaubenskämpfe und der Reformation

Das Medium, mit dem Luther stritt

Aussteller von Gedrucktem tun sich verständlicherweise besonders schwer, was die optische Attraktivität ihrer Objekte betrifft. Die Kunstsammlungen der Veste Coburg haben anlässlich ihrer Luther-Jubiläumsausstellung „Illustrierte Flugblätter aus den Jahrhunderten der Reformation und der Glaubenskämpfe“ mit diesem Problem keine Lust. Mit den 152 Einblättern (aus dem seit Ende des 18. Jahrhunderts zusammengestellten Bestand von mehr als tausend Blättern im Coburger Kupferstichkabinett) zum Thema der Luther-Rezeption im weitesten Sinn entsteht vor dem Betrachter eine äußerst bewegte Welt, die unmittelbar anspricht und durch die Fülle damals aktueller oder auch zeitloser Themen sowie durch die Variationen der ikonographischen Formen unwiderlich fesselt.

Das angesichts dieses nur mit Hilfe (kunst)historischer, literaturwissen-

schaftlicher und theologischer Einführungen wirklich dechiffrierbare Material erfordert erhebliche Anstrengungen des Betrachtenden und Lesenden, denn es handelt sich um weitestgehend unbekannte und noch unerforschte Belege für ein dem heutigen Leser oder Nachrichtenkonsumenten reizvoll fremd gewordenes publizistisches Medium der frühen Neuzeit. Doch diese Mühe lohnt.

Die Bildelemente der Blätter dienen - sofern sie nicht sowieso den Mittelpunkt bilden - heute wie damals als Blickfang, sozusagen als „Aufmacher“ für die Botschaft der Texte. Sie waren allerdings in Einzelheiten ihrer ikonographischen Verschärfungen seinerzeit wohl leichter als gegenwärtig zu verstehen. Diesen Informationsdefizit versucht der opulent aufgemachte Katalog erfolgreich abzufüllen, der sämtliche Exponate abbildet, und zwar in einem Format, das immerhin noch die Lektüre der Originaltexte erlaubt.

Die ältesten der vorgestellten Dokumente stammen aus den Jahren 1524-26, die jüngsten spiegeln höchst reizvoll die Reformationsjubiläen von 1717 und 1730, so daß der zeitliche Anlaß der Ausstellung hier gleichsam potenziert und in zeittypischen Brechungen erscheint. Das Gros der Flugblätter entstand jedoch in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts und spiegelt die Wirren des Dreißigjährigen Kriegs, des Aufstandes der Niederlande, aber auch die intensiven Auseinandersetzungen um Papsttum, Jesuitenorden, reformatorische Richtungen und die Grauel der Hexen- und Ketzerverfolgungen teils drastisch, teils subtil wider. Dabei kommt die reformatorisch agierenden Autoren seinerzeit qualitativ und quantitativ dominierten. Eine reizvoll anschauliche Geschichtsschau (Bis 31. Okt.; Katalog 20 Mark).

HEINZ RÖLKE



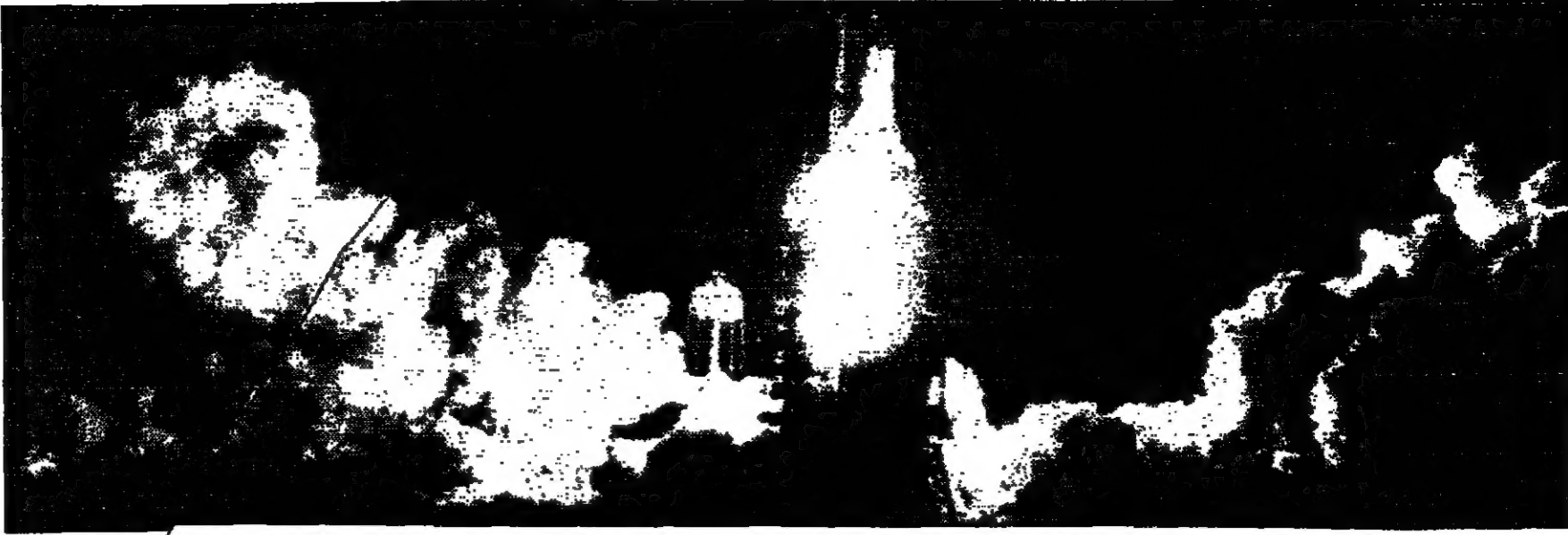
Luthers „Johel Glas“: Spottbild der Konfessionen von 1616, aus der Coburger Ausstellung FOTO: KATALOG

AUSSTELLUNGSKALENDER

- Angsborg: Deutsche Bildhauer der Gegenwart - Zeughaus (14. Sept. bis 30. Okt.)
- Berlin: Sieg über die Sonne - russische Kunst des 20. Jh. - Akademie der Künste (2. Sept. bis 9. Okt.)
- Berlin: Kuschale (2. Sept. bis 12. Okt.)
- Bonn: Jon Borofsky - Stadt Kunstmuseum (21. Sept. bis 30. Okt.)
- Jacoba van Heemskerck - Rhein-Landesmuseum (9. Sept. bis 9. Okt.)
- Braunschweig: Herzog Anton Ulrich von Braunschweig - Herzog Anton Ulrich-Museum (bis 30. Okt.)
- Bremer: Walter Störner - Kunstverein (Bis 18. Okt.)
- Darmstadt: Joseph Maria Olbrich - Mathildenhöhe (18. Sept. bis 27. Nov.)
- Düsseldorf: Niederländische Platen - Hetjens-Museum (18. Sept. bis 27. Nov.)
- Georg Meißner - Goethe-Museum (bis 30. Okt.)
- Neues Glas in Deutschland - Tonhalle (4. Sept. bis 4. Nov.)
- Frankfurt: Ernst Antons Joseph Beys - Städt. (bis 30. Okt.)
- Hamburg: Ziemer - Museum für Völkerkunde (8. Sept. bis 26. Febr. '84)
- Hannover: Künstler in Niedersachsen - Kunstverein Hannover (2. Sept. bis 9. Nov.)
- Kaiserslautern: Zeichnung konkret in Deutschland heute - Pfalzalerie (bis 28. Sept.)
- Karlsruhe: Caroline Luise - Markgräfin von Baden - Schloss (10. Sept. bis 20. Nov.)
- Köln: Szene Schweiz - Videokunst - Kunstverein (4. Sept. bis 3. Okt.)
- Wien: Die „Kunst“ - Josef H. Schindler (2. Sept. bis 30. Okt.)
- Krefeld: Canada - Mikrokosmos - Textilmuseum (4. Sept. bis 20. Nov.)
- Amerikanische Quilt - Museum Haus Esters (4. Sept. bis 23. Okt.)
- Mahon Zwanzig Jahre Kunst in Frankreich - 1899-1919 - Landesmuseum (7. Sept. bis 5. Okt.)
- München: Das Kruzifix von Cima da Conegliano (22. Sept. bis 30. Okt.)
- Münster: Kreuzzug-Karikaturen - Westfälisches Landesmuseum (11. Sept. bis 13. Nov.)
- Uelzen: Franz Radziwill - Kunstverein (2. Sept. bis 28. Sept.)
- Darmstadt: Sakrale Kunst - Evangelisches Altargemälde - St. Stadtkirche (5. Sept. bis 2. Okt.)

Mit kleiner Verspätung ging Challenger auf Nachtflug

Zum ersten Mal ist eine amerikanische Raumfähre in der Nacht ins Weltall gestartet. An Bord der Raumfähre Challenger, die gestern um 02.32 Ortszeit (8.32 Uhr MEZ) abhob, befand sich erstmals ein schwarzer Astronaut unter den fünf Besatzungsmitgliedern. Der Abflug hatte sich wegen eines Gewitterregens um 17 Minuten verzögert. Der Countdown war zunächst planmäßig gelaufen, wurde aber neun Minuten vor dem Abflug vom Bodenpersonal des Raumfahrtzentrums unterbrochen, weil dichte Gewitterwolken eine eventuelle Notlandung der Raumfähre zu gefährlich gemacht hätten. Wenn alles planmäßig verläuft, wird die Raumfähre am kommenden Montag, ebenfalls nachts, auf der Edwards Air Force Base im US-Bundesstaat Kalifornien landen. Die Raumfähre soll am zweiten Tag ihrer Mission einen indischen Satelliten aussetzen, der eine Reihe von Kommunikations- und Wetterinformationenaufgaben übernehmen soll. Um diesen Satelliten rechtzeitig in seine Umlaufbahn zu bringen, mußte Challenger in der Nacht starten.



Unter der Planierdrape endete die Hoffnung vieler Zigeuner

Darmstädter Experiment zur Integration scheitert an offenbar unüberwindlichen Problemen

H. H. KANNENBERG, Darmstadt

Im Sommer 1979 wurde der verstorbene Darmstädter Oberbürgermeister Winfried Sabais auf einem Festival zu Ehren der Sinti feierlich. An den Grenzen dieser Stadt wird künftig kein Zigeuner zurückgewiesen werden. Wochen später nahmen drei Großfamilien der Sippe Rom, vom Balkan stammende Zigeuner, das Stadtoberhaupt beim Wort. Mit einem klappigen Wohnwagen zogen sie in die Stadt ein und baten um Aufenthaltsgenehmigung.

Heute, vier Jahre später, zeigt sich deutlich, daß auch in Darmstadt zwischen verbotener „Vorurteilspolitik“ und tatsächlicher Integration ein großer Unterschied besteht. Immer noch eine große Lücke zwischen dem, was Sabais versprochen hat, und dem, was sich in der Realität zeigt. In der Stadt, die sich als „Stadt der Toleranz“ bezeichnet, sind die Zigeuner immer noch in einer Art „Ghetto“ gefangen. Die Stadtverwaltung hat zwar versprochen, die Zigeuner zu integrieren, aber die Realität ist eine andere. Die Zigeuner sind immer noch in einer Art „Ghetto“ gefangen. Die Stadtverwaltung hat zwar versprochen, die Zigeuner zu integrieren, aber die Realität ist eine andere.

Die Zigeuner sind immer noch in einer Art „Ghetto“ gefangen. Die Stadtverwaltung hat zwar versprochen, die Zigeuner zu integrieren, aber die Realität ist eine andere. Die Zigeuner sind immer noch in einer Art „Ghetto“ gefangen. Die Stadtverwaltung hat zwar versprochen, die Zigeuner zu integrieren, aber die Realität ist eine andere.

„Auf den Einwohnern der Stadt ist eine Spezialklasse ein. Die Männer erhielten Arbeit beim Gartenamt. Für eine Familie, die sich auf die Herstellung von Töpfen und Kannen aus Kupfer versteht, wurde ein 3000-Mark-Kredit zur Anschaffung einer Maschine bereitgestellt.“

Doch die Überzeugung der Behörden, nun könne mit der Integration der Rom-Nomaden nichts mehr schiefliegen, erwies sich als Illusion. Die früheren Wohnwagenbewohner feierten weiter ihre ausgelassenen Feste. Auch andere Vorstellungen von Sauberkeit führten zu Konflikten mit den Nachbarn. Die als Parkpflüger eingesetzten Männer konnten sich an regelmäßige Arbeit nicht gewöhnen.

Die Stadt schaltete im Herbst 1982 auf harten Kurs. Sie sperrte den Männern wegen „Arbeitsverlust“ die Sozialhilfe. Die Roma fühlten sich verraten. Ihre Hauptforderung angesichts immer neuer bürokratischer Hemmnisse bei Arbeits- und Wohnraumbeschaffung: „Gebt uns statt der Duldungsgenehmigung reguläre Fremdenpässe.“ Und Kogon sekundierte letzte Woche in Darmstadt: „Ordentliche Legitimationspapiere sind der erste Schritt zu einer Integration.“

Fremdenpässe hat die Stadt bisher verweigert. Ihr Argument: „Voraussetzung für solche Papiere ist Staatsbürgerschaft. Bei den Roma vermuten wir jedoch, daß die meisten jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzen und ihre Pässe nur versteckt halten.“

Die Stadt schaltete im Herbst 1982 auf harten Kurs. Sie sperrte den Männern wegen „Arbeitsverlust“ die Sozialhilfe. Die Roma fühlten sich verraten. Ihre Hauptforderung angesichts immer neuer bürokratischer Hemmnisse bei Arbeits- und Wohnraumbeschaffung: „Gebt uns statt der Duldungsgenehmigung reguläre Fremdenpässe.“ Und Kogon sekundierte letzte Woche in Darmstadt: „Ordentliche Legitimationspapiere sind der erste Schritt zu einer Integration.“

Fremdenpässe hat die Stadt bisher verweigert. Ihr Argument: „Voraussetzung für solche Papiere ist Staatsbürgerschaft. Bei den Roma vermuten wir jedoch, daß die meisten jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzen und ihre Pässe nur versteckt halten.“

Fremdenpässe hat die Stadt bisher verweigert. Ihr Argument: „Voraussetzung für solche Papiere ist Staatsbürgerschaft. Bei den Roma vermuten wir jedoch, daß die meisten jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzen und ihre Pässe nur versteckt halten.“

Giftalarm für Tausende von Touristen

H. WEISSENBARGER, Bordeaux

Nach dem stürmischen Regen, der im französischen und spanischen Baskenland wahrscheinlich mehr als 50 Todesopfer forderte, herrscht nun an der französischen Biskaya-Küste Giftalarm. Fässer mit hochgiftigem Natriumcyanid und Äther, die in Spanien ins Meer gespült wurden, driften teilweise an die Sandstrände Südwestfrankreichs.

Die gesamte 250 Kilometer lange Küste von der spanischen Grenze bis zur Mündung der Gironde bei Bordeaux wurde von den Behörden für Badende gesperrt. Feuerwehr, Spezialisten des Zivilschutzes und Angehörige des 1. Fallschirmjägerregiments der Marineinfanterie in Schutzausrüstung räumen die gefährlichen Giftfässer weg. Befürchtet wird außerdem die radioaktive Verseuchung, nachdem die spanischen Behörden mitgeteilt hätten, daß mehrere Fässer mit stark radioaktivem Kobalt-3-Produkt bei Bilbao ins Meer gespült wurden.

Suchflugzeuge der französischen Marine und sämtliche Schiffe haben Anweisung erhalten, vor der Biskaya-Küste nach verdächtigen Fässern Ausschau zu halten. Am Strand von Cap Breton wurden in unmittelbarer Nähe eines Sanatoriums, in dem sich mehrere hundert Patienten aufhalten, gleich acht Fässer von je 100 Litern mit Gift angespült. Die Fässer tragen die Aufschrift „Sida S.A. Farell Barcelons 4“ und einen weißen Totenkopf in schwarzem Feld.

Einheimische und Touristen entlang der Küste wurden gewarnt, sich von allen Behältern mit unbekanntem Inhalt fernzuhalten. (SAD)

An der US-Kürzelsprache sind 2-fel erlaubt

HANS J. STÜCK, New York

In den USA, Urheime der modernen Abkürzungsmittel, begegnet einem auf Schritt und Tritt Erstaunliches: die zunehmende Reduzierung der Werbe- und schriftlichen Umgangssprache auf griffige, phonetische Kürzel. Von regelrechten Sprachverstößen kann allerdings kaum die Rede sein, denn eine allgemeinverbindliche Autorität wie den Duden gibt's hierzulande nicht.

Da prägen an Häusern und Autos Schilder wie „4 sale“, kurz für „for sale“. An den Autobahnen sieht man Neonlexeme wie „bi-lo“ oder „U-R here! King's Motel 4-U restaurant“. Das heißt aus dem Phonetischen übersetzt „buy low“, zu deutsch etwa „Kaufen Sie billig“, und „You are here! King's Motel for you restaurant“, zu deutsch „Sie sind angekommen! Am King's Motel Restaurant für Sie.“

Der Umstand, daß selbst einzelne Buchstaben und Zahlen gängige Homonyme haben – wie „u“ für „you“, „a“ für „are“ oder „2“ für „too“ (auch) und „4“ für „for“ (für) begünstigt natürlich ganz ungemein den wuchernden Wildwuchs der von Sprachpuristen als „low brow“-Idiom gebildeten Praxisse. „Low brow“ heißt soviel wie „niedrige Braue“, übersetzt etwa „ungebildet“. Doch die Kürzelsprache schüttelt derlei Kritik längst 3-st und 8-los ab und schreibt, wie die Radioindustrie auf ihre Apparate längt „low“ für „low“ und „hi“ für „high“.

Offt treibt die Sprachverkürzung die tollsten Blüten. So war auf einem

Schild in Florida zu lesen: „R-U-M-T? Then kun in 4 diner. U will B happy 2.“ Zu Deutsch etwa: „Sind Sie leer (M-T) gleich empty, dann kommen Sie rein zum Diner, und Sie werden auch glücklich sein.“

Selbst die städtischen und staatlichen Straßenverkehrsbehörden haben längst die Einprägsamkeit der phonetischen Schreibweise für sich entdeckt und auf Abertausenden von Verkehrsschildern angewandt. So liest man an Fußgängerüberwegen ständig „pedestrian X-ing“, was „kreuzende Fußgänger“ heißt. All dies sind Abkürzungen, die noch in den braven vierziger oder fünfziger Jahren undenkbar gewesen wären, als ein Schulschild immerhin schon längst „low“, für „I owe you“ (Ich schulde Ihnen) hieß und kleine Sprachreformer begannen, „nite“ statt „night“ und „lite“ statt „light“ zu schreiben.

Inzwischen hat der Tick so überhandgenommen, daß selbst dann zu Kürzungen gegriffen wird, wenn damit nur zwei Buchstaben gespart werden. So trifft man in Reklame- und Anzeigentexten häufig auf „kwik“ für „quick“, „bar-B-Q“ für „Barbecue“ oder sogar „vu“ für „view“.

Vor der Literatur schrecken die Sprach- und Stilschöpfer allerdings noch zurück – hier belästigt man sich nach wie vor des „high brow“, und auch Zeitungen wie die ehrwürdige „New York Times“ beteiligen sich nicht an derart „3-felhaftem“ Treiben. (SAD)

Neuer Brief von Emanuela?

AP, Rom

Von einem möglichen Lebenszeichen der seit dem 22. Juni verschwundenen 15-jährigen Emanuela Orlandi hat am späten Montagabend eine italienische Nachrichtenagentur berichtet. Unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Kreise hieß es, dem Anwalt der Familie, Gennaro Egidio, sei am Vormittag ein Brief zugegangen, der mit dem Namen des Mädchens unterzeichnet sei. Darin soll Emanuela mitteilen, daß sie in einer kleinen Zelle gefangen gehalten und von ihren Entführern mit „heißen Eisen“ gefoltert werde.

Der Anwalt bestätigte später dem Erhalt des Briefes, wollte sich zum Inhalt jedoch nicht äußern. Er teilte lediglich mit, daß der Brief zwei mit Schreibmaschine geschriebene Seiten umfasse. Unterzeichnet sei das Schreiben mit „Emanuela“. Der Brief sei der Polizei zur Prüfung vorgelegt worden. Aus Polizeikreisen verlautete unterdessen, der erste Eindruck lasse den Schluß zu, daß der Brief nicht authentisch sei.

In mehreren Briefen hatte sich eine Gruppe mit der Bezeichnung „Türkische antichristliche Befreiungsfront“ zu der Entführung bekannt und die Freilassung des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca gefordert. Seit dem Verschwinden Emanuelas sind allerdings Hunderte von falschen Anrufen oder Briefen bei der Polizei eingegangen.

Gefahr auf Luxuslimmer

dpa, New York

Der britische Luxuslimmer „Queen Elizabeth 2“ und fast die Hälfte der Passagier-Kreuzfahrtschiffe (27 von 67), die US-Häfen anlaufen, erfüllen nicht die sanitären Bestimmungen der amerikanischen Gesundheitsbehörden. Dies bedeutet nicht, so Beamte des US-Gesundheitsministeriums, daß den Passagieren unmittelbare Gefahr drohe, aber die Chancen, auf einem der beanstandeten Luxuslimmer zu erkranken, seien größer.

3 Kinder verschwunden

dpa, Heidelberg

Die drei seit Sonntag spurlos verschwundenen Kinder aus Ludwigshafen sind noch immer nicht aufgetaucht. Der Vater hatte am Montag mit einem geliehenen Auto bei Hockenheim Selbstmord begangen, nachdem er seiner vor ihm getrennt lebenden Frau gedroht hatte, sich und die Kinder umzubringen.

Uralte Keimlinge

rn, Moskau

Sowjetischen Wissenschaftlern ist der Antarktis utes nach einem Bericht der Parteizeitung „Pravda“ gelungen im Packeis konservierte 12 000 Jahre alte Mikroorganismen wiederzubeleben. Die Forscher hatten in Eisproben aus einer Tiefe von 400 Metern Plankton gefunden, diese aufgetaut und in einer Nährlösung zum Keimen gebracht.

Das beste ist: eine gute Versicherung

Jederzeit Sicherheit
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Der britische Bergarbeiter-Führer Arthur Scargill hat Premierministerin Margaret Thatcher die „Eiserne Lady“, wegen ihrer Atomrüstung „Plutonium Blonde“ umgetauft.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Polen bleibt heute noch einmal wetterbestimmend für Deutschland. Vorhersage für Mittwoch: Schwacher Zuzug von Süd und Erwärmung auf 25 bis 28 Grad C. Nachmittags.



Temperatur am Dienstag, 13 Uhr:
Berlin 22° Kairo 30°
Bonn 22° Kopenhagen 20°
Dresden 22° Las Palmas 24°
Essen 22° London 17°
Frankfurt 22° Madrid 24°
Hamburg 22° Mailand 20°
Lissabon 16° Mallorca 28°
München 21° Moskau 11°
Stuttgart 22° Nizza 27°
Algier 27° Oslo 16°
Amsterdam 18° Paris 20°
Athen 27° Prag 21°
Barcelona 25° Rom 25°
Brüssel 18° Stockholm 19°
Budapest 20° Tel Aviv 28°
Bukarest 22° Tunis 28°
Helsinki 18° Wien 21°
Istanbul 24° Zürich 21°

tags ankommende stärkere Quellbewegung mit einzelnen gewittrigen Schauern. Nachts Abkühlung auf 17 bis 13 Grad C. Schwacher bis mäßiger, von Ost auf Süd drehender Wind.

Übriges Bundesgebiet: Nach Auflösung von Frühnebeln sonnig, zeitweise auch leicht bewölkt und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 24 bis 28 Grad C. Nachts Abkühlung auf 14 bis 9 Grad C.

Weitere Aussichten:
Wolkig mit einzelnen gewittrigen Schauern.
Sommerausgang am Donnerstag: 6.33 Uhr, Untergang: 20.10 Uhr, Mondaufgang: 0.15 Uhr, Untergang: 18.18 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Urteilsspruch im „Jahre neun nach Herstatt“

WERNER KAHL, Köln

Ein Tennismatch, bei dem Richter und Angeklagter sich am Netz gegenüberüberstanden, hätten den größten deutschen Bankprozeß der Nachkriegszeit beinahe zum Platzen gebracht. In dem Richter und seinem Spielpartner auf der Anklagebank des Herstatt-Prozesses personifizierten die Medien so die „Kölner Klüngel“. Ohne Klüngel, so die Kritiker, wären auch die ruinösen Geldspekulationen von Iwan Herstatt Devisenhändlern vor dem Bankzusammenbruch vermutlich gestoppt worden.

Die Schlagzeilen, die den Prozeß um die 1,2-Milliarden-Pfennige des Kölner Bankhauses begleiteten, zeigten, welche Odyssee die Justiz in den neun Jahren vor dem heutigen Urteilsspruch hinter sich brachte. Eine erschöpfte Richterbank sah schließlich nur noch das Demoklesschwert der immer näher rückenden Verjährung im Jahre 1984 über sich.

Im Herstatt-Prozeß ist kaum mehr einer, so die „Frankfurter Rundschau“ im Sommer 1982, „der ein Urteil sprechen könnte“.

„Weltweit mit der Zeit“ meldete die „Zeit“ und sorgte sich: „Bleibt die

größte Bankpleite ohne strafrechtliche Folgen?“

Der „Stern“ setzte schließlich dem bösen Wort vom programmierten Scheitern des Verfahrens eine hausgemachte Prognose auf: „... steht nun auch die Kölner Justiz vor der Pleite“.

„Im Jahre neun nach Herstatt“, so hatte Staatsanwalt Willems in der vergangenen Woche seine Strafanträge eingeleitet: Je zwei Jahre und fünf Monate Gefängnis sowie je 45 000 DM Geldstrafe gegen Graf von der Goltz und Heinz Hedderich. In dem Pöldoyer meinte die Anklage gleichwohl, die beiden Bankdirektoren hätten sich nicht, wie es die Devisenhändler taten, selbst bereichern wollen. Durch falsche Ausweisung von Gewinnen in der Bilanz 1973 hätten sie jedoch hohe, schon aufgelaufene Verluste durch Terminalspekulationen auf Dollar-Basis vertuscht.

Die Angeklagten verteidigten sich, sie hätten zwar seit Herbst 1973 vor großen Verlusten ihrer Bank gewarnt. Doch seien sie davon ausgegangen, daß diesen Verlusten, die sie anfänglich mit 100 Millionen bewertet hatten, Gewinne gegenüberstehen würden.

Die Verantwortung für das Desaster, das 65 000 Bankkunden ohne Vorwarnung traf, wurde dem damaligen Devisenbeauftragten Dany Dattel angelastet. Im Januar 1974 hatte Dattel, so Staatsanwalt Willems, bis zu acht Milliarden Mark bewegt. Eine grenzenlose Maßlosigkeit, wie Willems hervorhob, fast schon das Werk eines Wahnsinnigen. Nur weil alle Banken davon ausgingen, daß der Gering-Konzern hinter der Herstatt-Bank stehe – Konzernchef Hans Gerling und Iwan Herstatt waren von Kindesbeinen an miteinander vertraut – seien die großen Spekulationen überhaupt möglich gewesen.

Mitte 1973 war noch ein als sensationell eingestuftes Gewinn von 361 Millionen Mark intern errechnet worden; allen Erwartungen zuwider hatte es schließlich am 23. Januar 1974 zwischendurch noch einmal ein positives Ergebnis von 170 Millionen gegeben. Hätte man zu diesem Zeitpunkt Schluß gemacht, wäre die Bank bis auf weiteres saniert gewesen. Doch das „Roulette“ ging weiter – im März 1974 wurden bereits 410 Millionen Mark Verlust bei einem haftenden Eigenkapital von 77 Millionen geschrieben – bis die Bank schließlich am 28. Juni 1974 schließen mußten.

Das Verfahren gegen die Bankverantwortlichen demonstrierte die spezifischen Schwierigkeiten der Justiz im Umgang mit der Wirtschaftskriminalität. Die Staatsanwaltschaft sah sich einem papierenen Gebirge ihrer Recherchen gegenüber. 25 000 Blatt EDV-Unterlagen und 25 Bände Aktenmaterial wurden schließlich zusammengetragen.

Im Herstatt-Prozeß geht es seitdem zu“, so der Kölner Strafverteidiger Professor Günter Kohlmann, „wie in der Abschiedsinfonie von Haydn. Einer nach dem anderen tritt von der Bühne ab.“ Dany Dattel erhielt als erster aus Krankheitsgründen den Einstellungsbescheid der gegen ihn geführten Ermittlungen.

Bankchef Herstatt, als Opfer Dattels bezeichnet, wurde nach etwa 50 Verhandlungstagen ebenfalls aus Gesundheitsgründen entlassen. Hans Gerling selbst weigerte sich von der Schweiz aus, als Zeuge auszusagen. Vorführungsbefehl und Beugehaft für den Butler des Konzernchefs zeigten dem Gericht die Grenzen seiner Macht auf. Grund genug für den Vorsitzenden, Gerling charakterliche Schwächen zu attestieren.

Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 872,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 128,- DM. Das sind 7,09% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt



die Rendite 5,82% (heutige Zinsverhältnisse).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landeszentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere

Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere Postfach 23 25 6000 Frankfurt 1 Tel. (06 11) 55 97 07 schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name _____
Adresse _____

هناك ما في